

Ukraine20140309Minutenprotokolle.

9. März

-----

18:38

Russlands Präsident Wladimir Putin hat mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem britischen Regierungschef David Cameron die Lage in der Ukraine und das bevorstehende Referendum auf der Krim telefonisch besprochen. Dies teilt der Kreml-Pressedienst mit.

„Es wurde ein weiteres Mal die äußerst komplizierte innenpolitische Lage in der Ukraine sowie das Thema des Referendums am 16. März auf der Krim besprochen. Trotz der Unterschiede bei der Einschätzung der Geschehnisse wurde ein gemeinsames Interesse an der Überwindung der Spannungen und an einer baldigen Normalisierung der Situation zum Ausdruck gebracht“, heißt es in der Mitteilung.

18:27

Die Kolonnen mit Schützenpanzerwagen und Lastfahrzeugen mit Soldaten aus den westukrainischen Gebieten Zitomir und Lwiw rücken in Richtung der Krim-Landenge Perekop vor.

Dies teilten ukrainische Medien mit Verweis auf die Augenzeugenberichte mit.

Der ukrainische Interimsverteidigungsminister Igor Tenjuch teilte jedoch in einer Regierungssitzung mit, die Verlegung der Truppen in Richtung Krim sei nicht vorgesehen.

Wie er erläuterte handelt es sich um ein Manöver, bei dem die Kampfbereitschaft der Truppen geprüft werden soll.

„Das Verlegen oder Vorrücken der Truppen sind weder vorgesehen noch in Sicht“, sagte er.

17:53

Vitali Klitschko, Chef der ukrainischen Partei Udar hat in Donezk, das im Osten der Ukraine liegt und die neue ukrainischen Regierung ablehnt, zur Unterbindung der Versuche aufgefordert, die Ukraine von außen her zu spalten.

Wie er äußerte fühlen sich die Einwohner von Donezk belogen, weil die vorherige Regierung sie im Stich gelassen und die Versprechen über würdige Löhne und Gehälter sowie Lebensbedingungen nicht erfüllt hatte.

Seinen Worten zufolge kommen in die östlichen Teile der Ukraine „Touristen“, um Provokationen zu organisieren und die Lage zu destabilisieren.

„Wir müssen alle Versuche unterbinden, unseren Staat von außen her zu spalten“, sagte Klitschko.

17:27

Der britische Außenminister äußerte die Meinung, dass die Krise um die Ukraine durch Sanktionen nicht zu regeln ist. Gleichzeitig schloss er das Szenario mit Gewaltanwendung gegen Russland aus.

Dies teilte Hague in einem Interview für den TV-Sender Sky News mit. „In unserem Arsenal gibt es keine Sanktionen, die Russland zwingen könnten, die Krim zu verlassen“, sagte er.

Auf die Frage über ein mögliches Eingreifen des Westens antwortete der britische Minister eindeutig: „Nein, niemand von uns plant, diese Krise durch Gewaltmethoden zu regeln“.

17:20

Die Außenminister von Russland und Deutschland, Sergej Lawrow und Frank-Walter Steinmeier, haben die Perspektiven der internationalen Hilfe zur Normalisierung der gesellschaftspolitischen Lage in der Ukraine besprochen, heißt es in einer Mitteilung des russischen Außenministeriums.

„Am 9. März fand ein Telefongespräch des russischen Außenministers Sergej Lawrow mit seinem deutschen Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier statt, bei dem die Erörterung der Situation in der Ukraine sowie der Perspektiven der internationalen Hilfeleistung zur Normalisierung der gesellschaftspolitischen Lage in diesem Land fortgesetzt wurde“, wird in der Mitteilung betont.

16:22

Wie die ukrainische Nachrichtenagentur UNIAN meldet haben die sogenannten Selbstverteidigungskräfte auf der Krim ein Ultimatum dem Kommando des Fla-Raketen-Regiments in der Stadt Jewpatoria an der Schwarzmeerküste gestellt.

Die ukrainischen Armeeangehörigen müssen um 20 Uhr (Ortszeit) die Waffen abgeben, widrigenfalls wird die Militäreinheit erstürmt.

Journalisten wurde dabei empfohlen, mindestens hundert Meter von dem Objekt entfernt bleiben, sonst würden die Menschen, die das Ultimatum gestellt hatten, für die „Folgen keine Verantwortung übernehmen“.

16:11

Die Krim ist nur dann zu einem Dialog mit der Ukraine bereit, wenn die gegenwärtige Macht in Kiew abgelöst wird, die die Führung des Landes illegitim übernommen hat, wie der Vorsitzende des Obersten Rates der Krim, Wladimir Konstantinow, mitteilte.

„Die heutigen Behörden sind absolut illegitim. Sie wurden mit Waffen, Dolchen und Knüppeln an die Macht gebracht. Solange sie nicht gehen, wird es bei uns nicht nur mit den Behörden, sondern überhaupt mit dem ganzen Land keine Dialoge geben.

Mögen sie dem Volk alles erläutern, die Banden entwaffnen und normale, faire und

offene Wahlen durchführen. Dann wird die Autonome Republik Krim einen Dialog mit der legitimen Macht der Ukraine aufnehmen“, sagte Konstantinow am Samstag im staatlichen TV-Sender „Krim“.

14:20

Das ukrainische Verteidigungsministerium dementiert die in Sozialnetzen und einigen Medien verbreiteten Berichte, laut denen eine große Menge von Raketen und Munition von den Lagerräumen des 80. Luftsturmartillerieregiments in Lwiw gestohlen worden war.

Der Nachrichtenagentur UNIAN zufolge wandte sich das Verteidigungsamt des Landes an Journalisten mit der Bitte, keine Desinformation zuzulassen, die Panik unter der Bevölkerung auslösen könnte.

12:58

Die ukrainischen Behörden und westliche Politiker dürfen den Anführer des neofaschistischen „Rechten Sektors“, Dmitri Jarosch, nicht an die Macht lassen, wie der Russland-Bevollmächtigte für Menschenrechte, Demokratie und Vorrangstellung der Rechte, Konstantin Dolgow, äußerte.

„Die Behörden in Kiew und ihre westlichen Gönner müssen de facto dem Neofaschisten Jarosch und seinen Anhängern den Weg zur Macht sperren“, twitterte Dolgow.

Am Vortag bestätigte Jarosch seine Absicht, zu den Präsidentenwahlen im Mai zu kandidieren.

12:53

Der Friedensnobelpreisträger, ehemaliger US-Außenminister und Berater für nationale Sicherheit Henry Kissinger meint, die Ukraine sollte auf die Qual der Wahl zwischen Westen und Russland verzichten und zu einer Brücke zwischen ihnen werden.

Als Beispiel sollte sie das finnische Modell der Nachbarbeziehungen betrachten.

In seinem Artikel für die Washington schreibt Kissinger, Finnland lasse niemanden an seiner Unabhängigkeit zweifeln, dabei arbeite es in den meisten Bereichen mit dem Westen zusammen und vermeide institutionelle Feindlichkeit gegenüber Russland.

12:14

Der britische Premierminister David Cameron und US-Präsident Barack Obama bestehen darauf, dass das am 16. März bevorstehende Referendum auf der Krim illegitim ist und jegliche Versuche Russlands, es zu legitimieren, Folgen haben werden.

„Der Premier und der US-Präsident sind fest davon überzeugt, dass das Referendum auf der Krim illegitim ist und jeglicher Versuch, es zu legitimieren, neue Folgen für

Russland herbeiführen wird“, sagte ein Sprecher des britischen Premiers nach Verhandlungen zwischen Cameron und Obama.

Er präzisierte nicht, um welche konkreten Folgen es geht.

09:33

Die US-Armee ist bereit, ihre Verpflichtungen vor der Nato zu erfüllen, falls dies die Krise in der Ukraine fordert. Das erklärte der Vorsitzende des Vereinigten Generalstabs der USA Martin Dempsey.

„Wir haben Verpflichtungen vor unseren Verbündeten und vor der Nato. Ich möchte ihnen versichern, dass wir reagieren, falls von uns die Erfüllung dieser Verpflichtungen erforderlich wird“, sagte Dempsey.

Der General fügte hinzu, dass ganz Osteuropa und die Balkaninsel von Destabilisierung bedroht werden, sollte man Russland erlauben, in einen souveränen Staat unter dem Vorwand des Schutzes ethnischer Russen in der Ukraine einzudringen.

8. März

-----

23:19

Polnische Behörden haben die Evakuierung der Mitarbeiter vom polnischen Konsulat in Sewastopol angekündigt. Darüber schrieb in seinem Twitter am 8. März der polnische Außenminister Radoslaw Sikorski.

Der Minister erklärte, Warschau ergreife solche Maßnahmen widerwillig. Sie seien von der angespannten Lage verursacht, die weiterhin vom russischen Militär zugespitzt werde.

Was genau Polen in Sewastopol beunruhigt, wird nicht präzisiert.

22:16

Die ukrainischen Behörden haben nach Angaben des russischen Außenministeriums mehreren Journalisten aus Russland die Einreise verweigert.

Ein Kamerateam des Nachrichtensenders „Vesti“ sowie Reporter des TV-Senders und anderer russischer Medien seien am Freitag auf dem Flughafen Donezk gestoppt worden, teilte das Außenamt am Samstag mit. Den Reportern sei die Einreise in die Ukraine verweigert worden.

Das Außenministerium bewertete die Absage als einen „groben Verstoß gegen die Pressefreiheit“ und als Medienzensur und forderte von westlichen Massenmedien eine Reaktion.

21:45

Der französische Präsident François Hollande hat mit seinem US-Amtskollegen Barack Obama Meinungen zur ukrainischen Krise telefonisch ausgetauscht. Das teilte der Élysée-Palast am Samstag mit.

Es wurde außerdem ein Kommuniqué verbreitet, dem zufolge die Präsidenten erklärten, dass Russland einen Dialog mit der Ukraine anfangen sollte, um die Krise friedlich zu bewältigen und Souveränität sowie Integrität der Ukraine wiederherzustellen.

Hollande und Obama beschlossen, die neue ukrainische Regierung zu unterstützen.

20:42

Der stellvertretende Außenminister Russlands Grigori Karassin und der ukrainische Botschafter in Moskau Wladimir Jeltschenko haben die Fragen russisch-ukrainischer Beziehungen ausführlich besprochen. Das erklärte das russische Außenamt nach dem Treffen der Diplomaten am Samstag.

19:48

Der Leiter der ukrainischen radikalen Bewegung „Rechtssektor“ Dmitri Jarosch hat bestätigt, er wolle bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen am 25. Mai kandidieren, berichten Medien.

„Der politische Rat des Rechtssektors hat diese Entscheidung akzeptiert, also werde ich kandidieren“, sagte Jarosch.

19:16

Über 5.000 Menschen haben sich am Samstag neben der Regionalverwaltung von Charkiw versammelt. Sie schwingen russische Fahnen in der Luft, skandieren „Russland, hilf uns!“ und fordern ein Referendum zur Autonomie.

Im Manifest der Demonstranten steht, dass das Referendum am 16. März und die Bürgermeisterwahlen am 30. März stattfinden sollen. Es ertönt Kritik an den USA und der EU, auch bezüglich der Finanzhilfe für die Ukraine, die die Menschen als Sklaverei bezeichnen.

18:42

Russland ruft die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) auf, zu klären, wer die Scharfschützen auf den Dächern rund um den Kiewer Protest-Platz Maidan angeheuert hat. In einem abgehörten Gespräch hatte Estlands Außenminister angedeutet, dass die neue Regierung in Kiew damit zu tun haben könnte.

„Die jüngsten Angaben zu der so genannten Scharfschützen-Affäre können nicht mehr unter den Teppich gekehrt werden“, sagte Lawrow am Samstag in Moskau. „Wir haben vorgeschlagen, dass die OSZE eine objektive Ermittlung übernimmt. Wir wollen Gerechtigkeit erreichen.“

16:59

Die neue Regierung in Kiew ist laut Russlands Außenminister Sergej Lawrow unselbständig und wird von Nationalisten kontrolliert.

„Die so genannte Übergangsregierung ist nicht selbständig, sondern sie hängt leider von den radikalen Nationalisten ab, die die Macht mit Waffengewalt ergriffen haben“, sagte Lawrow am Samstag in Moskau. Er verwies darauf, dass die neuen Minister erst nach Zustimmung des „Rechten Sektor“ ernannt worden seien. Diese paramilitärische Nationalistenorganisation, die die Kiewer Straßen kontrolliere, sei kurz davor, einen offiziellen Status zu bekommen.

16:47

Das russische Verteidigungsministerium bearbeitet die Frage über die Einstellung des Empfangs von Inspektionsgruppen im Rahmen einer Reihe von Verträgen.

Es handelt sich über den Vertrag mit den USA über Kürzung und Beschränkung strategischer Offensivwaffen und das Wiener OSZE-Dokument vom Jahr 2011 über Festigung des Vertrauens und der Sicherheit. Das teilte eine militärdiplomatische Quelle am Samstag mit.

Dieser Schritt kann als Antwort auf die Erklärungen von Pentagon über die Einstellung der Zusammenarbeit mit Russlands Militärämtern unternommen werden.

Die Quelle unterstrich, dass die unbegründeten Drohungen seitens der USA und der Nato in Bezug auf die ukrainische Politik Russlands als ein unfreundlicher Akt betrachtet werden und es ermöglichen, Umstände höherer Gewalt anzukündigen.

16:14

Die EU besteht auf einer unabhängigen Ermittlung der Menschenmorde in Kiew, erklärte die Pressesprecherin der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton, Maya Kosyanchich.

Ihr zuzufolge soll die Ermittlung den internationalen Standards entsprechen und in Zusammenarbeit mit der EU durchgeführt werden.

Am 5. März wurde im Internet ein Telefongespräch zwischen Ashton und dem estnischen Außenminister Urmas Paet veröffentlicht. Paet erklärte, es gebe Beweise dafür, dass die Polizisten und Protestler auf dem Maidan von Scharfschützen getötet worden waren, hinter denen jemand von der neuen ukrainischen Koalition steckt.

15:46

Die tragbaren Flugabwehr-Raketensysteme Igla, die während der Unruhen in der Ukraine aus Waffenlagern verschwunden sind, könnten in die Hände der Nationalisten gelangt sein, so der russische Militärexperte Igor Korotschenko. Wenn dem so ist, ist der Luftverkehr über dem Krisenland gefährdet.

Ein hoher ukrainischer Militär hatte RIA Novosti mitgeteilt, dass Dutzende tragbare Flugabwehr-Raketensysteme vom Typ Igla aus Waffenlagern im Westen des Landes

gestohlen worden seien.

Die verschwundenen Fla-Raketen würden für die Passagierflugzeuge eine reale Bedrohung darstellen, kommentierte Korotschenko, Direktor des Moskauer Forschungszentrums für Weltwaffenhandel (CAWAT), in einem Gespräch mit RIA Novosti. „Der Luftraum der Ukraine ist nun eine potenzielle Risikozone.“

Der Experte mutmaßte, dass die Fla-Raketen „in die Hände der Kämpfer der rechtsradikalen Nationalistenorganisationen“ gelangt seien, die von der neuen Regierung in Kiew nicht kontrolliert werden.

Die Igla-Systeme hätten insbesondere beim Einsatz gegen startende und landende Flugzeuge „die 100-prozentige Treffgenauigkeit“, so Korotschenko, der auch Chefredakteur des Magazins „National Defence“ ist. Er schloss nicht aus, dass Radikale des nationalistischen „Rechten Sektors“ Anschläge auf zivile oder militärische Flugzeuge auf der Krim planten, um das Unabhängigkeitsreferendum am 16. März zu vereiteln.

14:59

„In Russland hat man die Botschaft des auf die internationale Fahndungsliste gestellten, sogenannten Befehlshabers der Organisation Rechter Sektor, Dmitri Jarosch, geprüft, der nach allem zu urteilen zurzeit den politischen Kurs der Ukraine beeinflusst.

In dieser Botschaft sind direkte Drohungen gegenüber Russland und unsere Bürger enthalten. Wir erwarten eine eindeutige Reaktion der Obersten Rada der Ukraine sowie der ausländischen Staaten auf solche Botschaft“, heißt es in einer Erklärung des russischen Außenamtes.

14:37

Die ukrainischen Behörden haben nach Angaben des russischen Außenministeriums mehreren Journalisten aus Russland die Einreise verweigert.

Ein Kamerteam des Nachrichtensenders „Vesti“ sowie Reporter des TV-Senders und anderer russischer Medien seien am Freitag auf dem Flughafen Donezk gestoppt worden, teilte das Außenamt am Samstag mit. Den Reportern sei die Einreise in die Ukraine verweigert worden. Das Außenministerium bewertete die Absage als einen „groben Verstoß gegen die Pressefreiheit“ und als Medienzensur und forderte von westlichen Massenmedien eine Reaktion.

14:05

In dem US-Sicherheitsrat hat es keine Diskussionen zu dem Referendum auf der Krim gegeben, und sind diesbezüglich keine Beschlüsse gefasst worden.

Dies teilte Russlands UN-Botschafter Vitali Tschurkin in einem Interview für das russische Fernsehen mit.

Wie der Diplomat erläuterte liegt das Zentrum der diplomatischen Aktivitäten bezüglich der Krise in der Ukraine in den Kontakten zwischen Russland und den

USA. „Alles befindet sich vorerst in den Händen des russischen Außenministers und seines US-Amtskollegen sowie selbstverständlich der Führungen unserer beiden Länder“, betonte Tschurkin.

Der russische UN-Botschafter verwies gleichzeitig auf die Notwendigkeit, alle Ereignisse, die zu dem gewaltsamen Machtwechsel in Kiew geführt hatten, sorgfältig zu untersuchen.

13:03

Bei den jüngsten Unruhen in der Ukraine sind mehrere Dutzende von tragbaren Boden-Luft-Raketenwerfern „Igla“ (Nato-Bezeichnung SA-18) aus den Militärdepots gestohlen worden.

Dies teilte ein hochrangiger ukrainischer Armeeingehöriger Journalisten mit.

Die neue Spitze des ukrainischen Verteidigungsamtes unternehme alles Mögliche, um die gefährliche Situation geheim zu halten, und ersetze die abhanden gekommenen Waffen durch die Attrappen, die alten und Testwaffen, führte der Mann aus.

Der Boden-Luft-Raketenwerfer „Igla“ ist eine äußerst gefährliche Waffenart, die zur Vernichtung von Luftzielen auf niedrigen Höhen bestimmt ist.

12:33

Die Einwohner der ukrainischen Hafenstadt Sewastopol wollen sich am kommenden Sonntag im Stadtzentrum versammeln und eine riesige russische Fahne bilden, die aus großer Höhe zu sehen wäre.

„Vor dem Hintergrund des Informationskrieges wollen wir so viel wie möglich engagierte Menschen versammeln und eine lebende Fahne bilden, um der Welt über unsere Stimmung Stimme, die Stimme des Krim-Volkes zu erzählen. Wir sind friedliche Bürger und Freunde Russlands. Russland ist kein Feind für uns, sondern unser Schutz und unsere Hoffnung“, heißt es in einer Mitteilung der Veranstalter der Aktion.

12:09

Angesichts der Krim-Krise warnt Russlands Außenminister Sergej Lawrow die USA vor übereilten Entscheidungen.

Unbedachte Schritte geschweige denn Sanktionen würden das russisch-amerikanische Verhältnis lädieren, sagte Lawrow in einem Telefongespräch mit dem US-Amtskollegen John Kerry am Freitagabend. Er warnte, dass Sanktionen sich für die USA als Bumerang erweisen würden.

12:07

Julia Timoschenko ist am Freitagabend in Berlin eingetroffen.

Gleich nach der Ankunft am Flughafen Schönefeld begab sie sich ins Charité - Klinikum, wo sie wegen Wirbelsäule-Erkrankung behandelt werden soll. Die

deutschen Ärzte hatten Julia Timoschenko in der Ukraine untersucht und ihr eine Operation empfohlen.

Am 22. Februar war Timoschenko, die ihre Strafe wegen Machtüberzug bei Unterzeichnung von Gasverträgen mit Russland in einem Gefängnis abbüßte auf Parlamentsbeschluss freigelassen worden.

08:34

Eine militärische Einmischung der Nato in der Ukraine ist nach Ansicht von Ex-Nato-Chef Willy Claes undenkbar.

„Ich schließe diese Möglichkeit völlig aus. Europa ohne Amerikaner ist in militärischer Hinsicht zu schwach, um einen Einsatz zu riskieren“, sagte der frühere belgische Außenminister am Freitag in einem Interview für den TV-Sender RTBF. „Und die Amerikaner werden sich nicht auf ein neues Militärabenteuer einlassen. Ich glaube nicht, dass Kampfhandlungen (in der Ukraine) unter der Ägide der Nato ein realistisches Szenario sind.“ Früher oder später würden sich die Seiten an den Verhandlungstisch setzen, sagte er.

Die EU werde die Beziehungen zu Russland aus ökonomischen Erwägungen heraus nicht abbrechen. Er denke, dass die 28 EU-Länder ökonomische Prioritäten hätten. „Das Volumen des Handels mit Russland ist immens. Ich kann mir (die Interessen) der Industrielobby vorstellen, insbesondere in Deutschland. Großes Geld ist von großer Bedeutung“, sagte der belgische Politiker.

7. März

-----

22:56

Moskau bezeichnet die Lage in und um die Ukraine nach Worten von Kremlsprecher Dmitri Peskow als „Triumph der Willkür und doppelter Standards“. Das sei ein Triumph des Zynismus, das sei ein Zusammenbruch des Völkerrechts, sagte Peskow am Freitag im russischen Fernsehen.

„Trotz tiefster Gegensätze mit dem Westen wegen der Ukraine gibt es doch Hoffnung darauf, dass es gelingt, Berührungspunkte zu finden und einen neuen Kalten Krieg zu verhindern.“ Er möchte glauben, dass ein neuer Kalter Krieg nicht beginnen werde, sagte Peskow.

Der Kreml-Sprecher schloss „Säuberungen“ nicht aus, falls Extremisten, die ihr Unwesen in Kiew treiben, auf die Krim und in den Osten der Ukraine kommen. „Eben deshalb sind die Selbstverteidigungstruppen und die Einwohner der Krim in ihrer Bereitschaft legitim, sich selbst zu verteidigen... Ich denke, dass auf Aktivisten, die gegen sie (Teilnehmer der Krawalle in Kiew) waren, nicht nur unter Druck gesetzt werden. Ich darf vermuten, dass auf der Krim sogar Säuberungen geplant sind.“

Die Bewohner des Ostens der Ukraine und der Krim hätten Angst davor und ersuchten deshalb um Hilfe. „Aber das Wichtigste ist, dass sie bereit sind, sich selbst

zu verteidigen.“ Sie seien in dieser Bereitschaft legitim, genauso wie die auf dem Maidan protestierenden Menschen legitim gewesen seien, bevor sie sich von den bewaffneten Extremisten hätten übertölpeln lassen, sagte Peskow.

21:59

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) solle die Gewalttaten der Teilnehmer am Kiewer Maidan verurteilen und den Machtwechsel in der Ukraine illegitim anerkennen, erklärte das russische Außenministerium am Freitag.

„Eine Reihe OSZE-Mitgliedsländer und ihre Exekutivorgane haben sich in der Ukraine gemäß Doppelstandards verhalten. Trotz des Mandats sagten sie kein Wort über das Wachstum nationalistischer und neonazistischer Stimmungen in der Ukraine und drückten auf die Handlungen der Extremisten beide Augen zu“, steht es in der Erklärung des Außenamts.

Moskau ist überzeugt, dass internationale Mitwirkung nützlich und effektiv für die Lage in der Ukraine sein könnte – allerdings nur wenn sie objektiv ist.

21:09

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) solle die Gewalttaten der Teilnehmer am Kiewer Maidan verurteilen und den Machtwechsel in der Ukraine illegitim anerkennen, erklärte das russische Außenministerium am Freitag.

21:06

Die Ukraine hat keine Pläne, andere Länder wegen der Lage auf der Krim um militärische Hilfe zu ersuchen. Das erklärte Jewgeni Perebijnis, Direktor des Departements Informationspolitik im ukrainischen Außenamt, am Freitag in Kiew.

„Das Außenministerium der Ukraine besteht auf direkten Verhandlungen mit Russland unter Teilnahme ausländischer Vermittler... Wir sind davon überzeugt, dass diese Krise ausschließlich mit diplomatischen politischen Mitteln beigelegt werden kann“, wurde der Diplomat von der ukrainischen Nachrichtenagentur UNIAN zitiert.

20:54

Die Verwaltung des amtierenden ukrainischen Präsidenten Alexander Turtschinow hat den Machtorganen des Landes angeordnet, bis 10. März die russischsprachigen Versionen ihrer Webseiten zu löschen, teilte eine Quelle im Ministerkabinett am Freitag mit.

Zurzeit seien russischsprachige Versionen der Internetportale von 14 Ministerien, der Portale des Obersten Gerichts und des Obersten Handelsgerichts sowie der zentralen Exekutivorgane mit besonderem Status entfernt worden.

19:28

Die Ukraine hat aufgehört, das russische Gas zu bezahlen, was gegen den Vertrag und

die internationale Praxis verstößt.

Kostenlos kann Gazprom kein Gas in die Ukraine liefern, sagte der Leiter des Konzerns Alexei Miller gegenüber Journalisten. Ihm zufolge hatte die Ukraine das Gas im Februar nicht bezahlt, ihre Schulden sind auf 1,89 Milliarden US-Dollar gewachsen.

Es besteht die Gefahr, dass sich die Situation von 2009 wiederholt. Damals stellte Gazprom die Gaslieferung in die Ukraine ein. Daraufhin sperrte die Ukraine die Transitpipelines ab, sodass das Gas nicht nach Europa geliefert werden konnte.

18:56

Moskau wird auf die Sanktionen seitens der EU gegen russische Staatsbürger nicht seinerseits mit Sanktionen erwidern, dennoch lässt es diese Entscheidung nicht ohne Antwort, äußerte sich das russische Außenministerium.

„In diesem heiklen Moment, als die internationale Gemeinschaft alles dafür tut, um eine Entscheidung zur Krisenregelung in der Ukraine zu finden, hat die EU eine äußerst destruktive Stellung eingenommen. Sie verzichtet somit auf die Zusammenarbeit mit Russland in politisch und sozial wichtigen Bereichen, einschließlich der Liberalisierung der Visapflicht und eines neuen Basisvertrags“, verlautete aus dem Außenamt.

18:47

Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger hat in seinem Artikel in der Zeitung „The Washington Post“ die westlichen Politiker kritisiert, weil diese den russischen Präsidenten Wladimir Putin verleumdten. Er schlug außerdem einen eigenen Plan zur Krisenregelung in der Ukraine vor.

Kissinger zufolge ist die Anschwärzung von Putin für den Westen keine Politik, sondern ein Alibi, das die Inkompetenz rechtfertigt.

„Die Ukraine soll kein Zankapfel, sondern eine Brücke zwischen dem Osten und dem Westen sein“, schreibt der Ex-US-Außenminister. Er meint, dass die Ukraine nicht zur Nato beitreten oder ein Beobachter der Allianz sein soll, aber mit dem Westen in den meisten Fragen zusammenarbeiten kann, wobei sie Feindlichkeit gegenüber Russland vermeiden muss.

18:18

Ein Mitarbeiter des Sondereinsatzkommandos „Berkut“, Aleksander Wassjukow, der an den Geschehnissen in Kiew teilgenommen hatte, hat in einem Interview in Simferopol die Berichte westlicher und ukrainischer Medien dementiert, denen zufolge Berkut Schusswaffen und Scharfschützen gegen die Protestler auf dem Maidan eingesetzt hat.

„Das ist nicht wahr. Ein Scharfschütze unseres Kommandos war die ganze Zeit mit uns. Wir konnten keine Waffen einsetzen, wir hatten nämlich keine! Die Radikalen dagegen wandten Waffen aktiv an, ihre Scharfschützen eröffneten das Feuer gegen die Sicherheitskräfte erst nachts, dann tagsüber“, erzählte Wassjukow.

Er teilte mit, dass von 150 Berkut-Mitarbeitern einer ums Leben kam und 32 Schusswunden bekamen.

18:06

Der zur Fahndung ausgeschriebene Leiter der ukrainischen rechtszentrischen Organisation „Rechtssektor“ Dmitri Jarosch will für den Präsidentenposten kandidieren, erklären seine Verbündeten.

Am Donnerstag berichteten Medien, dass der amtierende Premierminister des Landes Arseni Jazenjuk drei stellvertretende Verteidigungsminister entließ, weil sich diese weigerten, den Rebellen vom Rechtssektor den Status militarisierter Truppen zu gewähren.

17:57

Der umstrittene ukrainische Übergangspräsident Alexander Turtschinow hat den Beschluss des Krim-Parlaments, die Bevölkerung der Halbinsel bei einem Referendum über eine Abspaltung von der Ukraine entscheiden zu lassen, außer Kraft gesetzt.

Ein entsprechender Erlass des Übergangspräsidenten wurde am Freitag im Internet veröffentlicht. Die Verwaltung der Krim reagierte prompt: Der Erlass des Übergangspräsidenten sei nichtig, erklärte der Oberste Rat (Parlament) der Krim. Die Abgeordneten verweisen darauf, dass nur das Verfassungsgericht der Ukraine berechtigt sei, einen Beschluss des Krim-Parlaments außer Kraft zu setzen.

17:04

Die Europäische Union hat sich laut dem neuen ukrainischen Regierungschef Arsenij Jazenjuk bereit erklärt, die krisengebeutelte Ukraine mit 15 Milliarden US-Dollar zu stützen.

„Das Hilfspaket hat ein Volumen von 15 Milliarden US-Dollar“, sagte Jazenjuk am Freitag in Kiew nach seiner Rückkehr aus Brüssel. Die ersten zwei Milliarden US-Dollar (1,6 Milliarden Euro) Stabilisierungshilfe sollen demnächst überwiesen werden.

Weitere acht Milliarden Dollar sollen von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung kommen. „Mit diesem Geld werden wir die Gründung neuer Unternehmen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie die Modernisierung der Wirtschaft finanzieren“, sagte Jazenjuk. Zuvor hatte Jazanjuk geäußert, dass die Staatskasse leer sei und die Ukraine in ihrer tiefsten Krise seit 20 Jahren stecke. Die Regierung will die Ausgaben kürzen. Unter anderem sollen die Altersrenten halbiert werden.

16:47

Die EU plädiert für die Ermittlung der Morde in Kiew seitens der Scharfschützen, erklärte die Pressesekretärin der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton, Maya Kosyanchich.

„Wir wollen, dass eine Ermittlung der Gewalt und Morde durchgeführt wird. Wir wollen, dass die Schuldigen vor Gericht erscheinen“, erklärte Kosyanchich.

Am 5. März wurde im Internet die Aufnahme eines Telefongesprächs zwischen Ashton und dem estnischen Außenminister Urmas Paet veröffentlicht. Die Politiker redeten davon, dass die Scharfschützen, die in Kiew auf Menschen schossen, von Leitern des Maidan angestellt worden waren.

16:02

Die Entscheidung des Nato-Rats, die Treffen mit Russlands Vertretern einzustellen, zeugen von einer voreingenommenen Herangehensweise an die Situation in der Ukraine, erklärte der offizielle Vertreter des russischen Außenministeriums, Alexander Lukaschewitsch.

Die Absicht, die Politik des Reagierens auf die für den Russland-Nato-Rat gemeinsamen Herausforderungen und Drohungen zu begrenzen, widerspreche der Vernunft, und die Versuche, in die Lage der Ukraine den Nato-Faktor einzubringen, sei äußerst gefährlich, steht in der von Russlands Außenamt veröffentlichten Erklärung.

15:59

Das türkische Außenministerium hat die Entscheidung des Krim-Parlaments über ein Referendum zu Fragen des Beitritts zur Russischen Föderation und der Erweiterung der Rechte der autonomen Republik kritisiert.

„Das Parlament der Autonomen Republik Krim, die der Ukraine angehört, hat für den 16. März 2014 ein Referendum über den Status der Krim angesetzt. Wir sind nicht der Meinung, dass dieser Beschluss zur Beilegung der Krise im Land (Ukraine) beitragen wird“, heißt es in einer Erklärung des Außenministeriums der Türkei.

15:21

Der amtierende ukrainische Premierminister Arseni Jazenjuk behauptet, dass Kiew und die EU beschlossen haben, den politischen Teil des Assoziierungsabkommens zu unterzeichnen. Er erklärte, es sei entschieden worden, dass die EU-Mitgliedsländer die Anordnung über die Bildung einer freien Handelszone mit der Ukraine einseitig erfüllen.

Jazenjuk erzählte außerdem, dass bei der Sitzung der EU-Staats- und Regierungschefs das wirtschaftliche und finanzielle Rettungspaket in Höhe von 15 Milliarden US-Dollar gebilligt wurde. Ihm zufolge schlagen die Europäische Investitionsbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung Investitionen in Höhe von acht Milliarden US-Dollar vor.

15:09

„Was sich im Osten der Ukraine und auf der Krim ereignet, hat keinen Bezug zu Russland. Diese Prozesse sind keine, die aus Russlands Handlungen resultieren“, sagte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, in einem

Interview für die russischen Medien.

„Eher umgekehrt: Russland ist das Land, das um Hilfe ersucht wird; es kann in diesem Fall diese Prozesse nicht unbeachtet lassen“, sagte Peskow.

„Die Prozesse wurzeln aber im Inneren der Ukraine“, betonte der Kreml-Beamte.

14:55

Die Krim-Behörden wollen zu dem Referendum über das Schicksal der heutigen ukrainischen Autonomie ausländische Beobachter einladen, auch aus Russland.

Dies teilte der Vorsitzende des Krim-Parlaments, Wladimir Konstantinow, mit. Wie er gleichzeitig feststellte, zeigen die Erfahrungen von 1992, als über den Status der Autonomen Republik abgestimmt worden war, dass die westlichen Beobachter wenig Objektivität an den Tag legen.

Der Politiker wies auch darauf hin, dass die am 21. Februar 2014 geschlossenen Vereinbarungen zwischen Viktor Janukowitsch und der ukrainischen Opposition missachtet worden seien.

„Deswegen bin ich in Bezug auf die Beobachter skeptisch“, sagte Konstantinow.

14:53

Trotz der Krim-Krise tritt die ukrainische Mannschaft bei den Paralympics im russischen Sotschi an

14:41

Die Krim-Führung bereitet sich auf einen Einstieg der Region in die Rubelzone vor, falls die meisten Krim-Einwohner auf einem Referendum den Beitritt der Halbinsel zu Russland unterstützen werden, wie der Erste Vizepremier der Krim, Rustam Temirgalijew, bei einer Pressekonferenz in Simferopol mitteilte.

„Als Teil Russlands werden wir uns natürlich unter den russischen Wirtschaftsbedingungen und entsprechend in der Rubelzone befinden. Bei einer positiven Entscheidung der überwiegenden Mehrheit der Krim-Einwohner und bei Zustimmung der bevollmächtigten Strukturen Russlands bereiten wir uns auf die Einführung der Rubelzone auf der Krim vor“, sagte der Vizepremier laut der Krimer Nachrichtenagentur.

13:59

Das Oberhaus des russischen Parlaments, der Föderationsrat, wird die Entscheidung des Referendums auf der Krim über den Beitritt der Autonomen Republik zu Russland unterstützen.

Dies teilte die Vorsitzende des Föderationsrates, Valentina Matwijenko, bei ihrem Treffen mit dem Vorsitzenden des Krim-Parlaments, Wladimir Konstantinow, in Moskau mit. „Niemand hat das Recht des Volkes auf Selbstbestimmung abgeschafft“, unterstrich die Politikerin.

Das Referendum auf der Krim soll am 16. März stattfinden. Zur Abstimmung stehen zwei Fragen. Die erste lautet: Sind sie für die Wiedervereinigung mit Russland als Mitglied der Russischen Föderation? Die zweite Frage ist: Sind Sie für die Wiederherstellung der Gültigkeit der Krim-Verfassung aus dem Jahre 1992 und für den Status der Krim als Teil der Ukraine?

13:29

Ein Flugzeug mit dem ernannte? ukrainischen Regierungschef Jazenjuk an Bord ist wegen einer Terrorwarnung in Wien von Sicherheitskräften umstellt worden.

13:04

In Russland wird man die „freie und demokratische Wahl der Krim-Bevölkerung und der Einwohner von Sewastopol“ unterstützen. Dies teilte der Vorsitzende der Staatsduma, des Unterhauses des russischen Parlaments, Sergej Naryschkin, bei einem Treffen mit der Delegation des Obersten Rates der Krim mit dessen Vorsitzenden Wladimir Konstantinow an der Spitze mit.

„Wir sind uns darüber im Klaren, dass der Beschluss des Obersten Rates der Krim über den Beitritt der Autonomen Republik zu Russland kraft einer scharfen politischen Krise in der Ukraine gefasst wurde und mit dem Bestreben verbunden ist, die Wahrung der Rechte und Freiheiten der Bürger zu gewährleisten“, sagte Naryschkin. Er fügte hinzu, dieser Beschluss sei außerdem durch „historische, geistige und weltanschauliche Motive begründet“.

12:42

In Russland wird man die „freie und demokratische Wahl der Krim-Bevölkerung und der Einwohner von Sewastopol“ unterstützen, teilte der Vorsitzende der Staatsduma, Unterhaus des russischen Parlaments, Sergej Naryschkin.

12:03

Die Anführer der rechtsextremen nationalistischen Gruppierung „Rechter Sektor“ haben von den Kiewer Behörden gefordert, für ihre Abteilungen der Selbstverteidigung die Waffenlager zu öffnen.

Dies teilte eine Quelle im ukrainischen Verteidigungsamt mit.

„Der Anführer des Rechten Sektors, Dmitri Jarosch, hat verkündet, die konservativen Einstellungen würden es nicht erlauben, die Ordnung im Land herzustellen und die Anti-Maidan-Protteste in den östlichen und südlichen Regionen des Landes auszuschließen. Er betonte außerdem, seine Milizen würden die territoriale Integrität der Ukraine verteidigen müssen“, so die Quelle.

Nach Angaben der ukrainischen Medien war am 5. März im ukrainischen Parlament ein Vorschlag unterbreitet worden, dem Rechten Sektor den Status einer regulären paramilitärischen Einheit zu gewähren.

11:02

Die internationale Polizeibehörde Interpol prüft einen Antrag der neuen selbsternannten ukrainischen Regierung, Viktor Janukowitsch weltweit zur Fahndung auszuschreiben. Das Gesuch sei nach Interpol-Angaben am Mittwoch eingegangen.

Die Rote Notiz zur Festnahme und Auslieferung Janukowitschs gehe an alle 190 Interpol-Mitgliedsländer und damit auch an Russland. Die Mitgliedsstaaten könnten aber nicht zu einer Festnahme gezwungen werden, betonte die Behörde.

10:55

Moskau ist von dem Beschluss der G8-Länder enttäuscht, „kurzfristig und unter einem ausgeklügelten Vorwand“ bei der internationalen Konferenz auf die Erörterung der gemeinsamen Antiterrormissionen zu verzichten. Dies teilte das russische Außenministerium mit.

Die internationale Konferenz „Widerstand gegen die Radikalisierung des öffentlichen Bewusstseins als Quelle des Terrorismus“ fand am 3. und 4. März in Moskau statt.

„Die Konferenz hat das Thema der Radikalisierung unter dem Gesichtswinkel der Ereignisse in der Ukraine recht nutzbringend erörtert. Dies könnte den Vertretern des Westens und der EU helfen, objektiv die Ursachen und Umstände der politischen und gesellschaftlichen Prozesse in der Ukraine zu beurteilen“, hieß es im russischen Außenamt.

10:20

Die kanadischen Behörden haben beschlossen, neun russische Armeeingehörige aus dem Land auszuweisen. Dies teilen die kanadischen Medien unter Verweis auf eine Quelle in der Regierung mit.

Acht russische Armeeingehörige studierten Sprachen und Computersoftware an den kanadischen Hochschulen. Der neunte unterrichtete dem kanadischen Militär russische Sprache. Alle sollen das Land innerhalb von 24 Stunden verlassen.

Als Grund für die Entscheidung wird Russlands Politik in Bezug auf die Ukraine und die Krim genannt. Der Beschluss folgte der Erklärung des kanadischen Premiers Stephen Harper über die Einstellung von allen Kontakten zu Russland im Militärbereich.

09:58

Vizekanzler Gabriel führt in den nächsten Stunden in der ukrainischen Hauptstadt Kiew Gespräche mit dem Ministerpräsidenten der Übergangsregierung, Jazenjuk.

09:54

Russlands Präsident Wladimir Putin und sein US-Amtskollege Barack Obama haben in der Nacht zum Freitag, dem 7. März, in einem Telefonat die Lage in der Ukraine besprochen.

Das Gespräch fand auf Initiative der amerikanischen Seite statt. Dies geht aus einer Mitteilung auf der offiziellen Webseite des Kreml hervor.

Die Spitzenpolitiker beider Länder bewerten die Ursachen der politischen Krise in der Ukraine auf verschiedene Weise.

Putin verwies darauf, dass die heutige ukrainische Führung, die an die Macht durch einen verfassungswidrigen Umsturz gekommen sind und die nicht über ein gesamt nationales Mandat verfügt, zwängten dem Osten und Süden der Ukraine sowie der Krim absolut illegitime Beschlüsse auf. Russland dürfe die Hilfesuche nicht ignorieren und handle dabei ganz im Sinne des Völkerrechts.

Gleichzeitig hob Putin die Bedeutung der russisch-amerikanischen Beziehungen für die Gewährleistung der Stabilität und Sicherheit in der Welt hervor.

09:20

US-Präsident Barack Obama hat das geplante Referendum auf der ukrainischen Halbinsel Krim über eine Zugehörigkeit zu Russland als Verstoß gegen ukrainisches und internationales Recht kritisiert. In einer Erklärung am Donnerstag im Weißen Haus betonte der US-Präsident, alle Diskussionen über die Zukunft des Landes müssten die legitime Regierung der Ukraine einbeziehen.

Das Parlament der ukrainischen Halbinsel Krim hatte einstimmig für einen Anschluss an Russland gestimmt und eine Volksabstimmung über den künftigen Status der Krim um zwei Wochen auf den 16. März vorverlegt. Auch das Parlament in Sevastopoli hat seine Unterstützung und Teilnahme zugesagt.

Derweil hat der Sprecher des russischen Außenministeriums die Kritik der USA an Russlands Präsident Putin als „Verfälschung der Tatsachen“ und „Scheinheiligkeit“ zurückgewiesen.

09:01

Die Niederlande haben mehrere hundert Millionen Dollar ukrainischer Vermögenswerte eingefroren.

08:42

Der UN-Sicherheitsrat ist auf Ersuchen von Großbritannien zu geschlossenen Konsultationen zusammengetreten, um per Telefon aus Kiew einen Bericht des UN-Vizegeneralsekretärs Jan Eliasson entgegenzunehmen und die Situation um die Krim zu besprechen.

„Wir haben diese Konsultationen des Sicherheitsrates einberufen, damit der UN-Vizegeneralsekretär aus Kiew über seine Reise in die Ukraine sowie über einen unangenehmen gestrigen Zwischenfall mit dem UN-Sondergesandten Robert Serry informieren kann“, teilte der britische UNO-Botschafter Mark Lyall Grant vor dem Beginn der Konsultationen.

Am Donnerstag musste Serry die Krim-Reise einstellen, als Bewaffnete ihn stoppten und forderten, das Territorium der Halbinsel zu verlassen.

Grant zufolge erfolgten in der Ukraine seit Montag „sehr beunruhigende Ereignisse“, darunter die Entscheidung, ein Referendum über den Anschluss der Krim an Russland durchzuführen.

08:35

Nach dem erzwungenen Machtwechsel beginnt die neue Regierung in Kiew mit einer Kürzung der Ausgaben.

Das Finanzministerium schlägt vor, schon im März die Altersrenten zu halbieren, wie die Zeitung „Kommersant-Ukraina“ berichtet.

Darüber hinaus sollen die Kapitalausgaben gekürzt und Steuerpräferenzen gestrichen werden. Die Staatsausgaben sollen um insgesamt 6,8 bis 8,4 Milliarden US-Dollar schrumpfen. Die durchschnittliche Altersrente in der Ukraine hat im Dezember nach Angaben des Sozialministeriums umgerechnet knapp 120 Euro im Monat betragen.

08:29

US-Präsident Barack Obama hat wegen des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine erneut mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin telefoniert.

08:08

Der Stadtrat von Sewastopol, wo die russische Schwarzmeer-Flotte stationiert ist, entschied, sich der Russischen Föderation anzuschließen.

6. März

-----

23:15

Angehörige der ukrainischen Offiziere, die freiwillig auf die Seite der Regierung der Autonomen Republik Krim übergegangen sind, erhalten von Unbekannten Drohungen am Telefon und in sozialen Netzwerken, berichtet RIA Novosti mit Berufung auf einen Regierungssprecher der Krim-Autonomie.

23:03

Der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann hat sich für eine Einbeziehung Russlands in die Beilegung des Ukraine-Konflikts ausgesprochen. „Wer glaubt, er kann einen Dialog oder Brücken bauen ohne Russland, ist auf dem falschen Weg“, betonte Faymann am Donnerstag vor Beginn eines EU-Gipfels in Brüssel.

22:42

Die Führung der Schwarzmeer-Halbinsel Krim will internationale Beobachter zu dem für den 16. März vorverlegten Referendum über den künftigen Status der Region einladen. Das teilte Vizeregierungschef Rustam Temirgalijew am Donnerstag in der Krim-Hauptstadt Simferopol mit.

22:25

Die ukrainische Regierung hat nach Worten von Ministerpräsident Arseni Jazenjuk im Moment keine Pläne, einen Antrag auf den Nato-Beitritt zu stellen. „Das steht nicht einmal auf der Tagesordnung“, so Jazenjuk.

22:06

Polens Regierungschef Donald Tusk hat vorgeschlagen, das bereits im Vorjahr abgestimmte Assoziierungsabkommen mit Kiew so schnell wie möglich zu unterzeichnen. „Die Chance ist vorhanden. Aber der Widerstand wird stark sein“, twitterte Tusk am Donnerstag.

21:40

Die EU hat die bilateralen Verhandlungen mit Russland über die Visa und den neuen Basisvertrag eingestellt, berichtet der Leiter des Europarats Herman Van Rompuy. Die EU droht, das Russland-EU-Gipfeltreffen abzusagen, die Visumerteilung zu verbieten und die Aktiva einzufrieren, falls Russland keine produktiven Verhandlungen mit der Ukraine durchführt.

„Sollte Russland keine Deeskalation erreichen, wirkt sich dies ernsthaft auf die Beziehungen zwischen Russland und der EU aus“, fügte Van Rompuy hinzu.

21:09

Die Ukraine hat das Verbot des Transports von Atombrennstoff aufgehoben, steht in einem Brief der Staatsinspektion für Atomregelung des Landes.

Laut dem am 6. März verabschiedeten Dokument wird das Verbot der Beförderung von nuklearen und anderen radioaktiven Stoffen durch das Gelände der Ukraine aufgehoben. Das Dokument wurde vom leitenden Inspektor für nukleare und Strahlungssicherheit der Ukraine Michail Gaschew unterzeichnet.

20:07

Die gemeinsame jährliche Militärübung der russischen Schwarzmeerflotte und der ukrainischen Marine „Fahrwasser des Friedens“ finden nicht statt, erklärte die ukrainische Behörde am Donnerstag.

„Der ukrainische Marinestab hat zurzeit weder die Möglichkeit noch den Wunsch, an der Übung teilzunehmen. Offensichtlich hat dieses gemeinsame Projekt keine Zukunft“, hieß es.

Die russisch-ukrainische Übung „Fahrwasser des Friedens“ wurde erstmals 1997 durchgeführt. Später fand die Veranstaltung im Einverständnis der Seiten einmal in zwei Jahren und seit 2011 jährlich statt.

19:26

Die Regierung der Ukraine ist fest entschlossen, das Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, wie der ukrainische Premier Arseni Jazenjuk am Donnerstag in

Brüssel bei einer live im Internet übertragenen Pressekonferenz sagte.

„Wir sind dazu bereit, das Abkommen baldigst zu unterzeichnen“, so Jazenjuk.

19:05

Russland und die USA haben bisher keine Verständigung zur Regelung der Situation in der Ukraine erreicht.

Die von den USA geplanten Sanktionen gegen Russland spannen die Lage nur weiter an, obwohl eine Liste der zutreffenden Abgeordneten noch nicht zusammengestellt ist, sagte Russlands Außenminister Sergej Lawrow.

„John Kerry und ich, wir haben die Diskussion fortgesetzt, wie man für die Regelung der ukrainischen Krise im Rechts- und Verfassungsfeld möglichst effektiv sorgen kann. Vor allem stützten wir uns auf die Abkommen, die am 21. Februar erreicht worden waren. Wir haben noch kein endgültiges Verständnis miteinander“, erklärte Lawrow.

18:29

Internationale Formate der Krisenlösung müssten von allen Regionen der Ukraine unterstützt werden, sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow.

18:24

Die Absicht der USA, Sanktionen gegen Russland einzuführen, verschärfen nur die Lage, sagte der Außenminister Russlands Sergej Lawrow nach dem Treffen mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen John Kerry. Sanktionslisten der USA gegen russische Bürger liegen bisher nicht vor, so Lawrow weiter.

18:11

Der neue ukrainische Regierungschef Arseni Jazenjuk bittet Russland, Verhandlungen über eine friedliche Lösung des Ukraine-Konflikts zu beginnen.

18:00

Ein Raketenzerstörer der US-Marine ist ins Schwarze Meer entsandt worden, erklärte der Pressesekretär der Behörde.

Das Militärschiff mit etwa 300 Seeleuten an Bord wurde ins Schwarze Meer nach dem Vertrag mit Bulgarien und Rumänien über gemeinsame Militärübungen geschickt.

Dem Pressesekretär der US-Marine zufolge ist dies keineswegs mit den Geschehnissen in der Ukraine verbunden.

17:32

Die USA führen Sanktionen gegen russische Abgeordnete ein, die sie für die bedrohte Integrität der Ukraine verantwortlich machen, meldet ein Vertreter des Weißen

Hauses.

Am Dienstag wurde bekannt, dass die USA die Militär- und Handelsbeziehungen mit Russland einfrieren. Außerdem erklärte die Vertreterin des US-Außenministeriums Jen Psaki, dass der US-Senat Sanktionen gegen Russland bearbeitet.

Wladimir Putin unterstrich diesbezüglich, dass sich der Schaden von den Sanktionen in diesem Fall als beidseitig erweisen wird.

17:07

Nach dem erzwungenen Machtwechsel beginnt die neue Regierung in Kiew mit einer Kürzung der Ausgaben. Das Finanzministerium schlägt vor, schon im März die Altersrenten zu halbieren, wie die Zeitung Kommersant-Ukraina berichtet.

Darüber hinaus sollen die Kapitalausgaben gekürzt und Steuerpräferenzen gestrichen werden. Die Staatsausgaben sollen um insgesamt 6,8 bis 8,4 Milliarden US-Dollar schrumpfen. Die durchschnittliche Altersrente in der Ukraine hat im Dezember nach Angaben des Sozialministeriums umgerechnet knapp 120 Euro im Monat betragen.

Der neue Regierungschef Arsenij Jazanjuk hatte zuvor gesagt, dass die Staatskasse leer sei und die Staatsausgaben seit Wochen nicht finanziert würden. Die neue Regierung hofft, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) das krisengebeutelte Land mit mindestens 15 Milliarden US-Dollar unterstützt.

17:00

USA antworten mit Visa-Sanktionen auf Russlands Haltung in Ukraine-Krise – US-Außenamt.

16:39

Russlands Außenministerium rechnet mit Nichteinstellung der Visa-Verhandlungen mit der EU, sagte der offizielle Vertreter des russischen Außenministeriums Alexander Lukaschewitsch.

16:31

Russlands Präsident Wladimir Putin hat eine Sofortberatung mit den Mitgliedern des russischen Sicherheitsrates durchgeführt, teilt der Kreml-Pressesprecher Dmitri Peskow mit. Ihm zufolge wurde dabei die Situation in der Ukraine erörtert.

Peskow zufolge wurde dabei die Situation in der Ukraine erörtert, darunter mit Rücksicht auf die am Donnerstag getroffene Entscheidung des Obersten Rats der Krim, sich an Russlands Präsidenten und die Föderationsversammlung mit der Frage über den Anschluss an Russland zu wenden.

15:56

Krim-Beitritt zu Russland tritt umgehend in Kraft – erster stellvertretender Vorsitzender der Krim-Regierung.

15:37

Vizekanzler Gabriel und Russlands Präsident Putin haben in Moskau miteinander gesprochen, Details blieben geheim.

15:19

Gegenwärtig gibt es vom Standpunkt des Völkerrechts keinen vernünftigen Grund für die Anerkennung der neuen Behörden der Ukraine, sagte Wladimir Kotljar, Mitglied des völkerrechtlichen Rates beim russischen Außenministerium.

„Die Europäische Union und die USA haben, einander überholend, die Legitimität der neuen Regierung sowie des ernannten Präsidenten der Ukraine anerkannt.

Es kommt jedoch darauf an, dass es im Völkerrecht absolut konkret heißt, dass das Hauptkriterium der Anerkennung stets die Fähigkeit gewesen ist, eine effektive Kontrolle über das gesamte Territorium des Landes auszuüben. Und dies fehlt. Deshalb gibt es keinen vernünftigen Grund, sich mit der Anerkennung dieser neuen Behörden in der Ukraine zu beeilen, und ihn kann es nicht geben, solange diese Situation besteht“, sagte Kotljar bei Anhörungen in der russischen Gesellschaftskammer zur Situation in der Ukraine.

14:17

Das Parlament der ukrainischen Autonomen Republik Krim hat einstimmig beschlossen, der Russischen Föderation beizutreten. Dies geht aus dem Wortlaut des Beschlusses hervor.

„Zur Russischen Föderation als Mitglied der Föderation beizutreten“, heißt es in dem Beschluss, den der Abgeordnete des Krim-Parlaments, Sergej Schuwainikow, präsentierte.

13:50

Der Vizevorsitzende der Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus), Iwan Melnikow (Kommunistische Partei der Russischen Föderation), schlägt vor, Wirtschaftssanktionen gegen ukrainische Oligarchen zu verhängen, die seiner Meinung nach zum Sturz der legitimen Macht in der Ukraine beigetragen haben.

„Es müssen handelsökonomische und andere Sanktionen gegen Oligarchengruppen in der Ukraine vorgesehen werden, die zum gewaltsamen Machtwechsel in Kiew beigetragen haben“, sagte Melnikow in einer Sitzung der „Offenen Tribüne“ in der Staatsduma.

Er wies darauf hin, dass an die Bereitstellung von Finanzhilfe für die Ukraine sehr abgewogen herangegangen werden müsse.

13:47

Die Behörden der Krim haben beschlossen, am 16. März ein Referendum über den Status der Autonomen Republik abzuhalten, teilte der Vizepremier der Republik, Rustam Temirgalijew, mit.

Die Bürger werden seinen Worten zufolge darüber abstimmen, ob die autonome Republik nach wie vor der Ukraine angehören oder an Russland angeschlossen werden soll.

13:37

Die Zahl der ukrainischen Bürger, die beim russischen Föderalen Migrationsdienst einen Flüchtlingsstatus beantragt haben, ist in den letzten Tagen um 80 Prozent gestiegen, sagte der Vorsitzende des Ausschusses des russischen Föderationsrates für Verfassungsgesetzgebung, Andrej Klischas, am Donnerstag.

Die meisten Anträge beziehen sich seinen Worten zufolge auf den vereinfachten Erhalt der russischen Staatsbürgerschaft.

Russland unterstützt die ukrainischen Bürger, die in eine schwierige Lage geraten sind, bis die Situation vollständig geregelt ist, sagte Klischas.

13:23

Vor dem Hintergrund der Befürchtungen der europäischen Importeure bezüglich des Gastransits durch die Ukraine hat der Gazprom-Export an Westeuropa am 4. März mit 504,9 Millionen Kubikmetern den Monatshöchststand erreicht.

Im Vergleich zum Durchschnittsniveau von 438 Millionen Kubikmetern in der letzten Februardekade betrug der Zuwachs 15 Prozent. Die Struktur der Lieferungen zeugt davon, dass der Importanstieg vor allem in Südeuropa zu beobachten war, das bei der Einfuhr des russischen Erdgases keine Alternative zum ukrainischen Transit hat.

13:17

Aus Protest gegen das Vorgehen Russlands in der Ukraine-Krise schickt Deutschland keine Regierungsvertreter zu den Paralympischen Spielen in Sotschi.

12:48

US-Außenminister John Kerry hat die Notwendigkeit der Realisierung der Vereinbarungen vom 21. Februar sowie der Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens im Dialog zur Ukraine anerkannt, wie der russische Außenminister Sergej Lawrow nach einem Treffen mit seinem amerikanischen Amtskollegen sagte.

„John Kerry und ich haben ein Treffen über die Situation in der Ukraine und über die Handlungen geführt, die unsere Partner im Rahmen der OSZE, des Russland-Nato-Rates und anderer internationaler Organisationen zu unternehmen versuchen. Über die Handlungen, die nicht helfen, die Atmosphäre eines Dialogs und einer konstruktiven Zusammenarbeit zu schaffen.

John Kerry gab zu, dass eine solche Atmosphäre geschaffen werden muss, dass es unter den Bedingungen von Drohungen und Ultimaten sehr schwer ist, faire Vereinbarungen zu treffen, die dann dem ukrainischen Volk helfen würden, die Situation zu stabilisieren.

Wir haben uns darauf geeinigt, dass es gilt, den Ukrainern bei der Realisierung der am 21. Februar getroffenen Vereinbarungen zu helfen.

12:44

Deutschlands Vizekanzler Sigmar Gabriel soll als erstes deutsches Regierungsmitglied seit Ausbruch der Krim-Krise nach Moskau reisen, teilte die Deutsche Presseagentur mit.

Das genaue Programm seines Besuches liege allerdings noch nicht vor, so ein Sprecher von Gabriel. Es werde unter anderem nicht bestätigt, ob sich der Wirtschaftsminister mit Präsident Wladimir Putin trifft und ob es einen Zwischenstopp in Kiew geben wird.

Der Russland-Besuch sei schon länger geplant gewesen und erhalte nun durch die Krise einen neuen Kontext. Wichtiges Thema werden unter anderem die Gas- und Ölexporte Russlands nach Westeuropa sein.

12:29

Sewastopol wird an der Präsidentschaftswahl, die am 25. Mai stattfinden soll, nicht teilnehmen, sagte der Chef der Verwaltung für die Erhaltung der Lebenstätigkeit der Stadt, Alexej Tschaly. Die Abstimmung sei von den illegitimen Behörden aufgezwungen worden, betonte er.

Als Tschaly gefragt wurde, wie die Finanzsituation in der Stadt aussieht, sagte er, dass sich Sewastopol streng an den Buchstaben des Gesetzes halte und versuche, alle wirtschaftlichen Beziehungen zu Kiew zu erhalten. Die Stadt zahle nach wie vor Steuern und erwarte, dass sich die Hauptstadt genauso verhält, sagte er.

10:59

Die Bundeswehr fliegt 50 Verletzte aus Kiew aus, um sie in Deutschland behandeln zu lassen.

Zudem beteiligt sich die deutsche Armee an einer OSZE-Mission und entsendet dafür Militärbeobachter in die Ukraine

10:49

Die Allianz hat vor, die Beziehungen zu Russland zu überprüfen. Dies gilt, wie der Generalsekretär der Allianz, Anders Fogh Rasmussen, mitteilte, insbesondere für das Zusammenwirken bei der Vernichtung der chemischen Waffen in Syrien.

Um den Dialog jedoch zu erhalten, würden die Treffen auf der Ebene des Russland-Nato-Rates fortgesetzt. Wie der Nato-Generalsekretär erläuterte, wird es dabei keine Treffen von zivilen Teilnehmern und Militärs mehr geben.

„Der Beschluss über die künftigen Beziehungen mit Russland wird im April bei dem Außenministertreffen der Nato-Länder gefasst“, fügte Rasmussen an.

09:07

Viktor Janukowitsch, Ex-Chef des Präsidentialamtes Andrej Kljujew und 16 weitere ukrainische Beamte und Geschäftsleute sind in eine Liste der Personen aufgenommen worden, gegen die die EU wirtschaftliche Sanktionen verhängt, heißt es in der Anlage zum Beschluss des Europarates.

Zuvor wurden wirtschaftliche Sanktionen gegen mehrere ukrainische Bürger von Großbritannien, Österreich, Lichtenstein und der Schweiz verhängt. Lettland erklärte Janukowitsch und mehrere ukrainische Beamte zu „personae non gratae“.

08:57

EU friert Janukowitsch-Konten ein.

08:32

Vor dem Hintergrund der Ereignisse in der Ukraine hat das Pentagon vor, die Zahl seiner F-15S-Jäger, die den Luftraum über Estland, Lettland und Litauen patrouillieren, mehr als verdoppeln. Dies teilte ein Sprecher des US-Verteidigungsamtes mit.

Zu den vier vorhandenen Jagdflugzeugen, die die Nato-Mission im Baltikum erfüllen, sollten noch sechs Jäger sowie ein Tankflugzeug KC-135 hinzukommen. Dies solle wie erwartet bereits diese Woche geschehen, so der Pentagon-Sprecher.

US-Verteidigungsminister Chuck Hagel hatte am Mittwoch bei den Anhörungen im Kongress mitgeteilt, Pentagon baue die Zusammenarbeit mit Polen und den baltischen Ländern im Zusammenhang mit der politischen Krise in der Ukraine aus.

06:34

Deutsche Medien stellten am Mittwoch den Sinn von Sanktionen gegen Russland in Frage, da diese auch Einfluss auf die eigene Wirtschaft haben.

Das Magazin „Spiegel“ schrieb am Mittwoch, dass Sanktionen aus dem Westen nicht nur eine politische Lösung der Krise verhindern würden, sondern auch wirtschaftlich großen Einfluss hätten. „Denn die Verflechtungen sind gewaltig.“

Einem Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zufolge würden Wirtschaftssanktionen aus Amerika und Europa Russland zweifellos hart treffen. Doch wer Sanktionen von großer potentieller Wirkung verhängt, riskiere auch eine Selbstbeschädigung.

Russland ist der dritt wichtigste Handelspartner der EU. Deutschland deckt einen großen Teil seines Gasbedarfs mit Lieferungen aus Russland ab.

02:24

Die EU-Kommission hat am Mittwoch einen mittel- und kurzfristigen wirtschaftlichen Hilfsplan im Wert von über elf Milliarden Euro für die Ukraine beschlossen. Damit soll die kritische Finanzlage entschärft werden.

Hinsichtlich der Unterstützung der Ukraine durch die USA und die EU sagte der

russische Präsident Wladimir Putin am Mittwoch, die Zollunion bestehend aus Russland, Weißrussland und Kasachstan solle sich mit aller Kraft darum bemühen, der Ukraine aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zu helfen.

Dem russischen Senat zufolge wurden währenddessen bereits Maßnahmen gegen die Sanktionen des Westens in Gang gesetzt.

Die Verhandlungen zwischen den USA und Russland dauern weiter an. Am Mittwoch trafen sich US-Außenminister John Kerry und sein russischer Amtskollege Sergej Lawrow zu Gesprächen in Paris. Es sind die ersten Gespräche zwischen den beiden Außenministern, seitdem Ex-Präsident Viktor Janukowitsch abgesetzt wurde.

01:22

Die von Regierung und Opposition am 21. Februar erzielte Vereinbarung sei der Schlüssel zur Lösung der gegenwärtigen Krise in der Ukraine. Dies sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow am Mittwoch in Spanien.

Unter Vermittlung der USA und Europas hatten der ukrainische Präsident Janukowitsch und die Opposition sich darauf geeinigt, die Verfassung von 2004 zu rehabilitieren, eine Koalitionsregierung zu bilden und spätestens im Dezember neue Präsidentschaftswahlen durchzuführen. Kurz nach der Unterzeichnung der Vereinbarung wurde Janukowitsch jedoch gezwungen, die Hauptstadt zu verlassen.

5. März

-----

23:45

Russlands Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel haben am Mittwoch in einem Telefongespräch die Krise in der Ukraine erörtert.

Wie der Kreml nach der Unterredung mitteilte, tauschten Putin und Merkel Meinungen zu mehreren Aspekten der akuten Krise in der Ukraine aus. „Besprochen wurden unter anderem mögliche Varianten der internationalen Hilfe zur Normalisierung der Lage in der Ex-Sowjetrepublik“, hieß es. Details des Gesprächs, das auf Initiative der deutschen Seite stattfand, wollte der Kreml nicht preisgeben.

23:10

Angesichts der schweren Lage in der Ukraine sollen die Staaten der Zollunion nach Worten von Russlands Präsident Wladimir Putin über den Schutz eigener Produzenten nachdenken.

„Die in der Ukraine entstandene extraordinäre Situation ruft ernsthafte Besorgnis hervor. Die ukrainische Wirtschaft steckt in einer tiefen, wenn nicht in der tiefsten Krise“, sagte der Staatschef am Mittwoch in Nowo-Ogarjowo bei Moskau bei einer Sitzung des Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrates. Dabei schloss er „negative Folgen für den Markt der Zollunion“ nicht aus.

„Wir haben gemeinsam über Schritte nachzudenken, die wir zum Schutz unserer Produzenten und Exporteure tun könnten, sowie den Modus der weiteren Kooperation mit der Ukraine zu bestimmen... Die Ukraine ist ein überaus wichtiger Wirtschaftspartner der Zollunion.“ „Wir müssen alles tun, um unseren Partnern zu helfen, die komplizierte Situation zu überwinden, in der sie derzeit stecken“, sagte Putin.

Zur Zollunion gehören die ehemaligen Sowjetrepubliken Russland, Weißrussland und Kasachstan.

22:14

Der erste stellvertretende des UN-Generalsekretärs Jan Eliasson hat die Medienangaben über die Entführung des Sonderberaters des UN-Sekretärs Robert Serry dementiert.

„Ich habe mit Robert Serry vor etwa 20 Minuten gesprochen. Es hat sich mit ihm ein unangenehmer Vorfall ereignet. Unbekannte bewaffnete Personen hielten ihn an und sagten, er solle die Krim verlassen und zum Flughafen fahren. Er stieg aus dem Auto aus, ging ins Hotel und rief mich an. Jetzt geht es ihm gut, er wurde nicht entführt“, sagte Eliasson.

21:45

Die Ukraine führt keine Verhandlungen mit den USA über die Stationierung von Elementen einer Raketenabwehr in der Ukraine im Austausch gegen die Finanzhilfe. Das erklärte der neue ukrainische Regierungschef Arseni Jazenjuk am Mittwoch in Kiew.

„Wir und die US-Regierung verhandeln nicht über die Stationierung von Truppen (in der Ukraine)“, sagte Jazenjuk in einem Interview für die Nachrichtenagentur AP. „Das einzige Gesprächsthema ist die finanzielle Hilfe der USA, die für die Stabilisierung der ökonomischen Situation in der Ukraine nötig ist.“

Der Regierungschef versicherte ferner, dass die Autonome Republik Krim mit zusätzlichen Vollmachten rechnen könnte. „Geplant ist die Bildung einer speziellen Arbeitsgruppe, die Formen dieser zusätzlichen Vollmachten bestimmen soll“, sagte Jazenjuk.

21:22

Die Krim bildet ihre eigene Staatsanwaltschaft, Innenministerium und Sicherheitsdienst, teilte der Sprecher des Obersten Rats der Republik Wladimir Konstantinow mit.

Die Stadt Sewastopol, die in der Ukraine von staatlicher Bedeutung ist, kann nach dem Referendum zur Autonomen Republik Krim angeschlossen werden, sagte er bei der Sitzung des Ministerrats der Krim.

Die autonome Republik und der Stadtrat von Sewastopol weigerten sich, die Legitimität der neuen Regierung in der Ukraine anzuerkennen.

Das Referendum zur Krim ist auf den 30. März festgesetzt.

21:09

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat militärische Beobachter in die Ukraine entsandt. Wie die OSZE am Mittwoch mitteilte, sind 35 Offiziere aus 18 OSZE-Staaten, darunter auch aus Deutschland, auf Einladung aus Kiew ohne Waffen in die Ukraine gereist. Das Ziel sei es, die Besorgnis der Führung in Kiew um „ungewöhnliche militärische Aktivitäten“ im Land zu klären und Fakten vor Ort objektiv zu beurteilen. „Ich hoffe, dass dieser militärische Besuch zur Deeskalation in der Ukraine beiträgt“, kommentierte OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier.

20:29

Als erstes deutsches Regierungsmitglied seit Ausbruch der Krim-Krise will Vizekanzler Sigmar Gabriel am Donnerstag nach Moskau reisen.

20:07

US-Marine beantragt Einfahrt ins Schwarze Meer. Die Türkei soll grünes Licht für eine Passage durch den Bosphorus gegeben haben, berichten türkische Medien. Die USA müssen eine Durchfahrt bei der Türkei anmelden.

20:01

Teilnehmer der Kundgebung mit russophilen Parolen neben der Regionalverwaltung Donezk haben das Gebäude besetzt. Sie drangen durch die Kordone der ukrainischen Sicherheitstruppen und betraten die Regionalverwaltung durch die gebrochenen Türen.

Die Demonstranten trugen russische Fahnen und skandierten „Berkut“, „Russland“ und „Referendum“.

Die Soldaten traten vom Gebäude zurück, aus dem Büro des Chefs der Regionalverwaltung im 11. Stock wurde die russische Flagge gehisst.

Die Protestler fordern ein Referendum über den künftigen Status des Gebiets und Wechsel der Leiter in den Gewaltorganen.

19:45

Das estnische Außenministerium hat das Telefongespräch des Außenministers Urmas Paet mit der Hohen Vertreterin der EU für Außenpolitik Catherine Ashton bestätigt. Das Gespräch handelte unter anderem von den Scharfschützen, die bei den Protestaktionen auf dem Maidan aktiv waren.

„Äußerst bedauernswert ist, dass es so ein Abhören überhaupt gegeben hatte“, sagte Paet. Ausführlicherer Kommentare enthielt er sich.

Die Aufnahme des Gesprächs wurde am Mittwoch auf YouTube veröffentlicht.

Paet zufolge wurden sowohl Protestler als auch Mitarbeiter der Sicherheitskräfte, die den Protesten erlagen, von ein- und denselben Scharfschützen getötet, die von Leitern des Maidan angestellt worden waren.

19:27

Die EU friert die Konten von 18 Ukrainern ein, die sie für Gewalt und Menschenrechtsverletzungen während der politischen Umwälzungen in dem Land verantwortlich macht.

19:25

Das russische Außenministerium hat eine Reihe Dokumente des Innenministeriums der UdSSR für die Jahre 1942-1945 veröffentlicht, die auf die Tätigkeit der ukrainischen Nationalisten während des Zweiten Weltkriegs bezogen sind.

In den Dokumenten sind Zeugenaussagen angeführt, die von ihrer Zusammenarbeit mit den Hitlerfaschisten und Teilnahme an Massenhinrichtungen unter der Zivilbevölkerung handeln.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion sind in der Ukraine die Nationalisten aktiv geworden. Der frühere Präsident Viktor Juschtschenko eignete durch eine Anordnung den Gründern und Leitern der Organisation Ukrainischer Nationalisten und der Ukrainischen Aufständischen Armee, Stepan Bandera und Roman Schuschkewitsch, den Titel der Helden der Ukraine an.

18:46

Ukrainische Einheiten errichten nach eigenen Angaben Kontrollpunkte an den Zufahrtsstraßen zur Halbinsel.

17:34

Der Leiter der Eurokommission, José Manuel Barroso, hat die Bereitschaft Brüssels geäußert, der Ukraine elf Milliarden Euro für die nächsten Jahre bereitzustellen.

„Heute haben wir die Hilfe für die Ukraine festgelegt. Das sind elf Milliarden Euro für die nächsten paar Jahre“, sagte er am Mittwoch auf einer Pressekonferenz zu den Ergebnissen der Sitzung der Eurokommission, die in Brüssel stattfand. Barroso zufolge werden die Geldmittel sowohl aus dem EU-Budget als auch von europäischen Finanzstrukturen bereitgestellt.

Außerdem ist Brüssel Barroso zufolge bereit, eine Geberkonferenz zur finanziellen Hilfe für die Ukraine durchzuführen.

17:09

Abgeordnete des Chmelnyzki Stadtrates haben die Teatralnaja Straße in die Straße der Helden vom Maidan umbenannt.

16:57

Die USA, Deutschland und die Schweiz werden ihre Beobachter auf Anfrage von Kiew hin in die Ukraine entsenden, teilt die OSZE mit.

Diese Entscheidungen wurden am Vortag getroffen, nachdem die Ukraine den Mitgliedsländern der Organisation Einladungen verschickt hatte.

Allerdings soll die Mission nicht unter OSZE-Schirmherrschaft stattfinden, denn die unbewaffneten Militärbeobachter werden von den Ländern selbst entsandt. Jedes Land kann auf Einladung eines anderen Landes höchstens zwei Militärexperten schicken.

Für das Eintreffen auf der Krim brauchen sie die Erlaubnis der lokalen Behörden.

16:39

Ein Gesetzentwurf, der den Nato-Beitritt der Ukraine bestimmen soll, ist in der Obersten Rada registriert worden. Das teilte das Sekretariat des Parlaments am Mittwoch mit.

Der Gesetzentwurf wurde von den Abgeordneten der Fraktion Batkiwtschyna entwickelt, die meint, dass der blockfreie Status der Ukraine dem Land keine Sicherheit gewährt habe.

Das Gesetz, das den blockfreien Status der Ukraine bestimmt hatte, war in der Obersten Rada am 1. Juli 2010 verabschiedet worden.

16:39

Das russische Finanzministerium bereitet Varianten für die finanzielle Unterstützung der Ukraine im Falle einer Verschlechterung der Wirtschaftssituation in diesem Land vor, wie Finanzminister Anton Siluanow am Mittwoch in einer Beratung unter Leitung von Präsident Wladimir Putin mitteilte.

16:22

Die politischen Spannungen in der Ukraine dürfen sich nicht auf die aktuelle Wirtschaftskooperation zwischen beiden Ländern auswirken, betonte Russlands Präsident Wladimir Putin am Mittwoch. „Wir sehen gewisse politische Spannungen, dies darf sich aber nicht auf unsere aktuelle Wirtschaftskooperation auswirken“, betonte er bei einer Beratung in seiner Vorstadtresidenz Nowo-Ogarjowo.

16:17

Eine Sondersitzung der GUS-Außenminister soll am 7. März in Kiew auf die Initiative der Ukraine hin stattfinden, die den Vorsitz in der GUS hat, teilte der ukrainische Botschafter in Weißrussland, Michailo Jeschel, Journalisten am Mittwoch mit.

Der Diplomat konnte nicht genau sagen, wer von den Ministern die Teilnahme an der Sitzung bestätigt hat. „Ich glaube, es müssen auf jeden Fall Vertreter von jedem Staat dabei sein“, erklärte er.

Auf die Frage, ob die Ukraine aus der GUS ausscheiden will, antwortete Jeschel, man solle die Frage nicht auf solch eine Weise stellen. Er dementierte außerdem Informationen über Verhandlungen zum Raketenabwehrsystem im Tausch gegen Finanzhilfe seitens der USA.

16:09

Grenzsoldaten haben am Dienstag im Flughafen Boryspil während der Unruhen in Kiew weitere fünf Verletzte registriert, die zur ärztlichen Behandlung nach Österreich gefahren sind.

15:58

Russland wird laut Außenminister Sergej Lawrow alles in seiner Kraft Stehende tun, um die Bevölkerung der Ukraine vor einem Blutvergießen zu schützen.

15:56

Der ukrainische Botschafter in Weißrussland, Michailo Jeschel, hat erklärt, die Möglichkeit einer Stationierung des US-Raketenabwehrsystems in seinem Land im Austausch gegen Finanzhilfe für Kiew seitens der USA sei ein Thema der Verhandlungen.

„Darüber wird verhandelt. Wenn es soweit wird, werden wir die Sache klären“, antwortete der Botschafter am Mittwoch in Minsk gegenüber Journalisten auf die Frage zum US-Raketenabwehrsystem und der Finanzhilfe für das Land in der entstandenen Krisensituation.

15:25

Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu hat die im Internet veröffentlichten Fotos mit russischer Militärtechnik auf der Krim eine Provokation genannt. Er bezeichnete auch das Video, auf dem sich Militärs für Mitarbeiter russischer Streitkräfte ausgeben, für Unsinn.

15:17

Die ukrainische Regierung bittet Deutschland bei der Versorgung Dutzender Menschen um Hilfe, die bei den blutigen Protesten auf dem Maidan-Platz verletzt wurden. Die Verletzten werden jetzt von einem Ärzteteam der Bundeswehr für den Transport nach Deutschland vorbereitet. Sie sollen anschließend mit einem MEDEVAC-Airbus ausgeflogen werden. Die Zielkrankenhäuser sind noch unbekannt.

15:12

Die USA und die Europäische Union haben den Staatsstreich, den „Euro-Maidan“, in der Hauptstadt der Ukraine mehrere Jahre lang vorbereitet.

Dies teilte der ehemalige Mitarbeiter der US-Aufklärung, Scott Ricard, in einem Interview für den TV-Sender „Press-TV“ mit.

Wie er erläuterte, hatten die direkten Staatsausgaben der USA für die Proteste in

Kiew mehr als fünf Milliarden Dollar betragen. Unter den Hauptsponsoren des Staatsstreichs in der Ukraine nannte Rikard den Gründer der Internet-Verkaufsplattform eBay, Pierre Omidyar, und den US-Milliardär George Soros.

Als Ursachen der Ereignisse in der Ukraine nannte Ricard wirtschaftliche und geopolitische Probleme. Der Westen hatte versucht, die Ukraine, so wie die anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, für die Nato zu gewinnen.

15:08

Der neue ukrainische Regierungschef Arsenij Jazenjuk ist nach eigenen Angaben zum EU-Sondergipfel in Brüssel eingeladen worden.

15:06

Der russische Außenminister Sergej Lawrow ist überzeugt, dass alle ukrainischen Probleme darin wurzeln, dass die internationale Gemeinschaft nicht rechtzeitig auf die Oppositionsproteste reagiert hat.

„Wir sind überzeugt, dass alle Probleme darin wurzeln, dass die internationale Gemeinschaft nicht rechtzeitig auf die Anti-Regierungs-Proteste, die von bewaffneten Menschen unter schwerem Verstoß gegen das Gesetz durchgeführt wurden, reagiert hat. Im Gegenteil wurden diese Proteste gefördert“, sagte Lawrow.

„Im Grunde genommen ereignete sich eine bewaffnete Machtergreifung“, so Lawrow.

15:02

Der russische Außenminister Lawrow erklärt, Russland könne die bewaffneten „Selbstverteidigungs-Gruppen“ auf der Krim nicht zurückkommandieren, denn es sei kein russisches Militär. Das Personal der russischen Schwarzmeerflotte halte sich indes in den Stützpunkten auf.

14:52

Die Autonome Republik Krim und die russische Teilrepublik Tatarstan haben am Mittwoch ein Abkommen über die wirtschaftliche und humanitäre Zusammenarbeit unterzeichnet.

„Wir haben viele Gemeinsamkeiten und wollen unsere Zusammenarbeit in allen Bereichen ohne Ausnahme entwickeln“, sagte Krim-Premier Sergej Aksjonow bei einem Treffen mit Tatarstans Republikchef Rustam Minnichanow vor der Unterzeichnung des Dokuments.

Laut Minnichanow geht es in dem Abkommen um die Zusammenarbeit in den Bereichen Medizin, Tourismus, Investitionen und Innovationen. „Eine Roadmap wird konzipiert, Arbeitsgruppen werden gebildet, die zuständigen Minister werden mit der Umsetzung dieses Abkommens beauftragt“, sagte er.

„Innerhalb eines Monats wollen wir Abkommen über realere Schritte vorbereiten und unterzeichnen. Vertreter unserer Ministerien und des Ministerrates der Autonomen Republik Krim werden dieses Programm konkretisieren“, fügte er hinzu.

Rund zwölf Prozent der Einwohner der Halbinsel Krim sind Tataren.

14:16

Das schlechte Beispiel der Ukraine ist ansteckend und man muss bei der Einschätzung der Situation auf Doppelstandards verzichten, sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow am Mittwoch nach den Verhandlungen mit seinem spanischen Kollegen José Manuel García-Margallo.

„Alle müssen verstehen, dass das schlechte Beispiel ansteckend ist“, betonte Lawrow. „Man muss folgerichtig sein, ohne Doppelstandards.“

13:15

Der US-Senat erwägt Sanktionen gegen russische Banken, das Sperren von Konten russischer Institutionen und privater Investoren sowie Einreiseverbote. Den Senatoren zufolge würden diese Maßnahmen nicht ausreichen, falls sie nicht von europäischen Ländern unterstützt werden. Am Donnerstag will die EU bei einem Sondergipfel Druckmaßnahmen gegen Moskau erörtern.

13:08

Die russischen Senatoren im Föderationsrat arbeiten an einem Gesetz, das die Konfiszierung von Vermögenswerten und die Sperrung von Konten von europäischen und US-amerikanischen Unternehmen, einschließlich privaten, vorsieht, wenn der Westen gegen Russland Sanktionen verhängen sollte.

„Der Gesetzesentwurf sieht solche Vollmachten für den Präsidenten und die Regierung vor, die unsere Souveränität vor Angriffen schützen sollen“, sagte der Verfasser des Entwurfes, der Vorsitzende des Ausschusses für Gesetzgebung, Andrej Klischas.

Die USA und die EU drohen Russland wegen dessen Position zur Lage in der Ukraine mit Sanktionen.

12:01

US-Präsident Barack Obama hofft nach eigenen Worten auf eine baldige Entspannung um die Ukraine. „Wahrscheinlich werden wir die Situation in den nächsten Tagen oder Wochen entspannen können, dies ist aber eine ernste Situation und wir investieren viel Zeit in sie“, zitiert Obamas Pressedienst den Präsidenten.

11:43

US-Präsident Barack Obama und Bundeskanzlerin Angela Merkel haben zur Lage in der Ukraine telefoniert. Sie sprachen sich für direkte Verhandlungen zwischen Kiew und Moskau aus, hieß es in einem Bericht des Weißen Hauses.

Obama und Merkel einigten sich auf eine Deeskalation der Lage, unter anderem durch internationale Beobachter, so das Weiße Haus. Beide plädierten außerdem für eine weitere Unterstützung der ukrainischen Regierung, die „ihre Wirtschaft zu

stabilisieren versuche und Vorbereitungen auf die Wahlen im Mai treffe“.

10:58

Die slowakische Regierung hat in die rückwärtigen Erdgaslieferungen an die Ukraine eingewilligt. Durch rückwärtige Gaslieferungen aus Europa solle der Ukraine geholfen werden, den Kurs der Energieunabhängigkeit von Russland fortzusetzen, stellte der EU-Energiekommissar Günther Oettinger fest.

10:24

Das Fußball-Länderspiel Ukraine – USA wird doch noch stattfinden. Das bestätigte Anatoli Konkow, Präsident des ukrainischen Fußballverbands, am Dienstag.

Erst am Tag zuvor hatte es noch geheißen, dass das Spiel, das ursprünglich in Charkow ausgetragen werden sollte, angesichts der instabilen politischen Lage jedoch auf Zypern verlegt wurde, nicht stattfindet.

„Von welchem Fußball kann überhaupt die Rede sein, wenn wir schon unsere Landesmeisterschaft nicht austragen können?“, so Konkow am Dienstag in einem Interview für den Fernsehsender ICTV. „Wenn wir keine Möglichkeit haben, in unserer Heimat zu spielen – warum sollen wir in diesen für unser Land schwierigen Zeiten nach Zypern fliegen? Wir spielen ja für unsere Landsleute.“

In seiner jüngsten Erklärung sagte Konkow aber: „Der Cheftrainer und ich haben eine längere Beratung mit dem ukrainischen Sportminister Dmitri Bulatow abgehalten. Dabei wurde beschlossen, das geplante Länderspiel mit der Mannschaft des Landes, das sich für den Schutz unserer nationalen Interessen und der territorialen Integrität eingesetzt hat, durchzuführen. Dieser Beschluss ist äußerst wichtig bei der Förderung des nationalen Elans des ukrainischen Volkes. Außerdem wird dies die Möglichkeit bieten, unser Land zusammenzuschließen.“

09:33

Die in Europa lebenden Ukrainer fordern die Oberste Rada auf, den Prozess der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU zu beschleunigen und den Kurs auf die Nato-Mitgliedschaft wieder aufzunehmen.

09:29

Die Führung der Autonomen Krim-Republik betrachtet die Machtstrukturen in Kiew nicht als legitim und ist vorerst nicht bereit, auf das Verhandlungsangebot des ukrainischen Parlaments über die Aufnahme von Verhandlungen über die Autonomie der Halbinsel zu antworten, sagte Krim-Premier Sergej Aksjonow am Dienstag in einem Interview für den lettischen Radiosender Baltkom.

„Heute habe ich mit zwei Vertretern versprochen, die aus diesem Anlass gekommen waren“, sagte Aksjonow. „Es war ein Gespräch im Korridor. Ich kann vorerst nicht sagen. Die Machtstrukturen, die uns Verhandlungen anbietet, betrachten wir nicht als legitim. Darin liegt das Hauptproblem.“

Über die Autonomie-Problem werden nur die Einwohner entscheiden“, betonte er.

„Die Bürger, die auf dem Territorium der Autonomie leben, können beliebige Wahl treffen, und wir werden ihren Willen ausführen.“

07:20

Die Ukraine hat die Fähigkeit, sowohl Freund des Westens als auch Russlands zu werden. Dies erklärte US-Präsident Barack Obama am Dienstag in Washington.

Durch die russische „Einmischung“ auf der Krim „entferne“ sich Moskau von anderen Ländern, so Obama weiter. „Die Länder, die in der Nähe von Russland liegen, sind tief besorgt und misstrauisch hinsichtlich einer möglichen ähnlichen Einmischung in ihre Angelegenheiten“, sagte Obama am Dienstagabend. Er rief außerdem dazu auf, alle Kräfte zu bemühen, um den Frieden und die Sicherheit in der Ukraine zu schützen.

06:30

Die Vereinten Nationen haben in der Krise um die Krim am Dienstag Robert Serry als Sondergesandten auf die ukrainische Halbinsel geschickt. Er ist der erste UN-Sondergesandte seit dem Ausbruch der Krise, der von der UNO in die Region geschickt wurde.

Der Sprecher des UN-Generalsekretärs Ban Ki Moon Martin Nesirky sagte am gleichen Tag vor der Presse, Robert Serry sei bereits auf der Krim angekommen. Über genauere Pläne oder die Dauer seines Aufenthaltes gab es jedoch keine weiteren Informationen.

4. März

-----

23:51

Die Ukraine hat sich laut der Nachrichtenagentur Reuters an die IAEA gewandt, weil es sich Sorgen um die Sicherheit seiner Atomkraftwerke macht.

23:37

Der Befehlshaber der russischen Schwarzmeerflotte, Vizeadmiral Alexander Witko, hat den Stab der ukrainischen Kriegsmarine auf der Krim besucht. Dies teilt die ukrainische Nachrichtenagentur UNIAN mit.

Witko war dort nur noch fünf Minuten. Vorerst gibt es keine Informationen über die Ziele seines Besuches.

Der Vizeadmiral wurde bei seiner Ankunft und Abfahrt von russlandfreundlichen Krimbewohnern und den Angehörigen der Krim-Selbstverteidigung herzlich begrüßt, die nach wie vor den Stab der ukrainischen Flotte blockieren.

Wie eine Quelle in Sewastopol der UNIAN mitteilte, kann dabei von keinen

Verhandlungen die Rede sein.

23:06

Russlands Präsident Wladimir Putin und der türkische Premier Recep Tayyip Erdogan haben in einem Telefonat ihre Überzeugung darüber zum Ausdruck gebracht, dass es auf der Krim gelingen wird, den zwischenethnischen und zwischenkonfessionellen Frieden, ungeachtet der Aggression der Maidan-Radikalen, zu erhalten.

Dies teilte der Kreml-Pressedienst mit.

22:58

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) wird eine militärische Beobachtermission in die Ukraine entsenden.

22:29

Befehlshaber der russischen Schwarzmeerflotte, Vizeadmiral Alexander Witko hat den Stab der ukrainischen Kriegsmarine auf der Krim besucht.

22:01

Die Europäische Union hat der Ukraine versprochen, ihre Schulden für Gazprom-Lieferungen in Höhe von rund zwei Milliarden US-Dollar zu tilgen. Dies teilte der EU-Energiekommissar Günther Oettinger mit.

Wie der EU-Beamte ausführte ist die Schuldenbegleichung ein wichtiger Teil des EU-Hilfspakets für die Ukraine.

Vorher war bekannt geworden, dass der russische Energiekonzern Gazprom im April die Preisvergünstigung bei den Erdgaslieferungen an die Ukraine außer Kraft setzen wird. Diese Entscheidung hatte der Energiekonzern dadurch begründet, dass die Schulden der Ukraine für das gelieferte Erdgas häuften sich an und bei laufenden Zahlungen sei das Land auch im Rückstand.

21:57

Auf der ukrainischen Halbinsel Krim, die den erzwungenen Machtwechsel in Kiew nicht anerkannt hat, ist es am Dienstag zu einem Zusammenstoß zwischen bewaffneten Selbstverteidigungskräften und ukrainischen Soldaten gekommen.

Wie ein Korrespondent der RIA Novosti aus Simferopol berichtet, wurden bei dem Konflikt mehrere Warnschüsse abgegeben. Verletzt wurde niemand. Näheres wurde zunächst nicht bekannt.

21:52

US-Außenminister John Kerry gab die Bereitschaft Washingtons bekannt, der Ukraine einen Kredit in Höhe von einer Milliarden Dollar zu gewähren.

„Wir arbeiten an der Unterstützung der Ukraine, so weit wir es können. Wir versuchen momentan den Bedarf festzustellen. Wir haben angekündigt, der Ukraine eine sichere Anleihe in Höhe von einer Milliarden Dollar bereitzustellen“, sagte Kerry in einer Pressekonferenz in Kiew.

Wie Kerry mitteilte, ist sich Präsident Barack Obama im Klaren, dass die Ukraine die Hilfe dringend braucht. Und Washington habe die Absicht, „alle Möglichkeiten der direkten Hilfe für die Ukraine zu nutzen“.

21:26

Russland und die Ukraine haben bilateralen Konsultationen auf Ministererebene eingeleitet, teilte der ukrainische Interimspremier Arseni Jazenjuk mit.

20:49

Die Europäische Union hat der Ukraine versprochen, ihre Schulden für Gazprom-Lieferungen in Höhe von rund zwei Milliarden US-Dollar zu tilgen.

20:46

Das russische Außenministerium hat mit Entrüstung auf die Äußerungen des ukrainischen UN-Botschafters Juri Sergejew reagiert, der die Vorwürfe, die die Sowjetunion im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess nach dem Zweiten Weltkrieg gegen ukrainische Nationalisten erhoben hatte, in Zweifel gezogen hat.

„Russland ist empört über das lästerliche Statement des ukrainischen Botschafters bei der Uno Juri Sergejew, der gesagt hat, dass ‚die Vorwürfe der Sowjetunion gegen die ukrainischen Nationalisten im Nürnberger Prozess verfälscht sind‘, erklärte das Moskauer Außenamt am Dienstag.

Mit seinen Ausführungen habe der ukrainische Regierungsvertreter „das Andenken an die Opfer des Zweiten Weltkrieges beleidigt“. Das Außenministerium verwies darauf, dass nicht nur Russen, sondern auch „Ukrainer, Juden, Polen und Vertreter anderer Nationalitäten den Greueln zum Opfer gefallen sind, die ukrainische Nationalisten als Helfershelfer der Faschisten begangen haben“.

Nach dem Überfall von Hitler-Deutschland auf die Sowjetunion 1941 hatte der Nationalistenführer Stepan Bandera das ukrainische Volk dazu aufgerufen, der Wehrmacht im Kampf gegen den Bolschewismus zu helfen“. Die Nationalisten standen unter anderem hinter Säuberungen in okkupierten Gebieten und jüdischen Pogromen in Lwow (Lemberg).

2010 erkannte der damalige ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko Bandera den Titel der Nationalhelden der Ukraine zu. Im selben Jahr setzte ein ukrainisches Gericht diese Entscheidung jedoch als unrechtmäßig außer Kraft

20:24

Das ukrainische Innenministerium verspricht den Maidan-Protestlern, die ihre Waffen, einschließlich der eroberten bei der Polizei, freiwillig abgeben werden, Straffreiheit.

„Das Innenministerium der Ukraine veranstaltet vom 4. bis 21. März 2014 Annahme von Waffen, Munition und Sprengstoffen, die von Bürgern freiwillig abgegeben werden. Die Bürger, die sich an die Polizei zwecks Abgabe von Waffen, die sie gesetzwidrig besitzen, wenden, werden strafrechtlich nicht verfolgt“, heißt es in einer Mitteilung des ukrainischen Innenministeriums.

Seit dem Beginn der Proteste waren in der Ukraine mehr als 1.000 Personen verletzt worden. 98 Menschen waren dabei ums Leben gekommen.

19:57

Die Oberste Rada plant nach dem Treffen mit Vertretern des Parlaments der Krim, Veränderungen für die Verfassung der Krim zusammenzustellen. Das berichtete ein Abgeordneter von der Partei der Regionen Nestor Schufritsch.

Ihm zufolge erörterten Vertreter der Krim beim Treffen Fragen, die vom Parlament der Republik und deren Bevölkerung angeschnitten werden. Den Inhalt dieser Fragen präziserte Schufritsch nicht. Beim Treffen wurde entschieden, eine interparlamentarische Arbeitsgruppe zu bilden, die die Möglichkeit einer Veränderung für die Verfassung der Krim untersucht, um die Vollmächte der Republik auszuweiten.

19:48

Mitarbeiter des ukrainischen Geheimdienstes haben nach dem Machtwechsel in Kiew versucht, Viktor Janukowitsch festzunehmen, verloren seine Spur jedoch in Sewastopol.

19:01

Bundesaußenminister Steinmeier appelliert in der Ukraine-Krise an alle Seiten, Ruhe zu bewahren.

18:45

Für die Börsen ist die Ukraine-Krise offensichtlich bereits vorbei: In den USA legten die wichtigsten Indizes kurz nach dem Handelsstart zu.

18:23

Das ukrainische Parlament hat heute in erster Lesung eine Regeländerung beschlossen, die es Vitali Klitschko ermöglicht als Präsident zu kandidieren.

18:04

Moskau stimmt offenbar einem einem Treffen mit der Nato am Mittwoch zu, meldet Italiens Außenministerin Mogherini.

17:42

Die Regierung der Krim wandte sich an Russland mit der Bitte, der Halbinsel sechs Milliarden US-Dollar zu gewähren, darunter eine Milliarde als Finanzhilfe und fünf als Investitionen, teilte der Vizesprecher des Föderationsrates Russlands Jewgeni Buschmin RIA Novosti am Dienstag mit.

17:30

Nach dem erzwungenen Machtwechsel in Kiew sind auf der russisch geprägten ukrainischen Halbinsel Krim nach Angaben von Russlands Präsident Wladimir Putin 22.000 ukrainische Soldaten mit Luftabwehrraketen und anderen Waffen auf die Seite der regionalen Regierung übergelaufen.

Der Versuch Bewaffneter vor einigen Tagen, das Parlament der Krim zu besetzen, habe bei den Bewohnern der Halbinsel tiefe Besorgung ausgelöst, teilte Putin am Dienstag auf einer Pressekonferenz in Nowo-Ogarjowo bei Moskau mit. Man habe Angst vor Terroranschlägen und einem „Kiewer Szenario“ gehabt. „Deshalb hat die Krim-Bevölkerung Selbstverteidigungskomitees gebildet und alle Streitkräfte unter ihre Kontrolle gebracht.“

Laut Putin stehen „Dutzende Luftabwehr-Raketensysteme vom Typ S-300 und andere Waffen“ unter Kontrolle des Volkes der Krim. Rund 22.000 Soldaten seien übergegangen, ohne dass ein Schuss gefallen sei.

17:16

Laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow will die Europäische Union nicht, dass in Kiew eine Regierung der nationalen Einheit gebildet wird.

In einer Pressekonferenz sagte Lawrow am Dienstag in Tunis, dass das Abkommen vom 21. Februar über die Beilegung der Krise in der Ukraine in der jüngsten EU-Erklärung nicht einmal erwähnt sei.

„In der Erklärung der Europäischen Union hat das Abkommen vom 21. Februar keine Erwähnung gefunden. Das wirkt befremdend. Daraus ergibt sich, dass die Europäische Union keine Regierung der nationalen Einheit, keine Entwaffnung der illegalen Formationen und keine Verfassungsreform will, die die Interessen ausnahmslos aller Regionen der Ukraine berücksichtigt“, so der Außenminister.

Vertreter der Machtbehörden und der Opposition hatten am 21. Februar in der Ukraine ein Abkommen über die Beilegung der Krise unterzeichnet. Dem Abschluss waren Verhandlungen vorangegangen, an denen EU-Vertreter – die Außenminister von Frankreich, Deutschland und Polen – teilgenommen hatten.

17:02

Sicherheitsdienst der Ukraine ersucht Russland um Auslieferung von Janukowitsch – Chef des ukrainischen Sicherheitsdienstes Naliwaitschenko.

16:32

Die gesamtrussische gesellschaftliche Organisation „Russischer Retterverein“ und das Portal „Freiwilliger“ beginnen eine Sammelaktion für Einwohner der Krim.

16:24

Gazprom hebt ab April 2014 die Herabsetzung des Gaspreises für die Lieferung in die Ukraine auf, teilte der Chef des Unternehmens Alexej Miller beim Treffen mit dem

russischen Premierminister Dmitri Medwedjew mit.

„Gazprom beschloss, die Geltung des Rabatts Anfang nächsten Monats nicht zu verlängern“, sagte er. Miller unterstrich, dass die ukrainischen Partner die Abkommen zum Bezahlen des Gases nicht einhalten, die bei der Rabattgewährung erreicht worden waren.

Die verfallenen Schulden der Ukraine für das Gas machen 1.549 Milliarden US-Dollar aus.

16:12

Die Gesellschaftliche Kammer Russlands will eine Hotline für Einwohner der Krim eröffnen, berichtet die Webseite der Einrichtung am Dienstag.

-----  
Die Pressekonferenz ist abgeschlossen.

15:46

Wladimir Putin antwortete auf die Frage eines Journalisten über Viktor Janukowitsch, er habe sich mit ihm vor zwei Tagen getroffen, und damals war dieser am Leben.

„Er wird sich noch bei der Beerdigung derjenigen erkälten, die Gerüchte über seinen Tod verbreiten“, scherzte Putin.

15:41

Moskau wird wirtschaftliche und andere Beziehungen mit der Ukraine erst nach der Normalisierung der Lage in diesem Land und nach den Präsidentschaftswahlen entwickeln, erklärte Russlands Präsident Wladimir Putin.

Er habe bereits angeordnet, Kontakte auf Regierungsebene wiederherzustellen, um die Wirtschaftsbeziehungen nicht zu brechen.

15:40

Putin: „Man muss gegen wirtschaftlichen Banditismus und Vetternwirtschaft kämpfen. Das fällt auf und führt zu Unzufriedenheit mit der Macht“.

15:39

Putin: „Im Großen und Ganzen wird die Lage stabiler. Man muss nur ein Signal den Menschen in der südöstlichen Ukraine geben.“

15:35

Putin: „Ukraine wird de facto zu einem anderem Land“.

15:33

Viktor Janukowitsch habe keine politische Zukunft, äußerte sich Russlands Präsident Wladimir Putin beim Treffen mit Journalisten.

Ferner erklärte er, Russland habe sich am Schicksal von Janukowitsch aus humanitären Gründen beteiligt, da er im Heimatland getötet werden könnte.

15:31

Putin: „Das Sabotieren der Paralympischen Spiele wegen der Lage in Ukraine zu versuchen, ist Zynismus höchsten Grades“.

15:27

Putin: „Wir werden die Wahlen in Ukraine nicht anerkennen, wenn sie in der Atmosphäre des jetzigen Terrors verlaufen werden“.

15:24

Die Verbände, die ukrainische Truppenteile auf der Krim blockierten, gehören der russischen Armee nicht, das sind Sicherheitskräfte der Krim, berichtete Russlands Präsident Wladimir Putin beim Treffen mit Journalisten.

Er fügte hinzu, dass Russland an der Ausbildung der Sicherheitskräfte auf der Krim nicht teilnimmt.

15:21

Putin: „Russland erwägt keinen Krim-Anschluss.“

15:19

Russlands Präsident Wladimir Putin meint, dass der Schaden der wahrscheinlichen Sanktionen des Westens gegen Russland wegen der Situation in der Ukraine beidseitig sein wird.

„Ich glaube, in einer modernen Welt, wo alles gegenseitig verbunden ist und alle voneinander abhängen, kann man einander natürlich auf irgendeine Weise schaden, aber dieser Schaden wird beidseitig sein“, sagte er.

15:19

Putin: „Den US-Botschafter abzuberaufen ist eine extreme Maßnahme, auf die ich mich gar nicht einlassen möchte.“

15:16

Putin: „Janukowitsch hat keine politische Zukunft. Russland hat ihm aus humanitären Gründen geholfen, sonst wäre er getötet worden.“

15:16

Putin: „Nur Einwohner dürfen über das Schicksal ihres Territoriums entscheiden“.

15:11

Putin: „Ich habe Janukowitsch davor gewarnt, Kiew zu verlassen, damit es nicht zu Anarchie kommt“.

15:10

Putin: „Das ist eine humanitäre Mission. Wir erheben keinen Anspruch darauf, jemanden zu versklaven oder jemandem etwas zu befehlen.“

15:06

Putin: „Wir bereiten uns auf den G8-Gipfel vor. Wenn die G8-Staatschefs zum Gipfel nicht kommen wollen, dann müssen sie eben nicht kommen.“

15:04

Putin zu Sanktionen: „Die Folgen dieser Sanktionen haben diejenigen zu bedenken, die diese Sanktionen erwägen.“

15:03

Putin: „Ich werde oft nach der Rechtmäßigkeit meiner Handlungen gefragt. Und ich muss dann die USA an ihren Einsatz in Afghanistan, dem Irak oder Libyen erinnern. Wir handeln äußerst legitim.“

15:01

Putin zu Truppeneinsatz in Ukraine: „Eine solche Notwendigkeit besteht noch nicht. Die Möglichkeit gibt es aber.“

-----  
14:58

Es ist nicht notwendig, russische Truppen in der Ukraine einzusetzen, aber es gibt so eine Möglichkeit, sagte der russische Präsident Wladimir Putin Journalisten.

Russland behält sich das Recht vor, im Notfall die Streitkräfte einzusetzen, um die Mitbürger zu schützen, so Putin.

14:06

Die Aussage von Berater des russischen Präsidenten, Sergej Glasjew, über finanzielle Beziehungen zwischen Russland und den USA ist seine eigene Meinung und entspricht der Position des Kreml nicht, teilt RIA Novosti unter Berufung auf einen ranghohen Insider im Kreml mit.

Zuvor am Dienstag warnte Glasjew, dass Russland zugeben müssen werde, dass Kredite an US-Banken nicht zurückgezahlt werden können, wenn die USA

Sanktionen gegen russische Staatsstrukturen verhängen werden. Er sagte auch, dass die russische Regierung auf Dollar verzichten und zu anderen Währungen wechseln werde.

13:56

Der schwedische Außenminister Carl Bildt hat Viktor Janukowitsch mit einem norwegischen Kollaborateur aus den Zeiten des Zweiten Weltkrieges verglichen.

„Die Ukraine hat jetzt einen eigenen Quisling. Er sitzt in einem fremden Land und bittet eine fremde Armee, ihm sein Land zurückzugeben“, twitterte der Minister. Er meinte damit Vidkun Quisling, den Anführer der norwegischen Nationalsozialisten, der ein Protegé der Nazis während der Besetzung des Landes gewesen war.

Carl Bildt machte diese Bemerkung, nachdem Viktor Janukowitsch die russischen Behörden gebeten hatte, den Frieden in der Ukraine wiederherzustellen.

13:18

EU-Wirtschaftssanktionen gegen Russland werden eine katastrophale Wendung für Europa nehmen, sagte Berater des russischen Präsidenten Sergej Glasjew.

„Was Wirtschaftssanktionen seitens der EU betrifft, dann wird das für sie eine katastrophale Wendung nehmen. Da die Einstellung der Gaslieferung aus Russland in absehbarer Zukunft nicht ausgeglichen werden kann, werden Preise für Energieträger in Europa wachsen“, sagte Glasjew.

Die USA drängen mit Absicht die EU zu Sanktionen, weil sie davon profitieren wollen, sagte Glasjew.

13:12

Referendum über Status der Krim kann vor dem 30. März stattfinden – Premier Aksjonow.

12:47

Russland wird wegen der US-Sanktionen gegen russische Staatsstrukturen zugeben müssen, dass Kredite an US-Banken nicht zurückgezahlt werden können, sagte der Berater des russischen Präsidenten, Sergej Glasjew.

Wenn die US-Behörden die Konten russischer Unternehmen und Bürger einfrieren, wird Russland allen empfehlen, US-Schatzanweisungen zu verkaufen. Darüber hinaus wird Russland sein eigenes Zahlungssystem schaffen und zu anderen Währungen wechseln.

„Wir würden zu anderen Währungen übergehen und unser eigenes Verrechnungs- und Zahlungssystem schaffen. Wir unterhalten großartige Beziehungen mit unseren Geschäftspartnern im Osten und im Süden und wir werden schon Mittel und Wege finden, um nicht nur unsere finanzielle Abhängigkeit von den USA abzuschaffen, sondern auch solchen Sanktionen mit einem großen Vorteil für uns auszuweichen“, so Glasjew.

Derzeit erwägt der US-Senat Sanktionen gegen Russland wegen der Situation in der Ukraine.

12:27

Die Lage auf der Krim bleibt angespannt, aber die ukrainischen Militäreinheiten sind trotz Erwartungen nicht angegriffen worden, teilt der britische Rundfunksender „BBC“ mit.

Am Montag teilte das ukrainische Verteidigungsministerium mit, dass die russische Seite den ukrainischen Einheiten auf der Krim ein Ultimatum gestellt habe. Laut dem Ultimatum sollen sie entweder sich zu ergeben, oder am Dienstmorgen werden die Einheiten gestürmt.

Das russische Verteidigungsministerium dementierte diese Meldungen und erklärte, dass kein Ultimatum gestellt worden war.

12:10

Drei Fla-Raketen-Regimente der ukrainischen Streitkräfte sind zur Seite der Regierung der Autonomen Republik Krim gewechselt, teilte ein Vertreter der Krim-Regierung mit.

„Insgesamt mehr als 700 Soldaten und Offiziere erklärten sich bereit, die Bevölkerung der Krim zu schützen. Die Fla-Raketen-Einheiten, die zur Seite der Regierung wechselten, verfügen über mehr als 20 Fla-Raketen-Systeme „Buk“ und über 30 Fla-Raketen-Systeme S-300PS“, sagte er.

Berichten zufolge wechselten die Militärangehörigen des 50., 55. und 147. Fla-Raketen-Regiments, die in Jewpatorija, Feodossija und Fiolenta stationiert sind, zur Seite des „Volks der Krim“.

11:04

Moskau betrachtet eine Rückkehr von Viktor Janukowitsch an die Macht nicht als seine Aufgabe, sieht aber in Janukowitsch weiterhin den legitimen Präsidenten der Ukraine, wie der russische Uno-Botschafter Vitali Tschurkin sagte.

„Es ist nicht unsere Aufgabe, Janukowitsch zurück an die Macht zu bringen“, sagte Tschurkin im Uno-Sicherheitsrat. „Glauben Sie, wie verstehen nicht, dass Janukowitsch nicht wieder an die Macht kommt und nicht wieder den Staat verwalten wird?“

Über das Schicksal von Janukowitsch „muss das Volk der Ukraine entscheiden“.

Zugleich verwies der russische Diplomat darauf, dass im Abkommen zwischen Janukowitsch und der Opposition vom 21. Februar „die demokratischen Parameter zur Überwindung der Krise in der Ukraine verankert sind“.

10:53

Russlands Uno-Botschafter: Russland darf vertragsgemäß 25.000 Mann auf der Krim stationieren.

10:48

Die russische Regierung bereitet einen Gesetzentwurf über die Erteilung der russischen Staatsbürgerschaft an alle Menschen vor, die Russisch beherrschen und Verwandte in aufsteigender Linie haben, die in der Ex-Sowjetunion wohnten, teilte der erste Vizevorsitzender der russischen Staatsduma Alexander Schukow mit.

Der Gesetzentwurf sieht insbesondere die Schaffung spezieller Gremien vor, die die Russischkenntnisse und die Geschichte der Verwandten prüfen, sowie Aufenthaltserlaubnisse und später auch die russische Staatsbürgerschaft erteilen werden. Das Dokument wurde von der Regierung praktisch gebilligt, sagte Schukow.

10:23

Der Oberbefehlshaber der russischen Streitkräfte, der russische Präsident Wladimir Putin, hat den Truppen und Verbänden, die an einem Manöver teilgenommen haben, befohlen, zu ihren ständigen Stationierungsorten zurückzukehren, teilte Pressesprecher des russischen Staatschefs Dmitri Peskow Journalisten mit.

Der Befehl wurde gegeben, nachdem Putin ein Bericht über eine erfolgreiche Durchführung des Manövers vorgelegt worden war.

10:02

Die Behörden der Autonomen Republik Krim behaupten, Vertreter von Cherson, Nikolajew und Odessa haben sich an sie gewandt und gesagt, dass sie sich der Autonomen Republik anschließen wollen, wenn ihre Vollmachten nach einem Referendum erweitert werden.

Das Krim-Parlament ernannte am 27. Februar den Anführer der lokalen gesellschaftspolitischen Bewegung „Russische Einheit“ Sergej Axjonow zum Premierminister der Halbinsel. Axjonow erklärte, dass er Viktor Janukowitsch für einen legitimen Präsidenten hält und sich ihm unterordnen will.

Der Ministerrat der Autonomen Republik Krim beschloss, am 30. März ein Referendum über das weitere Schicksal der Krim durchzuführen.

09:50

Die ukrainische Fußball-Nationalmannschaft hat das für den Mittwoch geplante Länderspiel gegen die USA abgesagt, meldet Reuters unter Berufung auf Anatoli Konkow, Präsident des ukrainischen Fußballverbandes.

Ursprünglich sollte das Spiel in Charkow stattfinden, angesichts der instabilen politischen Lage wurde es aber auf Zypern verlegt.

„Von welchem Fußball kann überhaupt die Rede sein, wenn wir schon unsere Landesmeisterschaft nicht austragen können?“, so Konkow in einem Interview für den Fernsehsender ICTV. „Wenn wir keine Möglichkeit haben, in unserer Heimat zu

spielen – warum sollen wir in diesen für unser Land schwierigen Zeiten nach Zypern fliegen? Wir spielen ja für unsere Landsleute.“

09:23

Russland ist bereit, über die Lage um die Ukraine zu verhandeln, nur wenn das Abkommen vom 21. Februar erfüllt wird, teilte ein Insider im russischen Außenministerium mit.

„Zwei Bedingungen sind prinzipiell für die russische Seite: die Erfüllung des Abkommen vom 21. Februar, das die Umsetzung einer Verfassungsreform und die Bildung einer Koalitionsregierung vorsieht. An den Verhandlungen sollen alle politischen Kräfte der Ukraine teilnehmen“, zitieren russische Nachrichtenagenturen die Quelle.

Das Abkommen zwischen Viktor Janukowitsch und den ukrainischen Oppositionsanführern, das am 21. Februar geschlossen wurde, sah die Durchführung der Präsidentschaftswahl im Dezember 2014 vor.

09:05

Die USA haben die Schließung aller bilateralen Handels- und Investitionsverträge mit der russischen Regierung auf Eis gelegt, bis der Konflikt um die Ukraine gelöst worden ist, heißt es in einer Erklärung des Amtes des Handelsvertreters der Vereinigten Staaten.

Zuvor stellten die USA wegen der Situation um die Ukraine auch militärische Kooperation mit Russland ein. Zugleich werden alle gemeinsame Übungen, Verhandlungen, Besuche und Konferenzen gestoppt, teilte das US-Verteidigungsministerium mit.

08:58

US-Präsident Barack Obama hat gesagt, dass Russland die ukrainische Souveränität verletzt hat, und ausdrücklich Wladimir Putin zum Kurswechsel aufgerufen.

„Die Handlungen Russland in der Ukraine verletzen die internationale Gesetzgebung und die ukrainische Souveränität. Russland versucht, sich dem Lauf der Geschichte entgegenzusetzen“, sagte Obama, als er über die Situation um die Ukraine sprach.

Der US-Präsident glaubt, dass der von Russland gewählte Kurs diesem Land teuer zu stehen kommen wird. Es sei höchste Zeit für Wladimir Putin, zu entscheiden, ob Russland seine Interessen durch Diplomatie oder durch Militärgewalt verfolgen wird.

08:56

Russlands Präsident Wladimir Putin hat mit den Präsidenten Weißrusslands und Kasachstans, Alexander Lukaschenko und Nursultan Nasarbajew, die Lage in der Ukraine behandelt. Wie der Kreml-Pressedienst mitteilte, ruft die Zuspitzung der Lage bei den Mitgliedsstaaten des Obersten Eurasischen Wirtschaftsrates Besorgnis hervor.

„Erörtert wurde die Krise in der Ukraine, die eine reale Bedrohung für das Leben und die legitimen Interessen der russischsprachigen Bevölkerung, insbesondere auf der Krim und im Osten des Landes, darstellt. Die jetzige Zuspitzung der gesellschaftspolitischen Situation ruft bei den Mitgliedsstaaten des Obersten Eurasischen Wirtschaftsrates Besorgnis hervor, darunter auch hinsichtlich der wirtschaftlichen und der humanitären Folgen. Die Staatschefs vereinbarten, enge Kontakte fortzusetzen.“

08:55

Verwunderlich sei die Meinung der amerikanischen Seite, die die Besorgnis der russischen Behörden um das Schicksal der russischsprachigen Einwohner als erfunden bewertet hat, so der russische Uno-Botschafter Vitali Tschurkin. „Wenn man natürlich die gesamte Information aus dem US-Fernsehen schöpft, war in der Ukraine alles prima“, fügte er hinzu.

08:50

Russlands Präsident hat laut dem Uno-Botschafter Vitali Tschurkin noch keinen Beschluss über den Einsatz russischer Streitkräfte auf dem Territorium der Ukraine getroffen. „Und die Tatsache, dass wir diese Sitzung einberufen haben, bedeutet nicht, dass dieser Beschluss gleich sofort getroffen wird“, sagte der Diplomat im Uno-Sicherheitsrat.

In der Sitzung hatten der ukrainische Uno-Botschafter Juri Sergejew sowie Vertreter anderer Länder erklärt, dass Russland zusätzliche Militärkräfte auf dem Territorium der Ukraine stationiert habe. Tschurkin erwiderte darauf, dass dort momentan weniger russische Militärs präsent sind als dies das Abkommen über die Schwarzmeerflotte gestattet.

08:37

Russlands Präsident Wladimir Putin hat von Viktor Janukowitsch eine schriftliche Bitte bekommen, russische Streitkräfte zum Schutz der ukrainischen Bevölkerung einzusetzen, teilte der russische Uno-Botschafter Vitali Tschurkin im Uno-Sicherheitsrat mit.

„Heute bin ich bevollmächtigt, folgendes mitzuteilen. Russlands Präsident hat einen Appel des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch bekommen. Ich zitiere: Erklärung des Präsidenten der Ukraine. Als legitim gewählter Präsident der Ukraine erkläre ich: Die Ereignisse auf dem Maidan und die gesetzwidrige Machteroberung in Kiew haben dazu geführt, dass die Ukraine an den Rand eines Bürgerkrieges gebracht wurde. Im Land herrschen Chaos und Anarchie. Das Leben und die Sicherheit der Menschen, insbesondere im Südosten und auf der Krim, sind in Gefahr. Unter dem Einfluss westlicher Länder werden offener Terror und Gewalt betrieben. Menschen werden wegen ihrer politischen Ansichten und wegen ihrer Sprache verfolgt. In diesem Zusammenhang wende ich mich an Russlands Präsident Wladimir Wladimirowitsch Putin mit der Bitte, Streitkräfte der Russischen Föderation für die Wiederherstellung von Gesetzlichkeit, Frieden, Rechtsordnung, Stabilität und Schutz der Bevölkerung der Ukraine einzusetzen. Am 1. März 2014.“

08:05

Mitten in der schweren politischen Krise in der Ukraine erwägen die USA nach Angaben des State Departments Sanktionen gegen Russland wegen seiner Ukraine-Politik.

„Sanktionen sind nicht nur Diskussionsthema. Möglicherweise werden wir sie einführen“, drohte US-Außenministeriumssprecherin Jennifer Psaki am Montag in Washington. Seinerseits erklärte der Chef des Europa-Unterausschusses im US-Senat, Chris Murphy, dass der Senat Sanktionen gegen russische Banken verhängen könnte. Zudem werde der Senat die US-Administration auffordern, Aktiva russischer Staatseinrichtungen und Privatanlegern zu sperren sowie Visabeschränkungen für Bürger Russlands einzuführen. „Aber einseitige US-Sanktionen gegen Russland werden nicht effektiv genug sein, wenn sie nicht von der Europäischen Union unterstützt werden“, sagte Murphy.

01:12

Laut Angaben des Pentagon hat die US-Regierung am Montag die Militärkooperation zwischen den USA und Russland provisorisch eingestellt.

Am selben Tag erklärte ein Sprecher des amerikanischen Handelsbüros, der amerikanisch-russische Dialog über Handel und Investitionen sei vorerst gestoppt. All dies seien Reaktionen auf die aktuelle Lage in der Ukraine.

00:31

Die USA werden auf die Besetzung der russischen Armee auf der Krim reagieren und Russland in Wirtschaft und Diplomatie isolieren. Dies teilte US-Präsident Barack Obama am Montag in Washington mit.

Vor einem Treffen mit dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu erklärte Obama vor der Presse, Russland habe mit den Aktionen auf der Krim international anerkannte „Grundprinzipien“ verletzt.

Am gleichen Tag hatte die EU eine Außenministerkonferenz einberufen. Nach langen Diskussionen wurde beschlossen, Sanktionen gegen Russland zu verhängen, falls Russland seine Armee nicht aus der Krim zurückziehen werde. Die Vorbereitungsarbeiten für die G8-Konferenz in Sotchi wurden bis zur Entschärfung der Lage in der Ukraine verschoben. Ferner sind die Gespräche zwischen der EU und Russland über Erleichterungen bei der Visa-Vergabe eingestellt worden.

00:21

Die deutsche Bundesregierung besteht auf eine politische Lösung für die Krise in der Ukraine. Laut dem Bundesregierungssprecher am Montag bemühe sich die deutsche Regierung um direkten Dialog zwischen der russischen und der ukrainischen Regierung und um eine Entspannung auf der Schwarzmeerhalbinsel Krim.

Die deutsche Bundesregierung sei besorgt über die Konflikte zwischen Russland und der Ukraine. Für eine friedliche Lösung der Krise sei es jetzt noch nicht zu spät. Die Bundesregierung halte politische Lösung als den einzigen Ausweg aus der Krise, hieß es.

00:12

Der chinesische Außenminister Wang Yi hatte am Montagmittag mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow ein Telefongespräch über die aktuelle Situation in der Ukraine geführt. Dabei machte Lawrow den Standpunkt Russlands deutlich. China und Russland seien angeblich beide der Ansicht, es sei von großer Bedeutung, die Krise in der Ukraine angemessen zu lösen, um die regionale Sicherheit sowie den Frieden zu wahren.

00:00

Bundesaußenminister Steinmeier diskutiert erneut mit seinem russischen Amtskollegen Lawrow über den Ukraine-Konflikt.

3. März

-----

23:25

Die EU-Staats- und Regierungschefs kommen am Donnerstag zu einem Sondergipfel zur Ukraine-Krise zusammen, teilte EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy am Montag in Brüssel mit.

23:19

Argentinien teilt Russlands Stellungnahme, dass der Schutz der Menschenrechte keine Einmischung in die Angelegenheiten einzelner Länder rechtfertigen kann, erklärte der argentinische Außenminister Héctor Timerman beim Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow.

„Ich möchte betonen, dass das Thema, das Sie heute Morgen angeschnitten haben, genau das ist, wovon wir immer reden. Man darf die Menschenrechte nicht für eine Einmischung benutzen“, sagte Timerman.

Zuvor sagte Lawrow bei der Sitzung des UN-Menschenrechtsrates, der Kampf für die Menschenrechte oder Demokratie seien kein guter Grund für Handlungen, die gegen die Prinzipien internationalen Rechts verstoßen.

23:18

Einwohner der Schwarzmeer-Halbinsel Krim halten die neuen Behörden in Kiew für nicht legitim, erklärte das Mitglied der russischen Gesellschaftskammer Wladislaw Grib.

„Wir sind seit heute Morgen auf der Krim und trafen uns bereits mit Vertretern der Krim-Regierung, der Selbstverteidigungstruppen, mit Geschäftsleuten und mit der tatarischen Diaspora sowie mit Studenten und Jugendlichen. Sie alle befürworten ein Referendum“, sagte Grib am Montag in einem RIA-Novosti-Gespräch.

„Zudem ersuchen mehrere Krim-Einwohner die Behörden Russlands, sie so schnell wie möglich einzubürgern. Die meisten Anträge werden von Krimtataren gestellt“, sagte Grib.

Neben der Krim hatten auch mehrere Gebiete im Süden der Ukraine erklärt, dass sie die Beschlüsse der Obersten Rada in Kiew und die Entmachtung des Präsidenten Viktor Janukowitsch für nicht legitim halten. Sie beschlossen ebenfalls Referenden über ihren künftigen Status.

Einwohner der Schwarzmeer-Halbinsel Krim halten die neuen Behörden in Kiew für nicht legitim, erklärte das Mitglied der russischen Gesellschaftskammer Wladislaw Grib.

23:00

Der stellvertretende UN-Generalsekretär Jan Eliasson trifft sich am Dienstag mit dem ukrainischen Interimspräsidenten Alexander Turtschinow und dem Premierminister Arseni Jazenjuk.

22:51

Die ukrainischen Städte Cherson, Nikolajew und Odessa wollen sich der Krim anschließen. Das teilte der stellvertretende Krim-Parlamentspräsident Sergej Zekow am Montag RIA Novosti telefonisch mit.

Er berief sich dabei auf einen Appell offizieller Vertreter der Machtorgane von Cherson, Nikolajew und Odessa an die Führung der Autonomen Republik Krim, diese Städte in den Staatsverband der Autonomie aufzunehmen, sollten deren Vollmachten bei einem für den 30. März geplanten Referendum erweitert werden.

Der am 27. Februar vom Krim-Parlament zum Regierungschef der Autonomie ernannte Sergej Aksjonow, Chef der örtlichen gesellschaftspolitischen Bewegung Russische Einheit, hatte erklärt, dass er den von Kiew entmachteten Viktor Janukowitsch weiterhin als den Präsidenten der Ukraine betrachtet. Über das Schicksal der Autonomie wird bei einem Referendum am 30. März entschieden.

22:35

Die jüngste Erklärung des NATO-Rates zur Lage auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim ist aus Sicht Moskaus für die Stabilisierung der Situation in der Ukraine nicht förderlich.

„Wir sind mit dieser am 2. März abgegebenen Erklärung kategorisch nicht einverstanden, in der die Russische Föderation für die ‚militärische Eskalation auf der Krim in Verletzung der völkerrechtlichen Prinzipien‘ verurteilt wird“, heißt es in einem am Montag in Moskau veröffentlichten Kommentar des russischen Außenamtes. „Wir sind der Ansicht, dass derartige Position nicht zur Stabilisierung der Lage in der Ukraine beiträgt und nur jene Kräfte begünstigt, die die gegenwärtige Entwicklung für die Erlangung ihrer verantwortungslosen politischen Ziele missbrauchen wollen.“

22:12

Der Zusammenzug der Truppen zu den Ostgrenzen der Ukraine zeuge von Russlands Vorbereitung auf eine Invasion über die Landesgrenze. Das erklärte der Vertreter des ukrainischen Außenministeriums Jewgeni Perebyiniz am Montag.

Ihm zufolge werden Truppen und Militärtechnik neben dem Osten des Landes weiterhin angehäuft. Zugleich unterstrich Perebyiniz, in Rostow am Don sei die Bildung von Flüchtlingslagern für Ukrainer angeordnet worden.

21:49

Das ukrainische Verteidigungsministerium erklärt, der Befehlshaber der Schwarzmeerflotte Aleksander Witko habe von den ukrainischen Militärs ultimativ gefordert, sich bis fünf Uhr morgens am 4. März zu ergeben.

Andernfalls beginne ein Stürmen der ukrainischen Streitkräfte auf ganz Krim, zitiert das Verteidigungsamt seine Worte.

Am Montag erklärte das russische Außenamt, dass sich die Schwarzmeerflotte in die innenpolitischen Angelegenheiten der Ukraine nicht einmische und alle Bewegungen der Streitkräfte ausschließlich für die Sicherheit russischer Staatsbürger und der Flotte unternommen werden.

21:42

Die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine werden aus Sicht Moskaus ausschließlich von der innenpolitischen Lage im Land bedroht.

Es liege klar auf der Hand, dass die schwere innenpolitische Krise in der Ex-Sowjetrepublik ihre Souveränität unterhöhle, hieß es in einer am Montag in Moskau veröffentlichten Erklärung des russischen Außenamtes. „Die Beilegung dieser Krise erfordert ein ganz anderes Verhalten unserer Partner“, betonte das Außenministerium.

21:16

Russlands Regierungschef Dmitri Medwedew und US-Vizepräsident Joe Biden haben am Montag die Situation in der Ukraine erörtert. Das teilte Medwedews Sprecherin Natalia Timakowa nach einem Telefonat der beiden Politiker mit.

„Medwedew wies auf die Notwendigkeit hin, alle ukrainischen Bürger, darunter auf der Krim, aber auch der Bürger Russlands zu schützen, die sich auf dem Territorium der Ukraine aufhalten“, sagte sie. „Eventuelle Sanktionen und der für Juni nach Sotschi einberufene G8-Gipfel seien keine Gesprächsthemen gewesen“, fügte Timakowa hinzu.

Die Unterredung fand auf Initiative der amerikanischen Seite statt.

21:15

Die Ukraine hat die EU, die USA und die Nato gebeten, beim Schutz der Nuklearobjekte des Landes zu helfen.

Wie die Nachrichtenagentur UNIAN meldet, erklärte dies der amtierende Außenminister Andrei Deschiza.

„Was den Schutz der Nuklearobjekte auf dem ukrainischen Gelände betrifft, haben wir Briefe an die EU, die USA und die Nato geschickt, in denen wir deutlich machten, dass diese Gefahr besteht. Ich glaube, unsere Partner überlegen sich gründlich, ob dies möglich ist. Aber natürlich will niemand eine Katastrophe wie die von Tschernobyl zulassen“, sagte Deschiza.

20:58

US-Außenminister John Kerry fordert Russland zu Zusammenarbeit mit der neuen ukrainischen Regierung auf und versichert, dass das US-Außenministerium zu enger Zusammenarbeit mit Russland bereit ist, um die vorhandenen Probleme zu lösen.

20:51

Die auf der Halbinsel Krim stationierte Schwarzmeerflotte Russlands bezieht im Ukraine-Konflikt laut Außenministerium in Moskau eine neutrale Position und mischt sich nicht in die innenpolitische Entwicklung in der Ukraine ein.

„Alle Bewegungen der Truppen der Schwarzmeerflotte auf dem Territorium der Krim resultieren ausschließlich aus der Aufgabe, die Sicherheit von Objekten der Flotte zu gewährleisten und Angriffe von Extremisten und Radikalen auf unsere Landsleute zu verhindern“, teilte das russische Außenamt am Montag mit. „Die Entstellung von Fakten und das Schüren von Spannungen tragen nicht zur Normalisierung der Lage in der Ukraine und zur Festigung von Vertrauen in unseren Beziehungen zur NATO bei“, hieß es.

20:26

68 Prozent der Ukrainer sind überzeugt, dass die Ukraine und Russland unabhängige, aber befreundete Staaten bleiben sollen – mit offenen Grenzen, Visafreiheit und zollfrei.

20:18

Moskau ist über die Drohungen gegen Russland seitens des US-Außenministers John Kerry wegen der Geschehnisse in der Ukraine empört. Das steht in der Erklärung des russischen Außenministeriums.

„Wir halten die Drohungen gegenüber Russland, die in einer Reihe publiker Erklärungen von John Kerry verlauteten, für inakzeptabel. Er versuchte nicht einmal, sich mit den komplizierten Prozessen in der ukrainischen Gesellschaft auseinanderzusetzen und eine objektive Einschätzung der Lage zu geben, die nach der gewaltsamen Machtergreifung der Extremisten in Kiew degradiert. Er verwendet Klischees aus dem Kalten Krieg“, heißt es in der Erklärung.

20:14

Der russische Aktienmarkt ist wegen der brisanten Lage in der Ukraine am Montag

eingebrochen. Das teilte die Moskauer MICEX-RTS-Börse mit.

Der in Russischem Rubel berechnete MICEX-Index sackte im späten Handel um 10,79 Prozent auf 12,88,81 Punkte ab, der im US-Dollar berechnete RTS-Index stürzte um 12,01 Prozent auf 1115,06 Punkte. Im Tagesverlauf rutschte der RTS-Index mit etwa 1100 Punkten mittlerweile auf den Stand vom September 2009 ab. Auch der Rubel gab am Montag massiv nach. Im späten Handel kostete der Euro mehr als 50 Rubel und der Dollar 36,5 Rubel.

20:07

Russland sieht noch keine Notwendigkeit für den Einsatz seiner Streitkräfte auf dem Territorium der Ukraine. Das erklärte Parlamentspräsident Sergej Naryschkin am Montag in Moskau.

„Ich will das Wort ‚Krieg‘ – genauso wie meine Kollegen – nicht einmal aussprechen“, sagte Naryschkin in einem Interview für den TV-Sender Rossija 24. „Die vom Föderationsrat getroffene Entscheidung gewährt schließlich nur das Recht (auf den Truppeneinsatz), von dem im äußersten Fall Gebrauch gemacht werden kann. Im Moment ist das aber nicht nötig“, sagte der russische Parlamentspräsident.

19:50

Das ukrainische Innenministerium hat erklärt, in der Nacht zum 4. März werde der Mord an drei oder vier russischen Soldaten geplant. Diese Erklärung vom stellvertretenden Innenminister Nikolai Welitschkowitsch ist auf der Webseite des Amtes veröffentlicht.

Welitschkowitsch unterstrich, die Provokation solle den Einsatz der russischen Truppen in der Ukraine legalisieren. Woher die Information stammt und wer das Verbrechen plant, präzisiert er nicht. Zugleich versprach Welitschkowitsch, dass alle Beteiligten bestraft werden.

19:27

Der ukrainische Premierminister Arseni Jazenjuk hat erklärt, das Land habe die schlimmste Krisenphase in den Beziehungen mit Russland überwunden.

„Ich hoffe, dass die Worte des russischen Premierministers Dmitri Medwedjew darüber, dass über den Truppeneinsatz nicht entschieden wurde, wahr sind“, sagte Jazenjuk beim Treffen mit dem Businessverein in Kiew.

Er sei sicher, dass die russischen Streitkräfte auch in die östlichen Gebiete der Ukraine nicht zugelassen werden.

19:09

Moskau lehnt die jüngsten Drohungen von US-Außenminister John Kerry an die Adresse Russlands im Zusammenhang mit der Entwicklung in der Ukraine und auf der Krim als unannehmbar ab. Das geht aus einer am Montag in Moskau veröffentlichten Mitteilung des russischen Außenamtes hervor.

„Indem er vorschlägt, nicht jene, die einen Staatsstreich organisiert haben, sondern die Russische Föderation zu bestrafen, operiert der US-State Secretary mit Schablonen des Kalten Krieges, ohne die komplizierten Prozesse in der Ukraine zu ergründen und die Lage objektiv einzuschätzen, die nach der gewaltsamen Machtergreifung in Kiew durch radikale Extremisten weiter degradiert“, hieß es in dem Papier.

19:07

Die Partner des Westens sind zurzeit richtige Neonazis, die orthodoxe Kirchen und Synagogen angreifen, erklärte das russische Außenamt am Montag im Bezug auf die Lage in der Ukraine.

„Man verschweigt, dass gerade die USA und ihre Partner den Rebellen vom Maidan ihre Krawallen, Gewalt gegen politische Gegner und Zivilbürger, kriegerische Russophobie und Antisemitismus nachsahen“, heißt es in der Erklärung.

19:07

Der Präsident des Europaparlaments Martin Schulz meint, die OSZE solle zum Dialog zwischen der Ukraine und Russland über Wege der Krisenregelung in der Ukraine für dessen Erfolg beitragen.

18:58

Nach dem erzwungenen Machtwechsel in Kiew gehen Tausende Menschen in Russland auf die Straße, um ihre Solidarität mit der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine zu bekunden.

In der Industriestadt Nowotscherkassk (ca. 185 km östlich von der ukrainischen Stahl- und Kohle-Metropole Donezk) nehmen nach Polizeiangaben am Montag rund 7500 Menschen an einer Demonstration für die Russen in der Ukraine teil. In Belgorod (ca. 60 km nördlich vom ukrainischen Charkow) und Brjansk sind jeweils rund 5000 Menschen zu Solidaritätsdemos gekommen.

18:43

Wie die Regierung der Krim mitteilt, hat sich das 204. Jägerluftkommando der ukrainischen Luftstreitkräfte auf die Seite der Regionalbehörden geschlagen. Das Kommando verfügt über Jäger MiG-29 und Übungsflugzeuge L-39.

Auf der Seite des Volkes der Republik sind nun 800 Militärs. Insgesamt befinden sich auf dem Flugplatz in Belbek 45 Jäger und vier Übungsflugzeuge, aber von ihnen funktionieren nur vier MiG-9 und ein L-39.

Zuvor berichteten die Behörden der Krim, unter ihre Leitung seien über 5.000 Militärs der Sicherheitstruppen, des staatlichen Grenzdienstes und der ukrainischen Streitkräfte übergegangen.

18:28

Russlands Föderationsrat schlägt Gründung von Lagern für Flüchtlinge aus der

Ukraine vor.

18:10

Das ukrainische Verteidigungsministerium hat erklärt, dass in der Nacht zum 3. März russische Jäger zweimal die ukrainische Luftgrenze über dem Schwarzen Meer überquert haben. Wie viele Flugzeuge es insgesamt waren, präzisieren die ukrainischen Militärs nicht.

„Um jegliche provokative Handlungen seitens Russlands zu verhindern, wurde der ukrainische Abfangjäger Su-27 in die Luft gebracht“, teilte das Amt mit.

Dies ist nicht der erste Fall, dass die ukrainischen Behörden die Verletzung ihres Luftraums melden. Nach Angaben des ukrainischen Grenzdienstes waren am 28. Februar mindestens acht Militärtransportflugzeuge und sieben Hubschrauber der russischen Streitkräfte ohne Genehmigung auf der Krim gelandet.

18:02

Der Kreml weigert sich, die Details der Abkommen zur Lage in der Ukraine zwischen Russlands Präsidenten Wladimir Putin und der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel preiszugeben.

Putins Pressesprecher erklärte, alle offiziellen Ergebnisse des Telefongesprächs mit Merkel seien in der Pressemitteilung auf der Webseite des Kremls veröffentlicht.

In der Pressemitteilung steht, dass die Seiten beschlossen haben, die Konsultationen sowohl bilateral als auch multilateral fortzusetzen, um die Situation in der Ukraine zu normalisieren.

Merkel erzählte ihrerseits, dass Putin ihren Vorschlag eines politischen Dialogs und der Bildung einer Kommission zur Ermittlung der Lage auf der Krim unter der Schirmherrschaft der OSZE angenommen hat.

17:52

Russlands Regierungschef Dmitri Medwedjew hat erklärt, dass einige Abkommen mit der Ukraine bestimmte Verpflichtungen bedeuten.

„Die Ukraine ist und bleibt für uns ein wichtiger Handelspartner. Wir verfolgen die Situation sehr aufmerksam. Aber wir haben Entscheidungen, die gewisse Verpflichtungen voraussetzen“, sagte Medwedjew.

Er erklärte, es handle sich dabei unter anderem um den Bau einer Brücke aus Russland bis zur Krim. Er habe die Anordnung des Baus der Brücke über die Straße von Kertsch bereits unterzeichnet.

17:45

Die eskalierende Krise in der Ukraine schickt den russischen Aktienmarkt auf eine Talfahrt.

Der in US-Dollar notierte Leitindex RTS verlor per 15.55 Uhr am Montag 12,9 Prozent auf 1103,4 Punkte und erreichte damit den Tiefststand seit September 2009. Sein Rubel-Pendant MICEX brach um 11,4 Prozent auf 1280,6 Punkte ein.

Am tiefsten stürzten die Aktien des Stahlgiganten Mechel ab: minus 22 Prozent. Die Papiere der Staatsbanken Sberbank und VTB verloren jeweils rund 17 Prozent. Die Aktien des Energiekonzerns Gazprom sanken um 14 Prozent.

17:31

Die neue ukrainische Regierung will die Ergebnisse ihres Sieges für den Verstoß gegen die Menschenrechte benutzen, erklärte Russlands Außenminister Sergej Lawrow bei einer Sitzung des UN-Menschenrechtsrates.

„Die Oberste Rada hat die Rechte der Sprachminderheiten beschränkt und die Richter des Verfassungsgerichts abgesetzt, und sie fordert ein Strafverfahren gegen sie. Sie steht kurz davor, Strafe für die Verwendung der russischen Sprache zu verhängen, unbequeme politische Parteien zu verbieten und Lustrationen durchzuführen. Das alles löste im Osten und Süden der Ukraine Empörung aus“, sagte Lawrow.

16:52

Das russische Ermittlungskomitee hat gegen den Leiter der ukrainischen nationalistischen Organisation „Rechtssektor“, Dmitri Jarosch, ein Strafverfahren eingeleitet.

Den Ermittlern zufolge rief Jarosch russischfeindliche Kräfte zu extremistischen Handlungen auf dem Territorium Russlands auf.

16:33

Großbritannien erwägt keine militärische Einmischung in den Konflikt um die Ukraine, vorrangig für London sind der diplomatische und der wirtschaftliche Weg, wie der britische Außenminister William Hague erklärt hat.

„Großbritannien diskutiert keine militärischen Aktionen, wir konzentrieren uns auf diplomatische und ökonomische Druckmittel“; sagte er am Montag bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Arseni Jazenjuk, der vom ukrainischen Parlament zum Regierungschef ernannt wurde.

„Großbritannien könnte Experten in die Ukraine entsenden, um technische Unterstützung zu erweisen und Finanzkonsultationen, unter anderem zu den Energiepreisen, abzuhalten“, sagte Hague.

Der Minister forderte Russland auf, die Situation zu entschärfen und mit friedlichen Mitteln nach einem Kompromiss zu suchen.

16:22

Lawrow rief die Partner aus dem Westen auf, geopolitische Abrechnungen bezüglich der Ukraine beiseite zu legen und die Interessen des ukrainischen Volks zu

berücksichtigen.

16:19

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat erklärt, auf dem ukrainischen Territorium würden neue Provokationen gegen die russische Schwarzmeerflotte geplant.

Lawrow rief die Partner aus dem Westen auf, geopolitische Abrechnungen bezüglich der Ukraine beiseite zu legen und die Interessen des ukrainischen Volks zu berücksichtigen. Er äußerte die Hoffnung, dass die von Russland unternommenen Handlungen zur Regelung der sozialpolitischen Lage in der Ukraine die Radikalen des Landes ernüchtern werden.

16:16

Belgiens Außenminister Didier Reynders hat sich gegen einen Ausschluss Russlands aus der G8 und aus anderen internationalen Strukturen ausgesprochen, berichten belgische Medien.

„Es gelang uns, den Russland-Nato-Rat zu bilden und Russland in die G8 aufzunehmen. Dies bietet uns Möglichkeiten für Diskussionen, die wir nutzen sollten“, sagte er.

Zuvor hatte sich auch der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier negativ zu den Vorschlägen geäußert, Russland aus der G8 auszuschließen.

Russlands Außenministerium hatte mehrmals auf die Verantwortung der westlichen Politiker, darunter auch aus den USA und anderen Ländern, hingewiesen, die ukrainische Radikale zu einem gewaltsamen Machtwechsel aufstachelten. Während der Unruhen in Kiew tauchten europäische Außenminister und ranghohe US-Diplomaten mehrmals auf dem Maidan auf.

16:05

„Die Ukraine wird die Krim niemandem geben“, sagte der neue ukrainische Regierungschef Arseni Jazenjuk in der Pressekonferenz nach Abschluss der Verhandlungen mit William Hague.

15:31

Die Finanzministerien Russlands und der Krim führen Konsultationen über die Finanzhilfe für die Autonomie, teilte der russische Finanzminister Anton Siluanow am Montag in einer Beratung unter Leitung von Premier Dmitri Medwedew mit.

Wie Siluanow sagte, beläuft sich das Haushaltsdefizit der Krim auf umgerechnet etwa 35 Milliarden Rubel (rund eine Milliarde US-Dollar). „Wir prüfen jetzt Möglichkeiten für die finanzielle Unterstützung, um die Stabilität des Finanzsystems zu gewährleisten. Es handelt sich dabei um reibungslose Auszahlungen von Löhnen, Renten, Beihilfen, sozialen Zahlungen und um eine stabile Arbeit der staatlich finanzierten Einrichtungen der Autonomen Republik Krim“, hieß es.

„Bis Ende des heutigen Tages werden wir konkrete Vorschläge zur finanziellen Hilfeleistung vorbereiten“, sagte der Minister.

15:30

Der finnische Verteidigungsminister Carl Haglund hat den auf Montag festgesetzten Besuch in St. Petersburg zum Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Sergei Schoigu abgesagt.

Das Treffen wurde vor einem halben Jahr abgestimmt, dessen Ziel war die Festigung der russisch-finnischen Verteidigungszusammenarbeit, berichtet die Zeitung Helsingin Sanomat.

„Schon vor einer Woche meinten die westlichen Staaten, dass eine solche Situation auf der Krim unmöglich ist. Man soll Russland zeigen, dass die westlichen Staaten die Geschehnisse auf der Krim missbilligen“, sagte Haglund.

15:25

Mitten in der Krim-Krise lässt die Regierung in Moskau eine Brücke über die Meeresenge von Kertsch bauen, die die russische Halbinsel Taman mit der ukrainischen Halbinsel Krim verbinden soll.

Laut einer Verordnung, die Regierungschef Dmitri Medwedew unterschrieben hat, wird aus der staatlichen Straßenbaufirma Avtodor eine Tochtergesellschaft ausgegliedert, die den Bau der Brücke übernehmen soll. Dies teilte Medwedew am Montag in Moskau mit. Sowohl Russland als auch die Ukraine seien an einer „zuverlässigen und preiswerteren Verkehrsverbindung“ zwischen Taman und der Krim interessiert, sagte Medwedew.

Russland hatte bereits 2010 mit der ukrainischen Regierung den Bau einer mehr als vier Kilometer langen Brücke vereinbart, die den Transportweg zwischen der Ukraine und dem südrussischen Gebiet Krasnodar um rund 450 Kilometer verkürzen soll.

15:08

Die ukrainische Opposition hat laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow keinen einzigen Punkt des Abkommens vom 21. Februar erfüllt, das mit dem ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch unterzeichnet worden war.

„Am 21. Februar, fast drei Monate nach dem Beginn der Unruhen und der Willkür, wurde ein Abkommen zwischen dem Präsidenten der Ukraine und der Opposition erzielt, das auch die Außenminister von Deutschland, Polen und Frankreich unterzeichneten. Gemäß diesem Abkommen haben die Behörden darauf verzichtet, den Ausnahmezustand zu verhängen, und die Mitarbeiter der Rechtsschutzbehörden von den Straßen abgezogen. Die Opposition erfüllte nichts. Die illegalen Waffen wurden nicht abgegeben. Die öffentlichen Gebäude und Straßen Kiews wurden nicht geräumt. Die Radikalen kontrollieren weiter Städte. Statt der versprochenen Bildung einer nationalen Einheitsregierung wurde eine Regierung der Sieger gebildet“, sagte Lawrow in der Tagung des UN-Rates für Menschenrechte in Genf.

14:55

Der britische Außenminister William Hague hat Russland eine Militärintervention in der Ukraine vorgeworfen. Dies sagte er in Kiew.

Die russischen Handlungen schafften eine sehr angespannte und gefährliche Lage, sagte Hague. Der britische Minister bezeichnete die aktuelle Lage als größte europäische Krise im 21. Jahrhundert.

Hague gab zu, dass Russland gemäß einem Vertrag mit der Ukraine das Recht auf die Stationierung eines Militärkontingents und der Schiffe der Schwarzmeerflotte auf der Krim hat. Aber dabei betonte er, dass Russland unverzüglich für die Rückkehr aller seiner Militärangehörigen zu ihren Stationierungsorten sorgen soll.

14:52

Die freiwilligen Milizen auf der Krim haben an der Einfahrt zu der Schwarzmeerhalbinsel einen mit Sprengstoff beladenen Lastkraftwagen gestoppt. Der Fahrer und der Beifahrer entpuppten sich laut inoffiziellen Angaben als Aktivisten der prowestlichen Protestbewegung aus Kiew.

Der Lkw mit mehr als 500 kg TNT sei am Sonntagabend gestoppt worden, berichtete das russische Fernsehen. Aus den regionalen Polizeikreisen erfuhr RIA Novosti, dass die Insassen als Maxim Schepetailo (24) und Wassili Pusko (25), beide aus dem westukrainischen Lwow (Lemberg), identifiziert worden seien. „Sie machten kein Hehl daraus, dass sie seit Dezember an den Zusammenstößen auf dem (Kiewer Protestplatz – Red.) Maidan teilgenommen haben.“ Die Behörden klären nun die Herkunft des Sprengstoffs, aber auch das Endziel der gefährlichen Fracht.

14:43

Die Teilnahme Russlands an den Verhandlungen über die Vereinbarung von Veterinärmaßnahmen im Rahmen des Beitritts Kasachstans zur WTO ist sabotiert worden, heißt es in einer Pressemitteilung der russischen Lebensmittelkontroll-Organisation Rosselchosnadsor.

Eine weitere Verhandlungsrunde soll vom 3. bis 6. März stattfinden, aber Vertreter der US-Botschaft benachrichtigten die Leitung von Rosselchosnadsor darüber, dass der Besuch der russischen Experten für die USA inakzeptabel ist.

Eine Gruppe von Unterhändlern aus Kasachstan ist nach Washington abgeflogen. Kasachstan rechnet mit einem WTO-Beitritt schon in diesem Jahr.

14:36

Twitter hat die Besprechung der Entwicklungen in der Ukraine durch seine Nutzer auf der Weltkarte visualisiert.

Die vom Twitter erstellte Karte umfasst Tweets über politische Proteste in der Ukraine, die von Twitter-Nutzern vom 1. bis zum 25. Februar 2014 geschickt wurden. Gerade im Februar war die Konfrontation auf dem Unabhängigkeitsplatz, bei der eine neue parlamentarische Koalition an die Macht kam, am aktivsten.

Außer der Ukraine wurden die Ereignisse des Euro-Maidans in den USA, in Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Russland behandelt.

14:21

Die russischen Behörden haben ein Ermittlungsverfahren gegen den ukrainischen Nationalistenchef Dmitri Jarosch angestrengt, weil dieser Topterrorist Doku Umarow um Hilfe gebeten hat.

„Nach der Einschätzung der Ermittler ruft Dmitri Jarosch die antirussischen Kräfte öffentlich zum Terror gegen Russland auf“, teilte Wladimir Markow, Sprecher des russischen Ermittlungskomitees, am Montag mit. Nach seinen Worten werden die Ermittler beim Gericht einen Haftbefehl gegen Jarosch beantragen und diesen dann international zur Fahndung ausschreiben.

Nach der Eskalation der Krim-Krise hatte Jarosch, Chef der ultranationalistischen ukrainischen Organisation „Rechter Sektor“ und einer der Protestführer auf dem Maidan, am Samstag in einem Sozialnetzwerk an den tschetschenischen Terroristenchef Doku Umarow um Hilfe appelliert. Umarow ist der meistgesuchte Terrorist in Russland, der sich unter anderem zu dem blutigen Bombenanschlag auf den Moskauer Flughafen Domodedowo im Jahr 2011 bekannt hatte. Die Uno und die USA haben ihn auf die Terroristenliste gesetzt.

14:15

Gegen die Schwarzmeerflotte Russlands werden in der Ukraine laut Außenminister Sergej Lawrow neue Provokationen geplant.

„Informationen über die Vorbereitung neuer Provokationen, darunter gegen die Schwarzmeerflotte auf dem Territorium der Ukraine, treffen ein“, sagte Lawrow am Montag bei der Tagung des Uno-Menschenrechtsrates in Genf.

Zuvor hatte Russlands Vizeaußenminister Anatoli Antonow erklärt, dass die Russische Schwarzmeerflotte keine Bedrohung für die Lage in der Ukrainedarstelle und sich mit der Kampfausbildung im Rahmen der russisch-ukrainischen Abkommen befasse.

Die Schwarzmeerflotte sei in strikter Übereinstimmung mit den russisch-ukrainischen Abkommen auf dem Territorium der Ukraine stationiert. Die Stationierungsorte, die die Kopfstärke und der Umfang der Ausrüstung der russischen Militäreinheiten stehen im Einklang mit dem entsprechenden Abkommen zwischen Russland und der Ukraine.

14:11

Die Bankkonten des entmachteten ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch und seines Umfeldes sind in der Schweiz, in Österreich und Liechtenstein eingefroren worden, schreibt die Zeitung „RBC Daily“ am Montag.

Der Sprecher des Schweizer Bundesrats, Pierre-Alain Eltschinger, teilte mit, dass die Behörden in Bern die Konten auf eigene Initiative gesperrt haben. Auf der „schwarzen Liste“ stehen ihm zufolge ungefähr 20 Personen. Von den Sanktionen

sind neben dem abgesetzten Staatschef sein Sohn Alexander, der frühere Präsidialamtschef Andrej Kljujew, dessen Bruder, der Unternehmer Sergej Kljujew, Ex-Premier Nikolai Asarow und dessen früherer Stellvertreter Sergej Arbusow betroffen. Zudem stehen mehrere ehemalige Minister auf der Liste.

Die neue Regierung in Kiew kann auf die Konten jedoch erst zugreifen, wenn bewiesen wird, dass sich Janukowitsch bzw. sein Umfeld die entsprechenden Mittel illegal beschafft hatten.

Die Genfer Staatsanwaltschaft teilte am vergangenen Freitag mit, dass Janukowitsch und sein Sohn der Geldwäsche verdächtigt werden. Am Donnerstag war das Büro einer Firma von Janukowitsch Jr. in Genf durchsucht worden.

13:48

Frankreich erwägt bisher keine Einschränkung von Waffenlieferungen nach Russland, sagte der französische Außenminister Laurent Fabius bei Radio RTL.

„Bisher tun wir das nicht. Jetzt versuchen wir, die Bewegung von Russland in Richtung Ukraine zu stoppen und andererseits einen Dialog aufzunehmen“, sagte Fabius, als er vom Moderator gefragt wurde, ob die Arbeiten an Hubschraubern der „Mistral“-Klasse für die russischen Streitkräfte wegen der Lage in der Ukraine eingestellt werden könnten.

13:27

Der russische Außenminister Sergej Lawrow und der chinesische Außenminister Van Yi haben in einem Telefonat betont, dass sie ähnliche Ansichten über die Lage in der Ukraine haben, teilte das russische Außenministerium am Montag mit.

„Die Außenminister tauschten Meinungen über die Lage in der Ukraine aus. Es wurde betont, dass Russland und China ähnliche Ansichten über die Situation in und um dieses Land haben“, heißt es auf der Webseite des Außenministeriums.

Die Minister vereinbarten auch, enge Kontakte bezüglich dieser Frage fortzusetzen.

13:24

Der russische Außenminister Sergej Lawrow und der chinesische Außenminister Van Yi haben in einem Telefonat betont, dass sie ähnliche Ansichten über die Lage in der Ukraine haben, teilte das russische Außenministerium am Montag mit.

13:15

Nach tagelangen Massenprotesten gegen den Machtwechsel in Kiew hat sich die Situation in Simferopol, Hauptstadt der Halbinsel Krim, wieder normalisiert.

Die Straßen um das Regierungsviertel, die in den vergangenen Tagen gesperrt waren, sind wieder dem Verkehr übergeben worden, wie ein Korrespondent der RIA Novosti vor Ort berichtet. Die Straßenreinigung säubert den Platz vor dem Parlament, auf dem es in der vergangenen Woche zu Zusammenstößen zwischen prorussischen und prowestlichen Demonstranten gekommen war. Die freiwilligen Milizen, die das

Parlamentsgebäude bewachten, haben das Gelände verlassen. Die Geschäfte öffnen wieder.

13:08

Russland ist laut Valentina Matwijenko, der Vorsitzenden des Föderationsrates (russisches Parlamentsoberhaus), an einer friedlichen und prosperierenden Ukraine interessiert, die ihre territoriale Integrität beibehält.

Sie hob hervor, dass keine Rede von einer Annexion des Territoriums des Nachbarstaates sei.

„Aber die Krim hat das Recht, ein Referendum durchzuführen und zu entscheiden, wie sie leben will, wenn sie eine weitergehendere Autonomie will“, sagte Matwijenko im TV-Sender Rossija 1 am Sonntag.

Ihren Worten nach sind die Behörden der Krim, die sich an den russischen Präsidenten Wladimir Putin mit der Bitte gewandt haben, bei der Sicherung von Frieden und Ruhe auf der Halbinsel Hilfe zu leisten, die einzig legitimen Behörden in der Ukraine.

13:07

Der britische Außenminister William Hague beschuldigte Russland der Militärintervention in der Ukraine. Darüber berichtet Reuters unter Berufung auf eine Erklärung von Hague in Kiew.

13:06

Das russische Innenministerium ist bereit, ukrainische Polizisten anzustellen.

„Territoriale Abteilungen des russischen Innenministeriums sind bereit, die Personen, die die Ukraine verlassen haben, darunter auch ukrainische Polizisten, anzustellen“, teilte das Ministerium mit. Dafür werden die Polizisten die russische Staatsbürgerschaft bekommen müssen.

Zuvor teilte die Leitung der Moskauer Polizei mit, sie sei bereit, aus „Berkut“-Kämpfern, die den Demonstranten auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew gegenüberstanden, ein Bataillon zu bilden.

13:02

„Territoriale Abteilungen des russischen Innenministeriums sind bereit, die Personen, die die Ukraine verlassen haben, darunter auch ukrainische Polizisten, anzustellen“, teilte das Ministerium mit. Dafür werden Polizisten die russische Staatsbürgerschaft bekommen müssen.

12:25

Ukrainische Generalstaatsanwaltschaft legte Berufung gegen die Entscheidung der Obersten Rada der Krim über die Auflösung der Regierung der Republik, Ernennung von Sergej Aksjonow zum Ministerpräsident sowie Durchführung eines Referendums

über den Status der Krim ein. Die entsprechende Erklärung wurde auf der Website der Behörde veröffentlicht.

12:20

Russische Militäranghörige haben die meisten strategischen Militärobjekte der Krim besetzt und blockieren nach wie vor Einheiten der ukrainischen Armee und Flotte, teilen ukrainische Medien mit.

Zugleich sammeln sich russische gepanzerte Fahrzeuge an der Fährstelle „Krim-Kaukasus“ an, teilt UNIAN mit.

Darüber hinaus fahren Schiffe der russischen Marine aktiv auf dem Schwarzen Meer, einige Schiffe laufen in den Hafen von Sewastopol ein, andere verlassen ihn.

12:17

Russische Militäranghörige haben die meisten strategischen Militärobjekte der Krim besetzt und blockieren nach wie vor Einheiten der ukrainischen Armee und Flotte, teilen ukrainische Medien mit.

11:50

Die Aktien des russischen Gaskonzerns sind beim Börsenhandel am Montag angesichts der Verschärfung der Lage in der Ukraine um mehr als elf Prozent gesunken, teilt MICEX mit.

Um 10:46 Uhr fielen die Gazprom-Aktien um 11,64 Prozent, der aktuelle Preis beträgt 123 Rubel, was dem Tiefstwert aus dem Juli 2013 entspricht.

Der MICEX-Index fiel um 9,65 Prozent. Der Index von Russian Trading System sank um 10,74 Prozent. Auch der Kurs der nationalen Währung verringert sich heftig.

11:38

Die Zahl der ukrainischen Militäranghörigen, die den Treueid auf das „Volk der Krim“ geleistet haben, ist auf mehr als 3.000 Menschen gestiegen, teilt die Regierung der autonomen Republik mit.

11:37

Auf der Fährverbindung „Krim-Kaukasus“, die die Halbinsel mit der Region Krasnodar verbindet, sammelt sich Panzertechnik an. Darüber berichtet der staatliche Grenzdienst der Ukraine. Die Angehörigkeit der Panzertechnik wird nicht angegeben.

11:19

Stellvertretender Außenminister der Ukraine Andrej Deschiza schließt die Möglichkeit des Abzuges der russischen Schwarzmeerflotte aus der Krim nicht aus. Das sagte er in einem Interview mit der Zeitung „Kommersant-Ukraine“.

10:59

Die ukrainische Ex-Premierministerin, Parteichefin von „Batkiwtschyna“ Julia Timoschenko hat erklärt, dass sie an Erfolg der Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland nicht glaubt.

Die Verhandlungen zwischen den beiden Ländern können ihren Worten zufolge nicht erfolgreich sein, denn das Hauptziel Russlands sei eine vollständige Kapitulation der Ukraine.

Die Verschärfung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern sei dadurch verursacht worden, dass die Ukraine durch die „Europäische Revolution“ Freiheit und Unabhängigkeit von Russland erkämpft hat, so Timoschenko. Die russischen Behörden wollen sich ihren Worten zufolge die Ukraine durch Waffengewalt aneignen, einen Staatsstreich im Land durchführen und die Diktatur wiederherstellen.

10:43

Der Nato-Rat hat Russland und die Ukraine aufgerufen, die Krise in der Ukraine friedlich zu regeln. Wie Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen erklärte, sollen internationale Beobachter vom Uno-Sicherheitsrat oder von der OSZE unverzüglich in die Ukraine entsandt werden.

„Wir rufen beide Seiten auf, unverzüglich auf dem Wege des Dialogs und der Entsendung von internationalen Beobachtern unter der Ägide des Uno-Sicherheitsrates bzw. der OSZE nach einer friedlichen Lösung zu suchen“, sagte Rasmussen.

Der Nato-Rat, der am Sonntag auf der Botschafterebene zusammentrat, „äußerte seine Besorgnis über die Zustimmung des russischen Parlaments für die Nutzung der Streitkräfte der Russischen Föderation auf dem Territorium der Ukraine“, fügte der Nato-Generalsekretär an.

„Wir fordern Russland auf, alle internationalen Verpflichtungen einzuhalten, die Truppen in ihre Garnisonen zurückzuführen und von der Einmischung Abstand zu nehmen“, hieß es.

Er nahm ein Treffen des Russland-Nato-Rates in Aussicht. „Laut den Dokumenten kann ein solches Treffen stattfinden, wenn der Chef des Rates das selbst oder auf Anfrage eines Ratsmitglieds beschließt. Ich habe gehört, dass viele Ratsmitglieder ein solches Treffen beantragt haben. Eine Tagung des Russland-Nato-Rates ist möglich.“

10:40

Der russische Außenminister Sergej Lawrow fliegt nach Genf, um an einer Sitzung des UN-Menschenrechtsrates teilzunehmen. Ob die Krise in der Ukraine auf der Tagesordnung steht, wird nicht berichtet.

Im November 2013 wurde Russland wieder Mitglied des UN-Menschenrechtsrates. Zuvor war das Land gemäß der UN-Charta aus dem Rat für ein Jahr ausgeschieden.

10:38

Ukrainisches Schiffbauunternehmen "More" hat das für China gebaute kleine Landungsschiff des Projekts 958 "Bison" am 1. März 2014 dringend dem Besteller abgeschickt. Es wird berichtet, dass das Schiff wegen der Bedrohung durch mögliche Besetzung bzw. durch Schäden infolge von möglichen Kampfhandlungen abgesandt wurde.

10:05

Die USA werden maximale finanzielle Hilfe für die Bekämpfung der Wirtschaftskrise in der Ukraine bereitstellen, teilte US-Finanzminister Jack Lew am 2. März mit.

Lew empfahl Kiew, sich um die Unterstützung des Internationalen Währungsfonds zu bemühen. Er versicherte, Washington sei zugleich bereit, der Ukraine sowohl im Rahmen bilateraler Programme als auch durch andere große internationale Finanzorganisationen zu helfen.

„Die USA sind bereit, sowohl bilateral, als auch multilateral zu arbeiten, um der Ukraine die ganze notwendige Hilfe bereitzustellen“, bestätigte der US-Finanzminister.

10:02

Die USA haben nicht die Absicht, ihre Truppen in die Ukraine zu entsenden, wie ein ranghoher Vertreter der US-Administration Journalisten mitteilte.

09:38

Behörden der ukrainischen Region Lviv erklärten sich bereit, den Bewohnern der Krim Asyl zu gewähren, wenn sie die Halbinsel "aufgrund der schwierigen politischen Situation" vorübergehend verlassen wollen.

09:45

Moskau ist bereit, Beziehungen mit dem Bruderland Ukraine zu entwickeln, aber mit dem gesamten Land und nicht mit einer Gruppe von Menschen, die nach dem Blutvergießen auf dem Maidan die Macht erobert hat, erklärte der russische Außenminister Dmitri Medwedew am Sonntag.

Wie Medwedew betonte, bleibt Viktor Janukowitsch laut der Verfassung der legitime Präsident. „Das Ansehen von Präsident Janukowitsch ist zwar praktisch nichtig, das ändert aber nichts an der Tatsache, dass er gemäß der Verfassung der legitime Staatschef ist.“ Solange gegen Janukowitsch kein Amtsenthebungsverfahren durchgeführt worden ist, bleibt er Präsident. „Alles andere ist Willkür und Machteroberung“, sagte der russische Premier.

Russland brauche eine starke und stabile Ukraine, einen berechenbarer und wirtschaftlich solider Partner und „nicht einen armen Verwandten, der ständig mit ausgestreckter Hand dasteht“, fügte er an.

09:34

Das US-Außenministerium hat am Sonntag angekündigt, dass der amerikanische Außenminister John Kerry am Dienstag die Ukraine besuchen wird, um dort die Übergangsregierung zu unterstützen.

Der Besuch John Kerrys werde die „starke Unterstützung der USA für die ukrainische Souveränität, Unabhängigkeit, territoriale Integrität“ unterstreichen sowie das Recht der ukrainischen Bevölkerung seine Zukunft ohne Einmischung von außen selbst zu bestimmen, so das US-Außenministerium.

Laut Kerry seien die Aktionen der russischen Armee auf der Krim eine „offenbare Invasion“. Er drohte Russland mit möglichen Sanktionen. Darunter ein Visumsverbot für russische Beamte, die Einfrierung des Vermögens der russischen Regierung und eine Handelsisolierung Russlands.

09:16

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hat sich am 2. März in einer Sendung des Fernsehsenders „ARD“ gegen die Ausschließung von Russland aus der G8 ausgesprochen.

08:43

Der russische Präsident hat in einem Telefongespräch mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel sich bereit erklärt, eine Gruppe zur Ermittlung der Situation auf der Krim unter der Schirmherrschaft der OSZE zu bilden, berichtet Reuters.

Nach Worten des Vertreters der deutschen Regierung Georg Streiter willigte Putin in den politischen Dialog zur Lösung der Situation auf der Krim ein.

Wie die Gruppe funktionieren wird und wann sie ihre Arbeit aufnimmt, wird nicht berichtet.

08:13

Länder der G7 – die USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada und Japan – haben die Vorbereitungen zum G8-Gipfel in Sotschi eingefroren und Russlands Handlungen gegenüber der Ukraine verurteilt, berichtet Agence France-Presse.

Laut der Erklärung der G7, betrachten die Länder Russlands Handlungen als eine offensichtliche Verletzung der ukrainischen Souveränität. Weiter heißt es in der Erklärung, Moskaus Handlungen seien mit der Tätigkeit der G8 unvereinbar.

Russland ist der G8 1997 beigetreten.

00:37

Russland werde alles tun, um die bilateralen Beziehungen zu festigen. „Das sollten auch die westlichen Politiker verstehen, die uns mit den letzten Worten beschimpfen“, sagt Vizeaußenminister Grigori Karassin im russischen Staatsfernsehen.

00:30

“Wir fordern Russland auf, die Spannungen zu verringern”, sagte Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen nach einer Krisensitzung des Nato-Rates in Brüssel.

00:29

Die Nato-Regierungen haben eine mögliche Militäraktion Russlands in der Ukraine scharf verurteilt.

00:11

Die britische Regierung wird die Paralympischen Spiele in Sotschi boykottieren. Dies teilte Premierminister David Cameron in einer Twitter-Nachricht mit.

2. März

-----

23:37

Wladimir Putin hat die von ihm ergriffenen Maßnahmen in der Ukraine in einem Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel als angemessen bezeichnet, wie RIA Novosti unter Berufung auf das Präsidialamt meldet.

23:13

Seit Anfang 2014 sind laut der russischen Grenzschutzbehörde rund 675.000 ukrainische Bürger nach Russland gekommen. Nach Angaben des russischen Zivilschutzministeriums haben etwa 143.000 ukrainische Bürger um Asyl in Russland ersucht.

Vor allem die an die Ukraine angrenzenden Territorien Russlands, so die Gebiete Belgorod, Rostow und Brjansk sowie die Region Krasnodar, sind durch die wachsende Immigration stark belastet. Im Februar hat die Zahl der Migranten aus der Ukraine in den Gebieten Rostow und Kursk um 53 Prozent bzw. 71 Prozent zugenommen.

22:25

Die Ukraine entlässt den Kommandeur der Marine und wirft ihm Hochverrat vor.

22:02

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hat sich gegen eine Militäreinmischung Russlands in die Lage in der Ukraine ausgesprochen.

„Wir befinden uns auf einer äußerst gefährlichen Bahn der Zunahme von Spannungen, aber eine Umkehr ist noch möglich. Noch kann eine neue Spaltung Europas verhindert werden“, so Steinmeier.

Als Steinmeier der Beschluss des russischen Föderationsrates, die Bitte von Wladimir Putin um den Einmarsch der Truppen auf die Krim zu billigen, kommentierte, sagte er, dass Russland kein Recht hat, sein Militär jenseits der Regeln des Pachtvertrages über die russische Schwarzmeer-Flotte auf dem ukrainischen Hoheitsgebiet einzusetzen.

21:23

In Ankara demonstrieren Türken mit krimtatarischen Wurzeln gegen den russischen Militäreinsatz auf der Halbinsel Krim.

21:17

Papst Franziskus hat nach dem Angelus-Gebet die Pilger, ukrainische Gesellschaft und internationale Gemeinschaft aufgerufen, für die Ukraine zu beten, teilt die Webseite des Radios Vatikan mit.

„Liebe Brüder und Schwestern, ich bitte sie, weiter für die Ukraine, die eine schwierige Situation erlebt, zu beten. Ich rufe alle Bestandteile des Landes auf, an der Überwindung von Missverständnissen zu arbeiten, und gemeinsam die Zukunft des Staates zu gestalten, aber ich richte auch einen heißen Aufruf an die internationale Gemeinschaft, jede Initiative zugunsten eines Dialogs und des Einklangs zu unterstützen“, sagte der Papst.

20:35

Befehlshaber der ukrainischen Marine Denis Beresowski hat am Sonntag gesagt, dass er einen Treueid auf das Volk der Krim geleistet hat, teilt RIA Nowosti mit.

„Ich, Beresowski Denis Walentinowitsch, leiste einen Treueid auf das Volk der Krim und verpflichte mich, es gemäß der Dienstordnung zu schützen“, sagte Beresowski in einer Pressekonferenz in Sewastopol.

20:31

Das ukrainische Verteidigungsministerium bezeichnet Medienberichte darüber, dass die ukrainische Flotte die Krim verlassen hat, und die meisten Militärangehörigen, die dort stationiert sind, zu den Behörden der autonomen Republik gewechselt sind, als Desinformation ausländischer Geheimdienste.

20:09

Großbritannien hat die Vorbereitung auf den G8-Gipfel, der im Juni 2014 in Sotschi stattfinden soll, gestoppt, sagte der britische Außenminister William Hague.

Diese Entscheidung wurde seinen Worten zufolge als Protest gegen die Position von Moskau gegenüber der Ukraine getroffen. London bewertet die Handlungen von Moskau als Angriff auf die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine.

Der Minister rief die beiden Seiten des Konfliktes auf, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Konflikt zu regeln und alle Widersprüche zu lösen. Hague ist jetzt auf dem Weg nach Kiew.

Zuvor stellten die USA, Kanada und Frankreich die Vorbereitung auf den G8-Gipfel in Sotschi ein.

20:06

Die auf der Krim stationierten ukrainischen Militärs „bekunden massenweise ihre Unterstützung für die legitim gewählten Machtbehörden der Autonomen Republik Krim“, heißt es in einer am Sonntag veröffentlichten Erklärung des Regierungschefs der Autonomie, Sergej Aksjonow.

Aksjonow dankt den Militärs für ihr patriotisches Verhalten. Die Militärs „werden zusammen mit uns alles nur Mögliche tun, um ein Blutvergießen zu verhindern und die in Kiew eingemieteten Jammer-Politiker zur Vernunft zu bringen“.

Laut dem Regierungschef der Krim werden gegen die Kommandeure, die ihre Soldaten zu rechtswidrigen Handlungen drängen, gesetzlich festgelegte Maßnahmen angewendet. „Diejenigen, die sich nicht fügen, werden mit aller Strenge des Gesetzes zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen“, wird unterstrichen.

In der Ukraine wurde am 22. Februar ein Machtwechsel vollzogen. Die Oberste Rada hat Präsident Viktor Janukowitsch entmachtet, die Verfassung geändert und den Parlamentschef Alexander Turtschinow mit den Vollmachten des Präsidenten betraut.

19:59

US-Außenminister John Kerry hat gewarnt, dass das „sehr ernsthafte Gegenmaßnahmen“ seitens der USA und anderer Länder nach sich ziehen kann, einschließlich der Sanktionen, die zur wirtschaftlichen Isolation von Russland führen werden.

„Sie können einfach nicht im 21. Jahrhundert die Methoden des 19. Jahrhunderts anwenden, indem sie in ein anderes Land auf verfälschten Grundlagen invadieren“, sagte Kerry dem Fernsehsender „CBS“.

Dabei fügte Kerry hinzu, dass Russland nach wie vor die Möglichkeit hat, „eine richtige Wahl zu treffen“, um die Krise zu bezwingen.

19:19

Kerry droht Russland mit Ausschluss aus G8.

18:35

Die auf der Krim einquartierten ukrainischen Militärs sind laut Informationen aus Regierungskreisen der autonomen Republik Krim auf die Seite der Behörden der Republik gewechselt, und zwar friedlich und ohne einen einzigen Schuss.

„Die meisten Angehörigen der ukrainischen Streitkräfte auf der Krim sind im Laufe des Tages auf die Seite der Behörden der Krim-Autonomie übergegangen. Der Übertritt erfolgte durchaus friedlich und es fiel kein einziger Schuss von Seiten der Militärs und der Selbstverteidigungskräfte“, erfuhr RIA Novosti inoffiziell.

Einige Soldaten seien geflüchtet, weitere hätten Kündigungsanträge eingereicht und die meisten seien auf die Seite der Krim-Administration übergegangen, hieß es. Letztere sollen demnächst von den Krim-Behörden vereidigt werden, sagte der Gesprächspartner der Agentur. Ihm zufolge sollen die Militärs oft monatelang keinen Sold von den ukrainischen Behörden bekommen haben.

18:27

Rund 20.000 Menschen nehmen an einem Zug gegen den Euro-Maidan und zur Unterstützung des ukrainischen Volkes in Moskau teil, teilt der Pressedienst des Innenministeriums mit.

Meldungen zufolge kommen Menschen immer noch am Ort des Beginns des Marsches auf dem Puschkin-Platz an.

Die Teilnehmer an der Aktion tragen Plakate „Krim, wir sind mit dir“, „Im Krieg lassen wir die Unseren nicht in Stich“, „Wir siegten 1945 und werden auch 2014 siegen“ u.a.

Am Zug nehmen verschiedene Gesellschaftsorganisationen und politische Parteien teil.

18:23

US-Außenminister John Kerry kritisiert Russland ungewohnt scharf.

18:18

Die Nato hat die Erlaubnis, Truppen in die Ukraine einmarschieren zu lassen, die der russische Präsident vom Parlament bekommen hat, als Bedrohung für den Frieden in ganz Europa ausgelegt, sagte Nato-Chef Anders Fogh Rasmussen.

Die Handlungen Russlands widersprechen seinen Worten zufolge den UN-Prinzipien. Rasmussen rief die russische Leitung auf, keine Handlungen zu treffen, die eine Eskalation des Konfliktes verursachen können. Alle Seiten sollen seinen Worten zufolge unverzüglich Maßnahmen für die Regelung der aktuellen Lage treffen.

18:02

Patriarch von Moskau und ganz Russland Kyrill hat versprochen, die Bitte des Vorstehers der Ukrainisch-orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats Onufrij zu erfüllen.

Onufrij bat Patriarch Kyrill, seinen Einfluss zu nutzen, um ein Blutvergießen in der Ukraine zu verhindern. Die Antwort von Kyrill wurde auf der Webseite des Moskauer Patriarchats veröffentlicht.

„In Antwort auf Ihre Ansprache, Euro Eminenz, versichere ich Sie und ihr

ukrainisches Kirchenvolk dessen, dass ich alles Mögliche tun werde, um alle Machthabende zu überzeugen, dass der Tod von Zivilisten auf ukrainischem Boden, der meinem Herzen teuer ist, nicht zuzulassen ist“, schrieb Kyrill.

17:43

Das ukrainische Verteidigungsministerium hat am Sonntag die Informationen zurückgewiesen, laut denen ukrainische Militärs auf der Krim massenweise ihre Standorte verlassen und Kündigungsanträge einreichen.

„Die PR-Abteilung des Verteidigungsministeriums der Ukraine erklärt offiziell, dass die verbreiteten Informationen nicht der Wirklichkeit entsprechen“, schreibt das Ministerium am Sonntag auf seiner offiziellen Webseite. „Die Standorte der Verbände der ukrainischen Streitkräfte werden von den ukrainischen Militärs kontrolliert“, heißt es.

Der Erste Vize-Premier der Krim, Rustam Temirgalijew, hatte am Samstag mitgeteilt, dass es keine handlungsfähigen Truppeneinheiten auf der Krim mehr gebe.

17:39

Alle Schiffe der ukrainischen Küstenwache haben die Krim verlassen und sind in den Häfen von Odessa und Mariupol eingetroffen, teilt der ukrainische Grenzdienst mit.

Alle Schiffe der Küstenwachverbände von Sewastopol und Kertsch bleiben im Bereitschaftsdienst und bewachen die Staatsgrenze. Der Grenzdienst bezeichnete die Lage an der Grenze als ruhig und fügte hinzu, dass die Krim die einzige Problemregion ist.

Das Flaggschiff der ukrainischen Marine, die Fregatte „Hetman Sahajdatschny“, verließ am Samstag den Stützpunkt in Sewastopol. Einen ähnlichen Befehl bekamen auch die weiteren Schiffe der ukrainischen Flotte, die auf der Reede lagen. Die Küstenwachtschiffe verließen den Hafen am Samstag.

17:19

Die Oberste Rada hat die Staaten, die die ukrainische Sicherheit garantieren, gebeten, ihre Beobachter ins Land zu schicken und ihre Hilfe bei der Sicherung von Atomobjekten bereitzustellen.

Die ukrainischen Parlamentarier warfen Russland den Einmarsch der Truppen ins Land unter einem vorgetäuschten Vorwand des Schutzes der russischsprachigen Bevölkerung vor.

„Die Handlungen von Russland sind eine schreiende Verletzung gegen alle Grundprinzipien der internationalen Beziehungen und untergraben die Sicherheitsgrundlagen auf dem europäischen Kontinent“, heißt es in einer Ansprache der Obersten Rada an die Parlamente der Staaten, die die Sicherheit der Ukraine garantieren, und internationale Organisationen.

16:58

Eine Arbeitsgruppe aus der Krim hält sich in Moskau auf, um technische Fragen der finanziellen Unterstützung für die autonome Republik durch Russland zu erörtern. Das teilte der Vorsitzende des Krim-Parlaments, Waldimir Konstantinow, am Sonntag in Simferopol in einer Pressekonferenz mit.

„Wir hatten die Russische Föderation ersucht, uns Finanzhilfe für die jetzige Übergangszeit zu gewähren. Die Zustimmung liegt vor. Nun hält sich die Arbeitsgruppe in Moskau, um technische Fragen zu erledigen“, so Konstantinow.

16:53

Kiew hat seit Sonntagsmorgen begonnen, Reservisten zu mobilisieren, teilten Mitarbeiter der Wehrkreiskommandos der Zeitung „Ukrainiskaja Prawda“ mit.

Derzeit erstellen sie Listen von Wehrpflichtigen. Sie sprachen mit einigen Männern telefonisch und baten sie, sich in Wehrkreiskommandos einzufinden, andere Männer kamen freiwillig an.

Die Mobilmachung findet landesweit statt, sagt Chef der nationalen Sicherheitsrates der Ukraine Andrej Parubij.

Wehrkreiskommandos rufen die Einwohner von Krywyj Rih an und laden sie zu einer Einweisung ein, teilt UNIAN mit. Dabei betonen Militärangehörige, dass das keine Mobilmachung ist.

16:37

Die Abgeordneten baten, den Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine zu verhindern, heißt es auf der Webseite der Obersten Rada.

16:21

Das ukrainische Parlament ist am Sonntag in Kiew zusammengekommen, um Berichte über die jüngste Entwicklung in der Ukraine im Zusammenhang mit der Genehmigung des russischen Parlamentsoberhauses für einen Militäreinsatz im entgegenzunehmen. Die Sitzung findet hinter verschlossenen Türen statt.

Auf der Tagesordnung stehen Berichte des amtierenden Verteidigungsministers Igor Tenjuch, des Vorsitzenden des Sicherheitsdienstes der Ukraine, Valentin Naliwaitschenko, des Innenministers Arsen Awakow und des Vorsitzenden der Grenzschutzbehörde, Nikolai Litwin. Darüber hinaus sollen Beschluss- und Erklärungsentwürfe der Obersten Rada erörtert werden.

Der Föderationsrat des russischen Parlaments hatte am Samstag dem Antrag des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf Militäreinsatz in der Ukraine „bis zur Normalisierung der gesellschafts-politischen Situation in diesem Land“ einmütig zugestimmt. Wie der russische Vize-Außenminister Grigori Karassin später verdeutlichte, bedeutet die Genehmigung für den Einsatz von Truppen außerhalb Russlands noch keine umgehende Umsetzung dieses Rechts durch den Präsidenten.

Laut der Nachrichtenagentur UNIAN teilte der Rada-Abgeordnete Andrej Koschemjakin mit, dass Vertreter der Abgeordnetengruppen und Parteifraktionen mit Mitgliedern des Rates für Nationale Sicherheit und Verteidigung sowie mit Botschaftern über Fragen beraten, die zur Diskussion gestellt werden sollen. Laut Koschemjakin haben sich 260 der insgesamt 450 Abgeordneten für die Sitzung registrieren lassen.

16:12

Die G8-Länder sollen die Vorbereitung auf das G8-Treffen, das im Juni in Sotschi stattfinden soll, stoppen, sagte der französische Außenminister Laurent Fabius im Rundfunksender „Europa 1“.

„Wir verurteilen die russische Militäreskalation“, sagte Fabius und fügte hinzu, dass Paris aufruft, „die Vorbereitung auf das G8-Treffen in Sotschi zu stoppen, bis unsere russischen Partner zu den G8-Prinzipien zurückgekehrt sind.“

Zuvor sprach der französische Präsident François Hollande telefonisch mit Wladimir Putin und zeigte sich äußerst besorgt über die Lage in der Ukraine.

15:47

Demonstranten in St.Petersburg äußerten ihre Solidarität mit der Krim und dem Beschluss des Föderationsrates.

15:43

Sewastopol ist das Zuhause der russischen Schwarzmehrflotte, sagte der russische Vizepremier Dmitri Rogosin. So kommentierte er auf seinem Twitter-Account Meldungen darüber, dass die ukrainischen Ex-Präsidenten Leonid Krawtschuk, Leonid Kutschma und Viktor Juschtschenko aufriefen, das Abkommen über die Stationierung der russischen Flotte auf der Krim zu zerreißen.

„Die Schwarzmeerflotte ist keine Obdachlose. Sewastopol ist ihr Zuhause. Und ihr – beschäftigt euch mit Enkeln“, twitterte Rogosin.

Das Abkommen zwischen Moskau und Kiew über die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte in der Ukraine wurde 2010 unterzeichnet. Gemäß dem Abkommen bleibt die russische Flotte in Sewastopol bis Mai 2042.

15:35

Vizevorsitzender der russischen Staatsduma Sergej Schelesnjak wird am Zug „zur Unterstützung des brüderlichen ukrainischen Volks“ teilnehmen.

15:29

Vizevorsitzender der russischen Staatsduma Sergej Schelesnjak wird am Zug „zur Unterstützung des brüderlichen ukrainischen Volks“ teilnehmen, der am Sonntag in Moskau stattfinden wird.

Die meisten Russen haben Freunde und Verwandte in der Ukraine, sagte

Schelesnjak. „Jetzt werden sie Verfolgungen und Gewalt ausgesetzt, weil sie Russisch sprechen“, so Schelesnjak. Die Einwohner der Krim und des Ostens der Ukraine befinden sich seinen Worten zufolge in einer besonders schweren Lage.

„Das brüderliche multinationale Volk der Ukraine braucht unseren Schutz und unsere Unterstützung“, betonte Schelesnjak.

15:12

Seit Anfang 2014 sind laut der russischen Grenzschutzbehörde rund 675 000 ukrainische Bürger nach Russland gekommen. Nach Angaben des russischen Zivilschutzministeriums haben etwa 143 000 ukrainische Bürger um Asyl in Russland ersucht.

Vor allem die an die Ukraine angrenzenden Territorien Russlands, so die Gebiete Belgorod, Rostow und Brjansk sowie die Region Krasnodar, sind durch die wachsende Immigration stark belastet. Im Februar hat die Zahl der Migranten aus der Ukraine in den Gebieten Rostow und Kursk um 53 Prozent bzw. 71 Prozent zugenommen.

Immer mehr Migranten ersuchen um zeitweilige Unterbringung. Nach Angaben von RIA Novosti ist ihre Zahl im Gebiet Rostow im Vergleich zum Januar 2014 um 96 Prozent gestiegen.

Zahlreiche Eingaben kommen von in Russland lebenden ukrainischen Bürgern, die sich Sorgen um ihre Verwandten in der Ukraine machen und bitten, sie in einem erleichterten Verfahren einzubürgern.

14:42

Der Befehlshaber der russischen Schwarzmeerflotte Vizeadmiral Aleksander Witko hat das Hauptquartier der ukrainischen Marine verlassen, wo er etwa eine Stunde verbracht hatte. Das berichtet die ukrainische Nachrichtenagentur UNIAN unter Berufung auf eine informierte Militärquelle.

Der Besuch war mit der Regelung der Situation mit dem Eindringen in ukrainische Truppenteile und der Besitznahme der Waffen verbunden. Unter anderem sollen russische Militärs am Sonntag ein Bildungszentrum in Sewastopol besetzt und daraus ein paar Hundert Schusswaffen herausgeholt haben.

Die Quelle bezweifelt das positive Ergebnis dieses Treffens für die ukrainische Seite.

14:25

Die ukrainische Regierung hat die Vorbereitung auf das Assoziierungsabkommen mit der EU fortgesetzt.

Das schrieb der Wirtschaftsminister des Landes Pawel Scheremeta auf seiner Seite auf Facebook. Er präzisierte, dass das Ministerkabinett die Anordnung von 21. November 2013 aufgehoben hat, das die Arbeit in dieser Richtung einstellte.

14:22

Die ukrainische orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats hat die russischen Behörden des Verstoßes gegen biblische Gebote beschuldigt. Das erklärte der Pressesprecher der Organisation Georgi Kowalenko im Äther des Fernsehsenders Gromadske TV.

Kowalenko zufolge ist der Großteil der Informationen über die Ukraine im Äther der russischen Fernsehkanäle Lüge. Dies verstoße gegen das Gebot, das in Alten Testament wie „Du sollst nicht falsch gegen deinen Nächsten aussagen“ lautet. Außerdem verstoße Russland mit dem Truppeneinsatz in die Ukraine gegen zwei weitere Gebote, „Du sollst nicht morden“ und „Du sollst nicht nach dem Haus deines Nächsten verlangen“.

14:20

Das Flugschiff der ukrainischen Marine, die Fregatte „Hetman Sahajdatschny“, befindet sich auf dem Weg zum Heimathafen Sewastopol. An Bord befindet sich ein ausgesuchtes Team von Eliteeinsatztruppen und ein Helikopter vom russischen Typ Kamow Ka-27.

Ausgelaufen unter der ukrainischen Flagge, wird das Schiff mit der gehissten russischen Marineflagge am Marinestützpunkt Sewastopol auf der Krim anlegen.

Die Schiffsbesatzung unter dem Kommando von Konteradmiral Andrei Tarasov verweigert den neuen Vorgesetzten in Kiew den Gehorsam.

Zum Zeichen des Ungehorsams und der Ablehnung von Befehlen der neuen ukrainischen Regierung hisste die Mannschaft die Sankt-Andreas-Flagge der russischen Marine.

„Das Flugschiff der ukrainischen Marine „Hetman Sahaidachny“ ist heute auf unsere Seite gewechselt. Es hat die St.-Andreas-Flagge aufgezogen“, erklärte der russische Senator Igor Morozov, Mitglied des Ausschusses für internationale Angelegenheiten, gegenüber russischen Medien.

14:13

Ukraine beruft alle Reservisten ein.

14:11

Der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu hat am Sonntag erklärt, er habe eine Reihe Konsultationen mit ausländischen Amtskollegen bezüglich der Situation in der Ukraine durchgeführt.

„Sobald ich heimgekehrt war, führte ich eine Videobrücke mit Außenministern von neun Ländern durch, unter anderem aus den USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Wir erörterten die Ukraine“, schrieb er im Twitter.

Davutoglu unterstrich, dass das Schicksal der Krim und der Krimtataren für die Türkei äußerst wichtig ist. Er erinnerte, dass er für die territoriale Ganzheit der Ukraine plädiert.

14:09

Das ukrainische Parlament erörtert den Gesetzentwurf über die Aufnahme eines EU-Kredits von bis zu 610 Millionen Euro. Der Text des Gesetzentwurfes, der vom amtierenden Präsidenten Alexander Turtschinow initiiert worden war, ist auf der offiziellen Webseite der Obersten Rada veröffentlicht.

Der Gesetzentwurf „Über die Ratifizierung der Denkschrift über gegenseitige Verständigung zwischen der Ukraine als Kreditnehmer und der Europäischen Union als Gläubiger sowie des Kreditabkommens zwischen der Ukraine als Kreditnehmer, der Nationalbank der Ukraine als Agent des Kreditnehmers und der Europäischen Union als Gläubiger bei der Gewährung einer Makrofinanzhilfe von bis zu 610 Millionen Euro durch die Europäische Union“ war vom ukrainischen Finanzministerium ausgearbeitet worden.

Laut Gesetzesbegründung wurde das Kreditabkommen am 26. März 2013 in Kiew und am 16. April 2013 in Luxemburg unterzeichnet und soll in Kraft treten, sobald die EU von der Ukraine über den Abschluss der erforderlichen innerstaatlichen Verfahren schriftlich informiert wird.

13:30

Die auf der Krim einquartierten Angehörigen der Streitkräfte der Ukraine verlassen massenweise ihre Standorte und reichen Entlassungsanträge ein, wie ein RIA-Novosti-Korrespondent am Sonntag aus der Hauptstadt der autonomen Republik, Simferopol, berichtet.

13:06

Die auf der Krim einquartierten Angehörigen der Streitkräfte der Ukraine verlassen massenweise ihre Standorte und reichen Entlassungsanträge ein, wie ein RIA-Novosti-Korrespondent am Sonntag aus der Hauptstadt der autonomen Republik, Simferopol, berichtet.

Die verlassenen Standorte mit Waffen und Militärgerät befinden sich nun unter Kontrolle der Selbstverteidigungskräfte, die den Schutz und die Ordnung in der Region sichern.

Laut am Donnerstag verbreiteten Informationen steht die Gebäude des Obersten Rates und des Ministerrates in Simferopol unter Kontrolle der Selbstverteidigungskräfte der russischsprachigen Bevölkerung der Region. Wie der Parlamentschef der Krim, Wladimir Konstatinow, späterhin mitteilte, sollen die Selbstverteidigungsabteilungen das Haus des Obersten Rates verlassen.

Der Erste Vize-Premier der Krim, Rustam Temirgalijew, berichtete am Samstag, dass es auf der Halbinsel keine handlungsfähigen Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte mehr gebe.

12:48

Wie UNIAN unter Berufung auf den Abgeordneten von der Partei Udar Valeri Karpunzew mitteilt, wird sie hinter geschlossenen Türen stattfinden.

12:46

Die Rada versammelt sich zu einer Sondersitzung. Wie Interfax berichtet, betreten die Abgeordneten den Saal. Die Sitzung wurde auf 10.00 Uhr (Ortszeit) festgesetzt.

12:31

12:31

„Die USA verurteilen den russischen Einsatz und den Verstoß gegen die ukrainische Souveränität“, heißt es in der auf der Webseite des US-Außenamts veröffentlichten Erklärung.

12:25

Das britische Außenministerium hat am Samstagabend den russischen Botschafter in London, Alexander Jakowenko, einbestellt, nachdem das russische Parlament den Militäreinsatz auf dem Territorium der krisenerschütterten Ukraine genehmigt hatte.

„Auf Bitte des Außenministers hin wurde der russische Botschafter Alexander Jakowenko am Abend in das Außenministerium zu einem Gespräch mit dem politischen Direktor Simon Gass geladen. Der politische Direktor äußerte große Besorgnis über die Entscheidung des russischen Parlaments, trotz Aufrufen der ukrainischen Regierung Militärgewalt in der Ukraine einzusetzen“, teilt das britische Außenministerium auf seiner Webseite mit.

„Der politische Direktor hat den Botschafter gebeten, die Regierung (Russlands) zur Achtung der Souveränität, der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität der Ukraine aufzufordern“, so die Mitteilung.

12:20

US-Außenminister John Kerry hat Russland aufgefordert, die Truppen auf die Basen zurückzuschicken und die internationale Vermittlung in der Ukraine zu unterstützen.

„Die USA verurteilen den russischen Einsatz und den Verstoß gegen die ukrainische Souveränität“, heißt es in der auf der Webseite des US-Außenamts veröffentlichten Erklärung.

„Diese Handlungen bedrohen den Frieden und die Stabilität in der Ukraine und in der ganzen Region“, unterstrich Kerry.

Er teilte mit, er habe persönlich mit dem amtierenden ukrainischen Präsidenten Aleksander Turtschinow gesprochen und ihm vollständige Unterstützung seitens der USA versichert.

„Falls Russland sofort keine konkreten Schritte für die Senkung der Anspannung unternimmt, werden die Folgen der russisch-US-amerikanischen Beziehungen und Russlands Status in der internationalen Gemeinschaft sehr tiefgreifend sein“, sagte der US-Außenminister.

12:19

Im Äther des Fernsehsenders 1+1 erklärte Klitschko, dass die ukrainischen Politiker einen konstruktiven Dialog mit ihren russischen Kollegen zu gestalten versuchen.

12:18

Der Leiter der ukrainischen Partei Udar Vitali Klitschko fordert auf, alles Mögliche zu tun, damit die Krisenlage in der Ukraine ohne Blutvergießen endet.

11:49

Der Leiter der ukrainischen Partei Udar Vitali Klitschko fordert auf, alles Mögliche zu tun, damit die Krisenlage in der Ukraine ohne Blutvergießen endet. Im Äther des Fernsehsenders 1+1 erklärte Klitschko, dass die ukrainischen Politiker einen konstruktiven Dialog mit ihren russischen Kollegen zu gestalten versuchen.

Er rief außerdem auf, die territoriale Ganzheit der Ukraine aufrechtzuerhalten.

„Wir müssen mit allen Gesprächen über Separatismus und Föderalismus aufhören“, sagte Klitschko. Ihm zufolge dürfen die Einwohner der Ukraine einander nicht nach Sprache, Nationalität oder Religion teilen.

11:40

Patriotische Jugendorganisationen, Studentenbauabteilungen, die gesamtrossische Veteranenorganisation „Kampfbruderschaft“ und Universitätsvereine führen in Moskau einen Marsch durch, um ihre Heimatsgenossen in der Ukraine gemeinsam zu unterstützen.

11:27

Die radikale ukrainische Bewegung „Rechtssektor“ hat erklärt, sie habe sich nicht an den Anführer der nordkaukasischen Terroristen Doku Umarow mit einer Aufforderung zum Schutz der Ukraine gewandt.

Die für Russland empörende Niederschrift wurde veröffentlicht, als die Seite des Rechtssektors im Netzwerk Vkontakte geknackt worden war, berichtet der Pressesekretär der Organisation Artjom Skoropadski.

Die Niederschrift ist bereits entfernt worden. In einer veröffentlichten Ansprache an die Völker Russlands steht, der Rechtssektor sei nicht russophob.

11:26

Kanada hat seinen Botschafter auf Russland zu Konsultationen wegen der Krise in der Ukraine abberufen. Zugleich stellt Kanada – wie auch die USA – die Vorbereitung auf das G8-Gipfeltreffen ein, das im Juni in Sotschi stattfinden soll.

Zuvor erklärten die USA, Kanada und Frankreich, sie würden die Handlungen bezüglich der Geschehnisse in der Ukraine untereinander abstimmen.

Bei der Sitzung des UN-Sicherheitsrates in der Nacht zum Sonntag unterstützten die

meisten Länder die Entsendung internationaler Beobachter auf die Krim.

11:01

“Wir müssen alle Spekulationen um Separatismus beenden”, sagt der ukrainische Politiker Vitali Klitschko, der am 25. Mai bei der Präsidentenwahl antreten will.

10:35

Die USA stellen die Vorbereitung auf G8 in Sotschi ein, erklärte Barack Obama beim anderthalbstündigen Telefongespräch mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin.

Putin unterstrich hingegen die Gefahr, in der sich Russen in der Ukraine befinden, und betonte, dass sich Moskau im Fall einer Ausweitung der Gewalt in den Osten der Ukraine und auf die Krim das Recht vorbehält, die russischsprachige Bevölkerung dort zu schützen.

Obama forderte Putin auf, die Probleme auf friedliche Weise zu regeln, durch unmittelbaren Kontakt mit der ukrainischen Regierung und Entsendung internationaler Beobachter von der Uno.

10:33

Die Situation auf den Grenzpunkten an der russisch-ukrainischen Grenze ist zurzeit ruhig, der Verkehr arbeitet ohne Störungen, berichtet die zentrale Zollverwaltung.

10:10

Im Interesse der Überwindung der Krise in der Ukraine ruft Russland auf, die Situation in die politische Bahn zurückzubringen, betonte der russische Uno-Botschafter Vitali Tschurkin.

„Man muss die Entwicklung in die politische Bahn und in den Verfassungsrahmen zurückbringen, auf das Abkommen vom 21. Februar und die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit zurückgreifen“, sagte Tschurkin. „Man muss aufhören, mit den politischen und ethnischen Opponenten in der Sprache der Gewalt zu sprechen.“

Außerdem sollten sich die ukrainischen Oppositionspolitiker von Radikalen distanzieren.

Die amerikanische Uno-Botschafterin Samantha Power forderte, internationale Beobachter von der Uno bzw. OSZE in die Ukraine zu entsenden. „Dies ist der beste Weg, um Fakten zu bekommen, ein Monitoring vorzunehmen und eventuelle Übergriffe zu verhindern“, sagte sie in der Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrates. „Russland ist ein bedeutendes Mitglied beider Organisationen und könnte daran aktiv teilnehmen, um die Einhaltung seiner Interessen zu garantieren.“

Zuvor hatte Präsident Wladimir Putin in einem Telefongespräch mit Uno-Generalsekretär Ban Ki-moon erklärt: „Bei einer Eskalation von Gewalt gegen die russischsprachige Bevölkerung in der Ostukraine und der Krim wird Russland nicht abseits stehen können. Es wird die notwendigen Schritte im Rahmen des

Völkerrechts unternehmen.“

10:07

Der russische Premier Dmitri Medwedew hat am Samstag ein Telefongespräch mit Arseni Jazenjuk geführt, bei dem die russische Seite ihr Interesse am Beibehalten stabiler und freundschaftlicher Beziehungen mit der Ukraine betonte, teilt der Pressedienst der Regierung Russlands mit.

„Zugleich wurde betont, dass sich die russische Seite das Recht vorbehält, die Interessen der Bürger und der auf dem Territorium der Autonomen Republik Krim stationierten Militärs zu schützen.“

„Notfalls“ seien die russischen Streitkräfte „berechtigt, im Rahmen des Mandats zu handeln, das der Föderationsrat dem Präsidenten erteilt hat“, fügte er hinzu.

„Bei dem Gespräch verwies Medwedew auf die eventuelle Verantwortung ukrainischer Amtspersonen, sollten diese rechtswidrige Beschlüsse über eine Gewaltanwendung gegen russische Bürger treffen“, teilte der Pressedienst mit.

10:04

US-Verteidigungsminister Chuck Hagel und sein russischer Amtskollege Sergej Schoigu haben die Lage in der Ukraine telefonisch erörtert, erklärte ein anonymes Vertreter der US-Behörden gegenüber der Agentur Reuters.

Bezüglich der Gerüchte, dass einige US-Truppen wegen der Geschehnisse auf der Krim in Kampfbereitschaft versetzt worden seien, wurde mitgeteilt, dass Washington sich auf diplomatische Methoden konzentriert.

09:44

Totale Mobilmachung beginnt in der Ukraine am Sonntag, erklärte der Sekretär des nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates Andrej Parubi. Die Entscheidung des ukrainischen Sicherheitsrates wird offiziell am Morgen veröffentlicht, die Militärkommissariate werden um 7.00 Uhr MEZ geöffnet.

Am Samstag kündigte der amtierende Präsident des Landes Aleksander Turtschinow volle Kampfbereitschaft für die ukrainische Armee an.

Zuvor genehmigte der russische Föderationsrat dem Präsidenten Putin, in der Ukraine Truppen einzusetzen. Etwas später präzisierte man im Kreml, dass diese Entscheidung noch nicht getroffen worden war.

09:36

Russlands Präsident Wladimir Putin hat in einem Telefongespräch mit seinem französischen Amtskollegen François Hollande von Gefahr für russische Staatsbürger in der Ukraine berichtet.

Das teilte der Pressedienst des Kremls am Sonntag mit.

Die Präsidenten tauschten Meinungen über mögliche Wege einer Regelung der Lage im Land aus und vereinbarten eine Fortsetzung des Dialogs.

09:29

Kanada beordert seinen Botschafter in Moskau für Konsultationen vorerst nach Hause, wie Premierminister Stephen Harper in Ottawa mitteilt.

08:44

Wegen der russischen Drohungen gegenüber der Ukraine will sich nun neben den USA auch Kanada nicht weiter an den Vorgesprächen für den G8-Gipfel im russischen Sotschi beteiligen.

08:30

Nach dem Machtwechsel in der Ukraine will das Bundesentwicklungsministerium die Hilfen für das Land fast verdoppeln.

08:26

US-Außenminister John Kerry warnt Moskau vor schwerwiegenden Konsequenzen, sollten russische Truppen in der Ukraine einmarschieren.

08:23

Der russische UN-Botschafter Vitali Tschurkin wirft dem Westen vor, sich in die ukrainische Innenpolitik einzumischen.

08:19

Die USA fordern den sofortigen Einsatz von internationalen Beobachtern in der Ukraine.

01:19

Ukrainisches Außenministerium wandte sich am Abend des 1. März an die Nato mit der Bitte, "alle Möglichkeiten zum Schutz der territorialen Integrität der Ukraine", sowie ukrainischer Souveränität und Atomanlagen im Land zu betrachten, berichtet "Interfax". Das Außenministerium appellierte auch an die EU und die USA.

00:14

Die ukrainische Ex-Premierministerin Julia Timoschenko hat die Berichte über ihren Besuch in Moskau dementiert, berichtet „Ukrainskaja Prawda“.

00:10

Neuer Ministerpräsident der Ukraine erklärte in einer TV-Ansprache, dass im Fall einer russischen Militärinvasion die Beziehungen zwischen den beiden Ländern abgebrochen werden.

1. März

-----  
23:52

Der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine beschloss, die Armee in volle Kampfbereitschaft zu versetzen. AKWs, Flughäfen und andere strategische Objekte sind unter Schutz gestellt worden. Der ukrainische Interimspräsident Turtschinow erklärte, dies wurde mit Rücksicht auf "potenzielle Gewalt" unternommen.

23:48

Die ukrainische Armee ist in volle Alarmbereitschaft versetzt worden. Diese Entscheidung traf am Samstag der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat des Landes.

AKWs, Flughäfen und andere strategische Infrastrukturobjekte sind unter Schutz gestellt worden. Der ukrainische Interimspräsident erklärte, dies wurde mit Rücksicht auf so genannte potenzielle Gewalt unternommen.

22:35

Die ukrainische Ex-Premierministerin und Leiterin der Partei Batkiwtschyna Julia Timoschenko kommt am 3. März nach Moskau, um über die Regelung der Krise auf der Krim zu verhandeln, melden ukrainische Medien unter Berufung auf den Vorsitzenden des ukrainischen Bürgerkomitees nationaler Rettung Pawel Nuss.

Die Entscheidung wurde von Timoschenko selbst getroffen, hieß es.

21:32

Der Vizesprecher des russischen Föderationsrates Jewgeni Buschmin hat bei der Sitzung des Oberhauses am 1. März erklärt, dass im Laufe der Krise in der Ukraine 143.000 Menschen nach Russland geflohen sind.

Buschmin zufolge sind dies die Angaben des Grenzdienstes. „Die meisten Flüchtlinge verstehen genauso gut wie wir, dass es sich um eine Machtergreifung in Kiew handelt“, sagte der Vizesprecher.

„Eine Welle von Flüchtlingen strömte ins Gebiet Belgorod in Russland. Menschen aus dem Südosten und aus zentralen Teilen des Landes retten sich vor dem Chaos in Kiew“, sagte der Gouverneur des Gebiets Jewgeni Sawtschenko.

21:21

Die ukrainische Flagge über dem Gebäude der Regionalverwaltung von Odessa ist gegen die Flagge des Gebiets Odessa gewechselt worden.

Medien zufolge geschah dies nach dem Abschluss der Kundgebung „Volksversammlung“: zehntausende Demonstranten forderten, die Ukraine in eine Föderation umzubilden und Russisch zur zweiten Staatssprache zu machen.

Derzeit sind neben der Regionalverwaltung Zelte aufgeschlagen. Dort sammelt man Unterschriften für ein Referendum über den ukrainischen Außenkurs und den Status der russischen Sprache – sowie Finanzhilfe für Verwandte der in Kiew ermordeten Polizisten.

20:53

Abgeordnete des Stadtrates von Sewastopol in der Republik Krim haben dafür abgestimmt, den Entscheidungen der neuen ukrainischen Behörden nicht zu gehorchen, melden Medien aus dem Gebäude des Stadtrats.

„Zurzeit haben wir als Abgeordnete, die die Meinung des Volks äußern, die Wahl: schweigend zuzusehen, wie unser Berkut erniedrigt wird und bewaffnete Banditen Posten in den Ministerien des Landes bekommen, oder zu handeln“, las der Abgeordnete Dmitri Beljuk den Text der Entscheidung vor.

Die Abgeordneten stimmten außerdem für die Durchführung eines Referendums auf der Krim über die Ausweitung des Autonomiestatus ab.

20:35

Der Föderationsrat Russlands hat dem Vorschlag seines Vizevorsitzenden Juri Worobjow zugestimmt, den russischen Botschafter in den USA zurückzurufen.

Am Samstag beauftragte das Oberhaus des russischen Parlaments seinen Auswärtigen Ausschuss, einen entsprechenden Antrag an Präsident Wladimir Putin vorzubereiten. „Der Präsident wird ihn prüfen und uns über seine Entscheidung informieren“, sagte Föderationsratschefin Valentina Matwijenko.

Zuvor hatte Worobjow vorgeschlagen, den russischen Botschafter wegen aggressiver Erklärungen von US-Präsident Barack Obama nach Moskau zurückzurufen. Worobjow wies auf die jüngste Erklärung Obamas hin, wonach Russland für seine (Ukraine-)Politik einen hohen Preis zahlen wird. „Diese Worte des US-Präsidenten sind eine direkte Drohung. Damit überschritt er die rote Linie und beleidigte das russische Volk“, sagte Worobjow.

20:31

Der ukrainische Oppositionelle Vitali Klitschko hat das Parlament zur Mobilisierung der Armee aufgefordert, nachdem Russlands Föderationsrat die Entscheidung über den Militäreinsatz in der Ukraine gebilligt hatte.

Der Chef der ukrainischen Partei Udar bat den UN-Sicherheitsrat außerdem um eine Sondersitzung zur entstandenen Krise.

Der UN-Sicherheitsrat plante seinerseits am Samstag ein Treffen zur Lage in der Ukraine.

20:21

Die Teilnehmer der pro-russischen Demonstrationen in den östlichen ukrainischen Städten Donezk und Charkow haben am Samstag an den Gebäuden der örtlichen

Gebietsverwaltungen die russische Flagge gehisst, berichteten RIA-Novosti-Korrespondenten vor Ort.

Zuvor war die russische Flagge an einem Mast vor dem Verwaltungsgebäude in Donezk gehisst worden. Nachdem Oberbürgermeister Alexander Lukjantschenko mitteilte, dass der Stadtrat ein Referendum über den Status des Gebiets Donezk beschlossen hatte, riefen die Demo-Teilnehmer in Sprechchören „Donbass“ und „Wir fordern Flagge“. Wenige Minuten danach wurde die russische Flagge über dem Gebäude gehisst.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur UNIAN weht über dem Gebäude der Gebietsverwaltung Charkow die russische Flagge. Einige junge Menschen befinden sich auf dem Dach des Gebäudes und wedeln noch mit einer russischen Flagge. Aus dem Gebäude wurden mittlerweile Anhänger des „Euro-Maidan“ herausgeführt. Einige waren verletzt und wurden mit Rettungswagen in ein Krankenhaus gebracht, hieß es.

20:18

Ein Militäreinsatz der russischen Streitkräfte in der Ukraine bis zur Situationsregelung wird ein großer Beitrag zum Schutz der Russen und russischsprechenden Ukrainer sein, meinen russische Politologen.

„Der Einsatz ist lokal und temporär. Moskau versteht, dass sich diese Maßnahme auf den Dialog mit der EU und den USA auswirkt“, sagen die Experten.

Zuvor hatten Unbekannte mit Masken das Feuer neben dem Gebäude des Ministerrats in Simferopol auf der Krim eröffnet.

20:11

Die Zustimmung des Föderationsrates Russlands für einen Militäreinsatz auf der Krim bedeutet nach Worten eines ranghohen russischen Diplomaten ganz und gar nicht, dass dieses Recht von heute auf morgen realisiert wird.

„Die Situation in der Ukraine ist nicht nur besorgniserregend, sondern trifft die russische Gesellschaft mitten ins Herz und spitzt sich weiter zu“, sagte Russlands Vizeaußenminister Grigori Karassin am Samstag in Moskau. „Die Zustimmung, die Präsident (Wladimir Putin) erhielt, bedeutet nicht, dass Russland von diesem Recht schnell Gebrauch machen wird. Aber die Stimme der Regionen (der Ukraine – Anm. der Redaktion) wurde erhört.“

Auf die mögliche Personalstärke der zu entsendenden Truppen angesprochen, sagte Karassin, darum gehe es noch nicht.

19:58

US-Präsident Barack Obama hat mit seiner Aussage am Freitag, dass Moskau seine Politik teuer bezahlen wird, die rote Linie überquert und das russische Volk beleidigt, erklärt der Vizesprecher des russischen Föderationsrates Juri Worobjow. Er bezeichnete die Worte von Obama als direkte Drohung.

Worobjow zufolge soll der russische Botschafter aus den USA abberufen werden.

19:57

Der Föderationsrat Russlands hat einer Bitte von Präsident und Oberbefehlshaber Wladimir Putin entsprochen und einen Militäreinsatz auf der ukrainischen Halbinsel Krim genehmigt. Das berichtete das russische Fernsehen am Samstag live aus dem Sitzungssaal.

Zuvor hatte Putin das Oberhaus des russischen Parlaments ersucht, den Einsatz russischer Truppen auf dem Territorium der Ukraine „bis zur Normalisierung der gesellschaftspolitischen Lage in diesem Land“ zu genehmigen.

Seinen Vorstoß erklärte Putin mit der „extraordinären Lage“ in der Ukraine, mit der Gefahr für das Leben von russischen Bürgern und russischen Landsleuten sowie für das Personal der russischen Truppen, die gemäß einem internationalen Vertrag auf der ukrainischen Halbinsel Krim stationiert sind.

19:47

Der Föderationsrat Russlands hat einer Bitte von Präsident und Oberbefehlshaber Wladimir Putin entsprochen und einen Militäreinsatz auf der ukrainischen Halbinsel Krim genehmigt. Das wurde am Samstag in Moskau offiziell mitgeteilt.

19:33

Viktor Janukowitsch unterstützt die Ansprache der Behörden der Krim an Russlands Präsidenten Wladimir Putin über Hilfe und Schutz für die Einwohner der Republik, erklärt der Leiter des Komitees des Föderationsrates für Verfassungsgesetzgebung Andrei Klischas.

Ihm zufolge erkennt der ukrainische Präsident in seiner Ansprache an den russischen Föderationsrat die territoriale Ganzheit des Landes an, redet aber zugleich von illegitimen Versuchen, die Macht im Land zu ergreifen.

19:14

Mit seiner jüngsten Erklärung, dass Russland für seine Politik im Zusammenhang mit der Ukraine einen hohen Preis zahlen wird, hat US-Präsident Barack Obama nach Worten eines russischen Parlamentariers die rote Linie überschritten.

„Obama hat das russische Volk beleidigt“, sagte der stellvertretende Vorsitzende des russischen Föderationsrates, Juri Worobjow, am Samstag in einer vom russischen Fernsehen live übertragenen Sondersitzung des Oberhauses des russischen Parlaments. „Aber es ist ein offenes Geheimnis, dass die Maidan-Extremisten, die ihr Unwesen in Kiew und anderen Städten treiben, in Litauen und Polen ausgebildet wurden. Jetzt wollen sie ihren Einfluss auf östliche Regionen der Ukraine und auf die Krim ausdehnen.“ Worobjow schlug vor, den russischen Botschafter aus den USA nach Moskau zurückzurufen.

Er werde den an den Föderationsrat gestellten Antrag von Präsident Wladimir Putin voll und ganz unterstützen, einen Militäreinsatz in der Ukraine zu genehmigen. Es

komme darauf an, eine Tragödie des ukrainischen Volkes zu verhindern, sagte Worobjow.

19:09

Der russische Föderationsrat (Oberhaus des Parlaments) hat eine Sondersitzung begonnen, die der Situation in der Ukraine gewidmet ist. Auf der Tagesordnung steht die Frage eines Truppeneinsatzes auf dem Gelände der Ukraine.

Nach der russischen Verfassung stimmt nur das obere Parlamentshaus dieser Entscheidung zu. Jedoch verlautete aus dem Föderationsrat, dass diese Entscheidung aufgrund eines Ersuchens seitens des Staatschefs getroffen wird.

Die Sprecherin des Föderationsrates Valentina Matwijenko teilte den Senatoren mit, dass das Ersuchen von Putin entgegengenommen worden war.

18:13

Russlands Präsident und Oberbefehlshaber Wladimir Putin hat den Föderationsrat ersucht, den Einsatz russischer Truppen auf dem Territorium der Ukraine „bis zur Normalisierung der gesellschaftspolitischen Lage in diesem Land“ zu genehmigen. Das teilte der Kreml am Samstag mit.

Seinen Vorstoß erklärte Putin mit der „extraordinären Lage“ in der Ukraine, mit der Gefahr für das Leben von russischen Bürgern und russischen Landsleuten sowie für das Personal der russischen Truppen, die gemäß einem internationalen Vertrag auf der ukrainischen Halbinsel Krim stationiert sind.

Zuvor hatte die Vorsitzende des Föderationsrates, Valentina Matwijenko, die Verlegung eines „begrenzten Truppenkontingents“ angesichts der extrem angespannten Lage auf die Krim für möglich gehalten. Davor hatte sie mehrmals eingeräumt, Russland solle sich in die souveränen Angelegenheiten der Ukraine nicht einmischen.

18:05

Der amtierende ukrainische Außenminister Andrei Deschiza hat sich über die Notwendigkeit eines Dialogs für die Regelung der Lage um die Krim geäußert.

„Wir wollen den Dialog mit Russland regeln, aber zurzeit ist so eine Pendeldiplomatie vorhanden, dass sie sich womöglich noch in einen Pendelkrieg auswächst“, sagte er.

17:47

Die Teilnehmer der Aktion tragen eine mehrere Meter lange russische Flagge.

Die Kolonne marschierte durch alle Zentralstraßen der Stadt. Einen Zielpunkt hat sie nicht.

Außerdem finden in verschiedenen Städten der Südostukraine Kundgebungen zur Unterstützung der Ordnung im Land statt. Auf den Verwaltungsgebäuden von Charkiw und Donezk sind russische Flaggen gehisst.

Rund 20.000 Einwohner von Odessa haben sich unter russischen und sowjetischen Flaggen versammelt. Das Ziel der Versammlung ist, einen bevollmächtigten Vertreter für Verhandlungen mit den Behörden zu ernennen.

17:46

Legitime und demokratische Wahlen in der Ukraine sind angesichts der gegenwärtigen Situation im Land nach Ansicht der russischen Duma unmöglich.

„Wegen der Handlungen radikaler Kräfte hat die Staatsmacht keine Möglichkeit, legitime Beschlüsse zu fassen“, heißt es in einer am Samstag in Moskau verbreiteten Erklärung der Rates der Staatsduma. „Die Extremisten, die unter anderem in Lagern außerhalb der Ukraine ausgebildet wurden, und andere radikale Kräfte, die gesetzwidrig an die Macht gekommen sind, zwingen ihren Willen den östlichen und südöstlichen Regionen des Landes auf. In diesen Regionen ist aber der größte Teil der russischsprachigen Bevölkerung (der Ukraine) ansässig, die die Ansichten der aggressiv gesinnten radikalen Minderheit nicht teilt“, betont die Duma.

„Geschmälert werden die Rechte der Bürger der Ukraine, darunter auf Bildung und Kontakte in ihrer Muttersprache... Auf einem großen Teil des Territoriums des Landes wird Gewalt angewendet und werden Andersdenkende verfolgt. Verboten sind auch mehrere Parlamentsparteien“, heißt es in dem Papier.

Der Chef der Duma-Fraktion der Regierungspartei Geeintes Russland, Wladimir Wassiljew, bezeichnete die Lage im Nachbarland als extrem gefährlich. „Die Bedrohung für die Bevölkerung ist offenkundig, da Menschen der Lynchjustiz ausgesetzt werden, da sie nach ihrer beruflichen Zugehörigkeit verfolgt werden, ob es sich um Mitarbeiter (der Polizei-Sondereinheit) Berkut oder der Staatsanwaltschaft handelt. Wir sehen, wie Freischärler mit der Waffe in der Hand Willkür walten lassen.“

Wassiljew erinnerte daran, dass die neuen Machthaber in Kiew mit einem der ersten Dekrete der russischen Sprache den Kampf angesagt hatten.

17:33

Massenkundgebungen von Russland-Anhängern finden in Donezk statt. Über 1.000 Menschen haben sich auf dem Lenin-Zentralplatz mit Plakaten versammelt.

Über dem Gebäude der regionalen Staatsverwaltung von Donezk wurde lokalen Medien zufolge die russische Flagge gehisst.

Zurzeit ist der Platz vor dem Gebäude mit Menschen überfüllt, die russische Fahnen in den Händen halten.

Die Menschen protestieren gegen die jüngsten Entscheidungen der Obersten Rada, unter anderem gegen die Aberkennung des Status der Regionalsprache für Russisch.

In Charkiw hat neben dem Verwaltungsgebäude auf dem Freiheitsplatz ein Zusammenstoß zwischen Anhängern des EuroMaidan und Teilnehmern der Volksversammlung „Für Charkiw“ begonnen.

17:29

Der ukrainische Staatsgrenzdienst trifft Ausnahmemaßen gegen die Besetzung der Seegrenzschutzabteilung in Sewastopol. Das verlautete aus dem staatlichen Grenzdienst wegen der Näherung einer Gruppe bewaffneter Personen an den Standort der Abteilung.

„Alle Schiffe stechen alarmmäßig in See“, heißt es in der Erklärung. „Die Behörden des ukrainischen Staatsgrenzdienstes werden nach der ukrainischen Gesetzgebung handeln.“

17:24

Der ukrainische Interimspräsident Alexander Turtschinow will den Beschluss der Obersten Rada zur Abschaffung des gültigen Sprachgesetzes rückgängig machen. Das meldete die Nachrichtenagentur UNIAN am Samstag unter Berufung auf ein Interview des Vertreters des Präsidenten auf der Krim, Sergej Kunizyn, für den TV-Sender ATR.

„Es war gelungen, die führenden Repräsentanten des Staates von der Notwendigkeit zu überzeugen, das Sprachgesetz mit Veto zu belegen. Demnächst wird ein neues Sprachgesetz eingebracht“, sagte Kunizyn.

Die Oberste Rada hatte am 23. Februar das Sprachgesetz von 2012 für ungültig erklärt. Das von der Partei der Regionen des mittlerweile gestürzten Präsidenten Viktor Janukowitsch initiierte Gesetz sah unter anderem vor, dass in Regionen, wo nationale Minderheiten mehr als zehn Prozent der Bevölkerung ausmachen, die jeweilige nationale Sprache als zweite Amtssprache genutzt werden darf.

Laut der Volksbefragung von 2001 ist der Anteil der Bürger, die das Russische als ihre Muttersprache bezeichnen, im Gebiet Donezk mit 74,9 Prozent am höchsten von allen ukrainischen Regionen. Im Landesdurchschnitt liegt der Anteil solcher Bürger bei 29,6 Prozent.

17:22

Russophil gestimmte Demonstranten haben das Gebäude der Regionalverwaltung auf dem Freiheitsplatz im Zentrum von Charkiw besetzt.

Wie Journalisten vor Ort mitteilen, wurde über dem Gebäude die russische Flagge gehisst. Im Gebäude selbst ertönten mehrere Explosionen, es sind auch Automaten schüsse zu hören.

Zuvor wurden Zusammenstöße zwischen Anhängern des EuroMaidan und Teilnehmern der Volksversammlung „Für Charkiw“ gemeldet.

17:17

Jede eventuelle Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine wird laut US-Präsident Barack Obama die Lage dort extrem destabilisieren.

„Die USA setzen sich für Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine ein“, sagte er am Freitagabend in einer speziellen Erklärung zur Lage in der Ukraine.

Obama äußerte seine Besorgnis über die Informationen zur Entwicklung auf der Krim. Wie er betonte, dürfen äußere Kräfte nicht die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine bedrohen. Dies könne als ein Verstoß gegen das Völkerrecht ausgelegt werden.

„Jede militärische Intervention in der Ukraine wird ihren Preis haben“, betonte der US-Präsident.

Die Ukraine habe das Recht, ihre Zukunft zu wählen und demokratische Wahlen abzuhalten.

Wie er weiter ausführte, hat er vor kurzem mit Russlands Präsident Wladimir Putin gesprochen. „Wir werden die Situation mit unseren Partnern in der EU weiter besprechen und direkte Kontakte mit Russlands Behörden unterhalten“, sagte Obama.

16:49

Die Staatsduma Russlands hat Präsident Wladimir Putin aufgefordert, Schritte zur Stabilisierung auf der Krim zu unternehmen. Das teilte Parlamentspräsident Sergej Naryschkin am Samstag mit.

Heute habe der Duma-Rat zwei Dokumente angenommen – eine Erklärung zur besorgniserregenden Lage in der Ukraine und einen Appell an Präsident Putin. „Im zweiten Dokument bitten die Abgeordnete den Staatschef, alle möglichen Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage auf der Krim zu ergreifen und die Bevölkerung der Krim vor Willkür und Gewalt zu schützen“, sagte Naryschkin vor der Presse in Moskau.

16:43

Der Föderationsrat Russlands hält die Verlegung eines begrenzten Kontingents russischer Truppen zum Schutz der Schwarzmeerflotte und russischer Bürger auf die ukrainische Halbinsel Krim für möglich.

„Die Entscheidung wird in jedem Fall Präsident Wladimir Putin treffen. Aber eine solche Variante ist angesichts der gegenwärtigen Situation nicht auszuschließen, wir müssen Menschen schützen“, erklärte die Vorsitzende des Föderationsrates, Valentina Matwijenko, am Samstag in Moskau. Das Volk der Krim habe alle Rechte, den Grad ihrer Autonomie und Vollmachten selbst zu bestimmen, die die Krim-Behörden zu übernehmen bereit seien, um das Leben auf der Halbinsel zu normalisieren.

16:05

Das Kommando der auf der ukrainischen Halbinsel Krim stationierten Schwarzmeerflotte Russlands hat bestätigt, dass sie lebenswichtige Objekte auf der Halbinsel schützen wird.

Die entsprechende Vereinbarung sei mit den Behörden der Krim erzielt worden, teilte die Pressestelle der Flotte am Samstag mit. Zuvor hatte bereits Krim-Regierungschef Sergej Aksjonow eine Kooperation mit der Schwarzmeerflotte zum Schutz wichtiger Objekte auf der Halbinsel angekündigt.

15:02

Die Behörden der Autonomen Republik Krim haben nach Angaben ihres Regierungschefs Sergej Aksjonow eine Kooperation mit der Schwarzmeerflotte zum Schutz wichtiger Objekte auf der Halbinsel vereinbart.

„Die Situation in der Autonomie ist unter Kontrolle. Die Schwarzmeerflotte wird beim Schutz der wichtigsten Objekte der Halbinsel helfen. Gemischte Gruppen sind bereits aktiv. Ich bin sicher, dass sie die Aufgaben zum Schutz der öffentlichen Ordnung erfüllen werden“, sagte Aksjonow am Samstag in der ersten Sitzung des neuen Kabinetts in Simferopol. Er machte aber keine Angaben dazu, um welche Schwarzmeerflotte es sich handelt, um die ukrainische oder die russische.

Zuvor hatte der Premier die Befehlsgewalt auf der Halbinsel zeitweilig übernommen, nachdem unbekannte Bewaffnete in der Nacht zum Samstag versucht hatten, die Gebäude des Ministerrates und des Obersten Rates der Krim einzunehmen. „Ich als Regierungschef nutze die mir vom Obersten Rat der Krim übertragenen Vollmachten und habe beschlossen, die Truppen des Innenministeriums und des Sicherheitsdienstes SBU sowie die Streitkräfte, den Zivilschutz, die Flotte, die Zollbehörde und den Grenzschutz mir persönlich zu unterstellen“, erklärte Aksjonow.

14:53

In der Südukraine ist die Zahl derjenigen gestiegen, die die russische Staatsbürgerschaft erhalten möchten. Dies geht aus einer Mitteilung des russischen Generalkonsulats im ukrainischen Odessa hervor.

Vorher hatte das russische Generalkonsulat in der Krim-Metropole Simferopol bekanntgegeben, dass es nicht ausgeschlossen sei, dass neben den Angehörigen der aufgelösten Sondereinheit „Berkut“ auch andere ukrainische Bürger russische Bürgerschaft gewährt bekommen könnten.

13:43

Das für den 25. Mai geplante Referendum über den künftigen Status der Autonomen Republik Krim ist nach Angaben von Krim-Regierungschef Sergej Aksjonow auf den 30. März vorverlegt worden.

Die Entscheidung führte Aksjonow am Samstag in einer Sitzung des neuen Kabinetts der Krim auf die jüngste besorgniserregende Entwicklung auf der Halbinsel zurück.

13:43

Unbekannte bewaffnete Männer haben am 1. März nachts versucht, das Innenministerium der Autonomen Republik Krim zu besetzen. Es gibt Verletzte.

„Dank den entschiedenen Handlungen der Abteilungen für Selbstverteidigung wurde

die Besetzung des Innenministeriums unterbunden“, heißt es in einer Mitteilung auf der Web-Seite des Ministeriums.

„Wir bewerten das weitere Schüren der Spannungen bei der ohnehin gespannten Lage auf der Krim als verantwortungslos“, heißt es in der Mitteilung.

13:39

„Wir gehen davon aus, dass Viktor Janukowitsch die Legitimität eingebüßt und auf seine Pflichten als Präsident verzichtet hat“, sagte die Sprecherin des US-Außenamtes, Jennifer Psaki.

„Sie wissen doch, dass er die Ukraine und Kiew verlassen und somit ein Machtvakuum verursacht hat“, fügte sie hinzu.

Vorher hatte US-Präsident Barack Obama erklärt, Russland könne gemeinsam mit der ganzen Weltgemeinschaft Bemühungen unternehmen, um die Situation auf der Krim zu regeln. Er hatte betont, die US-Regierung unterhält ständige Kontakte mit russischen Offiziellen und bespricht mit ihnen die Lage in der Ukraine.

13:25

Die Ernennung von Igor Awruzki zum neuen Polizeichef der Krim durch Kiew hat nach Angaben von Krim-Regierungschef Sergej Aksjonow gewalttätige Ausschreitungen auf der Halbinsel ausgelöst.

In seiner offiziellen Erklärung sprach Aksjonow von bewaffneten Gruppierungen und Kampftechnik ohne Erkennungszeichen auf dem Territorium der Krim. „Die in der Autonomen Republik Krim stationierten Militär- und Sicherheitskräfte sind nicht in der Lage, die Situation effektiv zu kontrollieren. Es kam zu Zusammenstößen unter Einsatz von Schusswaffen“, wurde Aksjonow am Samstag von Nachrichtenagenturen zitiert.

Medienberichten zufolge appellierte der Krim-Regierungschef persönlich an Russlands Präsident Wladimir Putin, der Krim bei der Gewährleistung von Frieden und Ruhe auf der Halbinsel zu helfen. Zuvor war die von Kiew aufgelöste Polizei-Sondereinheit Berkut der Krim-Regierung unterstellt worden. Aber ihre Kräfte und die der unbewaffneten Volkswehr reichen nicht aus, um den Radikalen den gebührenden Widerstand zu leisten.

Aksjonow teilte ferner mit, dass er die Befehlsgewalt auf der Halbinsel angesichts der angespannten Lage zeitweilig übernommen hatte. „Ich als Regierungschef nutze die mir vom Obersten Rat der Krim übertragenen Vollmachten und habe beschlossen, die Truppen des Innenministeriums und des Sicherheitsdienstes SBU sowie die Streitkräfte, den Zivilschutz, die Flotte, die Zollbehörde und den Grenzschutz mir persönlich zu unterstellen“, erklärte Aksjonow. „Alle Kommandeure haben nun meinen Befehlen und Anweisungen zu folgen. Wer nicht einverstanden ist, den bitte ich, den Dienst zu quittieren.“

Aksjonow warf ferner den Machthabern in Kiew vor, einen neuen Polizeichef der Krim ohne Absprache mit den Behörden in Simferopol ernannt zu haben. Das sei ein grober Verstoß gegen die mit der Zentrale in Kiew gültigen Vereinbarung, kritisierte

Aksjonow.

Der in dieser Woche in Kiew zum Regierungschef der Ukraine gewählte Arseni Jazenjuk rief die Führung Russlands auf, alle Militärs in die Stationierungsorte der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim abzuziehen. „Für eine beliebige bewaffnete Konfrontation, die von den von russischen Militärs unterstützten radikalen Kräften provoziert werden könnte, wird die Führung der Russischen Föderation verantwortlich sein“, drohte Jazenjuk am Samstag bei der Eröffnung einer Kabinettsitzung in Kiew.

Auch der Interimspräsident Alexander Turtschinow warnte vor einer Invasion auf das Territorium der Ukraine. „Beliebige Versuche einer Annexion oder Invasion werden ernsthafte Folgen nach sich ziehen“, betonte er am Samstag auf einer Pressekonferenz in Kiew.

Für Samstag ist eine Krisensitzung des Präsidiums des Krim-Parlaments geplant. Nach Angaben von Vize-Parlamentarier Sergej Zekow wird die Lage auf der Halbinsel nach einem Versuch Kiews erörtert, den Polizeichef der Krim, Waleri Radtschenko, gesetzwidrig abzusetzen. „Die Situation ist unter Kontrolle der Krim-Behörden. Ich warne die Bevölkerung vor Panikmache“, sagte Zekow.

12:36

Russland lässt das Gesuch des Regierungschefs der Autonomen Republik Krim, Sergej Aksjonow, an den russischen Präsidenten Wladimir Putin nicht unbeachtet, den Beitrag zur Friedenserhaltung auf der Halbinsel zu leisten. Die teilte die Präsidialverwaltung mit.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Staatsduma-Ausschusses Alexej Puschkow sagte seinerseits zu dem Thema, er sehe das Hauptproblem der Ukraine in den Beziehungen von Kiew mit den Regionen liegen.

„Hauptsache ist, dass eine Reihe von Regionen, allen voran die Krim die Legitimität der Beschlüssen der Obersten Rada (ukrainisches Parlament) nicht anerkennen“, twitterte am Samstag Puschkow.

12:35

Der Vorsitzende des Ministerrates der Krim, Sergej Aksjonow, hat die Befehlsgewalt auf der Halbinsel zeitweilig übernommen, meldete die Krimer Nachrichtenagentur am Samstag.

„Ich als Regierungschef nutze die mir vom Obersten Rat der Krim übertragenen Vollmachten und habe beschlossen, die Truppen des Innenministeriums und des Sicherheitsdienstes SBU sowie die Streitkräfte, den Zivilschutz, die Flotte, die Zollbehörde und den Grenzschutz mir persönlich zu unterstellen“, erklärte Aksjonow. „Alle Kommandeure haben nun meinen Befehlen und Anweisungen zu folgen. Wer nicht einverstanden ist, den bitte ich, den Dienst zu quittieren.“

Aksjonow warf ferner den Machthabern in Kiew vor, einen neuen Polizeichef der Krim ohne Absprache mit den Behörden in Simferopol ernannt zu haben. Das sei ein grober Verstoß gegen die mit der Zentrale in Kiew gültigen Vereinbarung, kritisierte

der Regierungschef.

Aksjonow ersuchte Russland um Hilfe bei der Gewährleistung von Frieden und Ruhe auf dem Territorium der Autonomen Republik Krim. Der Kreml versicherte, dass die Bitte geprüft wird.

12:30

Die Verschuldung der Ukraine für das gelieferte russische Erdgas beträgt zurzeit 1,549 Milliarden US-Dollar. Dies teilte der Sprecher des russischen Energiekonzerns Gazprom, Sergej Kuprijanow, mit.

Er warnte dabei, dass bei einem so hohen Rückstand könne das Land den geltenden Preisnachlass verlieren. Die Ukraine schulde dem Konzern nicht nur für das vorige Jahr. Auch für die aktuellen Lieferungen seien Zahlungen längst fällig.

Russland hatte dabei der Ukraine einen Kredit in Höhe von drei Milliarden Dollar gerade für die Tilgung der Schulden gegenüber Gazprom gewährt. Die Vereinbarungen über Preisnachlass sehen vollständige und fristgemäße Zahlungen für Gaslieferungen vor.

11:46

Das Parlament der ukrainischen Autonomen Republik Krim, der Oberste Rat, hat eine Sondereinheit zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung „Berkut“ gegründet, die ausschließlich den Krim-Behörden untergeordnet ist.

Dies teilte in seiner Facebook-Notiz der Vizepremier der Autonomie, Rustam Temirgalijew mit.

Die ukrainische Polizeisondereinheit „Berkut“ war am 26. Februar auf Befehl des neuen Innenministers Arsen Awakow aufgelöst worden.

Am 28. Februar hatte das russische Außenministerium mitgeteilt, das russische Generalkonsulat auf der Krim werde den Angehörigen der ukrainischen „Berkut“-Einheit russische Pässe ausstellen.

11:26

Der Premier der ukrainischen Autonomen Republik Krim, Sergej Aksjonow, hat sich am Samstag an Russlands Präsident Wladimir Putin mit einer dringenden Botschaft gewandt. Darin wurde Putin ersucht, zur Friedenserhaltung auf der Halbinsel beizutragen.

Außerdem gab Aksjonow bekannt, dass er sich alle bewaffneten Strukturen auf der Krim unterordnet. Er begründete diesen Beschluss damit, dass sich auf dem Territorium der Autonomie unbekannt bewaffnete Gruppen und Kampftechnik befinden.

Der Premier teilte auch mit, dass Kiew am Freitag die Vereinbarung darüber verletzt habe, dass die Leiter der bewaffneten Behörden in der Autonomen Republik nur nach Absprache mit dem Krim-Parlament zu ernennen sind.

11:04

Die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde hält es für richtig, dass sich die Ukraine vorerst mit den öffentlichen Forderungen nach milliardenschweren Finanzhilfen zurückhält.

„Wir sehen in der Ukraine nichts Kritisches, was momentan die Panik rechtfertigen könnte“, sagte Lagarde.

Wie der Sprecher des Weißen Hauses, Jay Carney vorher mitteilte, hatten die USA noch nicht beschlossen, wie der Ukraine zusätzlich geholfen werden sollte.

„Wir prüfen alle Optionen, einschließlich der Kreditgewährung. Aber vorerst haben wir nicht beschossen, welche zusätzliche Hilfe der Ukraine erwiesen werden sollte“, sagte Carney.

09:35

Das ukrainische Außenministerium hat Russland eine Protestnote im Zusammenhang mit der Luftraumverletzung und der Nichteinhaltung der Bestimmungen zum Aufenthalt der russischen Schwarzmeerflotte in der Ukraine überreicht.

Dies geht aus einer Veröffentlichung auf der Web-Seite des ukrainischen Außenministeriums hervor. Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Ukraine an Russland mit den Vorschlägen über den Einsatz der Kräfte der russischen Schwarzmeerflotte oder diesbezüglichen Bitten nicht gewandt habe.

„Das Außenministerium der Ukraine hat seine Forderungen danach bestätigt, dass die Militärangehörigen, Kampf- und Militärtechnik der Schwarzmeerflotte Russlands zu deren Stationierungsorten unverzüglich zurückkehren müssen“, wird in der Mitteilung präzisiert.

09:21

Die Nationalbank der Ukraine hat zeitweilige Einschränkungen für die Auszahlung von Devisendepositen angeordnet, wie der Chef des Geldinstitutes, Stepan Kubiw, am Freitag in Kiew in einer Pressekonferenz bekannt gab.

Laut Kubiw sollen höchstens 15.000 Griwna pro Tag und Person anhand des jeweiligen Devisenkurses ausgezahlt werden. „Bei der Entnahme von Bargeld von laufenden Depositen dürfen 15.000 Griwna (1.500 US-Dollar) pro Tag ausgezahlt werden“, so Kubiw.

00:35

Der Luftraum über der Hauptstadt der Autonomen Republik Krim ist für Zivilmaschinen bis Samstagabend gesperrt worden.

„Alle Flüge nach und von Simferopol sind gestrichen“, teilte eine Mitarbeiterin der Dispatchingzentrale des Flughafens „Simferopol“ am Freitagabend der

Nachrichtenagentur RIA Novosti telefonisch mit. „Der Luftraum ist nach dem Stand von heute bis 18.30 Uhr (Ortszeit) des 1. März gesperrt, das Verbot kann auch verlängert werden. Über die Rückerstattung von Geld für gekaufte Tickets entscheiden jeweilige Flugunternehmen“, sagte die Sprecherin, ohne mitzuteilen, auf wessen Anweisung und aus welchem Grund der Luftraum gesperrt wurde.

00:01

Die Schweiz sperrt per sofort Gelder und Vermögenswerte von Viktor Janukowitsch.

Die Regierung in Bern verfügte die Sperrung der Konten und stellte per Verordnung jegliche Handlung unter Strafe, die eine „Verwaltung oder Nutzung“ dieser mutmaßlich durch Korruption angehäuften Gelder ermöglicht.

Viele der 20 Betroffenen auf der am Freitag vom Schweizer Bundesrat veröffentlichten Liste sind ehemalige Minister der gestürzten Regierung. Unter ihnen sind der ehemalige Regierungschef Nikolai Asarow sowie die Ex-Minister für Finanzen, Juri Kolobow, und Justiz, Olena Lukasch, sowie der ehemalige Generalstaatsanwalt Viktor Pschonka.